

WAH

LKA

MPF!

FREIHEITLICHE KAMPAGNEN
IM WANDEL DER ZEIT



FREIHEITLICHE KAMPAGNEN IM WANDEL DER ZEIT

WAHLKAMPF!

FREIHEITLICHE KAMPAGNEN
IM WANDEL DER ZEIT

1949 – 2004

INHALT

Vorworte

Herbert Kickl	8
MMMag. Dr. Axel Kassegger	10

Nationalratswahlen

1949	14
1953	20
1956	26
1959	32
1962	38
1966	44
1970	52
1971	60
1975	66
1979	72
1983	78
1986	84
1990	92
1994	96
1995	104
1999	108
2002	114

Bundespräsidentenwahlen

1951	120
1957	124
1980	128
1992	132

Europawahlen

1996	138
1999	142
2004	146

Plebiszite

1987: Anti-Privilegien-Volksbegehren	152
1989: Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich	156
1993: Österreich zuerst	158
1996: Tierschutz-Volksbegehren	162
1997: Atomfreies Österreich	164
1997: Volksbegehren für eine Schilling-Volksabstimmung	166
2002: Veto gegen Temelin	170

Logos der FPÖ im Wandel

174



Bundesparteiobmann

HERBERT KICKL

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE LESER!**

In der Zweiten Republik hat das Dritte Lager in Österreich eine bemerkenswerte politische Entwicklung durchlebt.

Seit dem ersten Antreten der Wahlpartei der Unabhängigen (Verband der Unabhängigen) bei der Nationalratswahl 1949 bis zur heutigen Freiheitlichen Partei Österreichs als einer der führenden politischen Kräfte des Landes, war es ein langer Weg, auf dem wir Freiheitliche uns zu einem starken und stabilen Bestandteil der politischen Landschaft Österreichs entwickelt haben – einer Landschaft, die wir wesentlich mitgeprägt haben, indem wir immer wieder entscheidende Beiträge zu Pluralität, Meinungsvielfalt und Demokratiebelebung geleistet haben.

Dieses Buch wirft einen Blick auf die Entwicklung der FPÖ im Kontext ihrer Wahlkämpfe und der durch die FPÖ initiierten Plebiszite auf Bundesebene. In den Bildern und Slogans der Wahlsujets treten zentrale Themen, Herausforderungen und Wendepunkte in den Vordergrund, die unsere Bewegung, aber auch das Land Österreich insgesamt, politisch und gesellschaftlich geprägt haben.

Immer wieder geht es dabei um das Aufbrechen alter Strukturen, um das Einbringen neuer Ideen, um die sprichwörtliche Volksnähe und das patriotische Eintreten für unsere Heimat. Ab den 1980er Jahren haben die Freiheitlichen wiederholt Plebiszite initiiert und die Bürger miteinbezogen bei Themen wie Privilegienwirtschaft, ORF-Monopol, Einwanderungsstopp, Wohnungsnot, Schulsituation oder Atomkraft.

Ich hoffe, dass dieses Buch dazu beiträgt, dem Leser nicht nur spannende Einblicke in die Geschichte Österreichs zu verschaffen, sondern auch in die Kampagnen, mit denen die FPÖ immer wieder bewiesen hat, Augen, Ohren und vor allem das Herz bei den Menschen und den Finger am Puls der Zeit zu haben. Darauf aufbauend, bieten wir Freiheitliche den Bürgern auch in der heutigen Zeit großer Instabilität Orientierung und Lösungen.



HERBERT KICKL
Bundesparteiobmann der
Freiheitlichen Partei Österreichs



Hon. Prof. MMMag. Dr.

AXEL KASSEGGER

Wahlkämpfe sind ein zentraler Bestandteil unseres demokratischen Systems. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen werden politische Positionen formuliert und öffentlichkeitswirksam verbreitet. Klar und verständlich, versuchen politische Parteien noch unentschlossene Wähler von ihrem Programm und Personal zu überzeugen. Bereits überzeugte Wähler werden noch einmal eindringlich daran erinnert, am Wahltag tatsächlich auch ihre Stimme abzugeben.

Auf den folgenden Seiten finden Sie eine gesammelte Darstellung aller freiheitlichen Wahlkampagnen zu Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, Europawahlen und freiheitlichen Plebisziten seit 1949 bis 2004.

Obwohl über die Jahre immer wieder klare Unterscheidungen – sowohl im Inhalt als auch in der Form – erkennbar sind, zeigt sich dabei auch der unverwechselbare Stil der Freiheitlichen Partei: Eine klare Sprache und klare politische Positionen für die positive Entwicklung unserer Heimat. Die Wahlkämpfe der FPÖ sorgten dabei konsequent für Aufregung im politischen Establishment Österreichs.

Mit der vorliegenden Publikation kann sich nun jeder Interessierte ein Bild machen und für sich selbst beurteilen, ob so manche Skandalisierungsversuche rund um vergangene freiheitliche Wahlkampagnen angemessen waren und warum wohl manche Wahlkämpfe im Resultat das ein oder andere politische Erdbeben gegen die etablierten Parteien mit sich brachten.



HON. PROF. MMAG. DR. AXEL KASSEGGER
Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts

NATIONAL

RATS

WAHLEN

1949 - 2002

*Recht
Säuberkeit
Leistung*

VdU

*Alle
wählen am 9. Oktober 1949 die
WAHLPARTEI der
UNABHÄNGIGEN*

WIDER DIE DOMINANZ DER GROSSPARTEIEN

Die Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949 können in vielerlei Hinsicht als historisch gewertet werden. Aus Sicht der FPÖ ganz sicher deshalb, weil sich das Dritte Lager mit der damaligen Vorgängerorganisation, dem „Verband der Unabhängigen“ (VdU) zum ersten Mal in der zweiten Republik einer Wahl stellt. Der VdU, der auch unter dem Namen „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) auftritt, wurde im selben Jahr als Gegengewicht zum Großparteienproporz gegründet. Er will Menschen aus dem historisch gewachsenen nationalliberalen Lager, Kriegsheimkehrer, Heimatvertriebene und andere Unzufriedene ansprechen. Tatsächlich sind bei dieser Wahl von den 570.000 ehemaligen österreichischen NSDAP-Mitgliedern rund 90 Prozent als sogenannte „Minderbelastete“ wieder wahlberechtigt. Als „minderbelastet“ bezeichnete man ehemalige einfache Mitglieder ohne bestimmte Funktionen und Ehrenabzeichen. Um dieses neue Wählerpotenzial kämpft neben der SPÖ und der ÖVP auch der Verband der Unabhängigen. Ziel des VdU ist die Etablierung als Mittelpartei zwischen ÖVP und SPÖ mit klaren Ansagen gegen Parteienherrschaft, Privilegien, Proporz und Koalitions-Korruption in allen Lebensbereichen. Das wohl wichtigste Thema ist schon damals der Kampf gegen die rot-schwarze Dominanz. Ganz in diesem Sinne werden die Werbemittel im Wahlkampf gestaltet.

1949

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16304965

Wahlpartei Der Unabhängigen

bedeutet:

- Unabhängig von links und rechts!
- Kampf gegen Volksdemokratie und VFI
- Unabhängig heute und morgen!
- Gegen Koalitions-Korruption!
- Für wahres und gleiches Recht des Staatsbürgers!
- Das Ende der Parteiherrschaft und der Partei-Privilegien!

Wählt am Sonntag, den 9. Oktober die

Wahlpartei Der Unabhängigen!

Mao Tse Tung zeigt sich inzwischen merklich weniger wenigstens Heß dert oder geraubt wird. Soweit haben die Korrespondenten der Auslandspresse auch Gutes zu berichten. Aber sie können auch nicht sagen, daß alles, was Luxus

Kisten infolge der Verlagerung des Lebens -- die Kisten waren geschleht?

Was der Archäologe nach hat, ist ebenso grotesk wie adligen Eigentümer abgekauft, der das große Kisten rührte, bevor daß ein Bauer aus der Nähe vor Jahresfrist. In dieser Zeit ein gehöriger Polter eine Menge Porzellan z Deutschland heute eine veranstaltet. Junge Burs Gefäße fanden, schloß Polterabend geben. Wie flogen die Scherben eine ähnliche Menge T daß es sich nur um Mauern, Krach! Wie sch zerschellte Fort mit Sch gesprochen; das war e

IM ZEICHEN DES TRIKOLONS

Wohl auch aus Mangel an finanziellen Mitteln hielt sich der VdU mit dem Affizieren von Plakaten bei dieser Wahl eher zurück. „Wir plakatieren nicht, wir werden gewählt“, lautete die Devise. Umso eindeutiger war man mit den Aussagen. Mit dem Slogan „Recht, Sauberkeit, Leistung“ setzte der VdU damals auf das Stilmittel des Trikolons (siehe Abbildung S. 14), das noch heute in der Werbung häufig angewendet wird. Man denke nur an „frisch, saftig, steirisch“. Oder an „quadratisch, praktisch, gut“. Mit dieser eleganten Dreier-Figur gelingt es, auf einfache Art und Weise, auch heterogene Inhalte auf äußerst kompakte, rhythmisch eingängige und leicht nachvollziehbare Weise zu kommunizieren. Auffällig auch, dass man mit Leistung bereits zu dieser Zeit ein Thema bedient, das bis heute wiederkehrt. So auch innerhalb der späteren FPÖ. Stichwort: soziale Hängematte!

Schluß mit der Katastrophenpolitik

VdU WAHLT

Wahlpartei der Unabhängigen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16323597

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16323599

**Je schlechter das Gewissen,
desto mehr Blafate!**

**Wir plakatieren nicht,
wir werden gewählt!**

WAHLPARTEI DER UNABHÄNGIGEN

WAHLPARTEI DER UNABHÄNGIGEN

**Wir rechnen ab
mit Lüge, Verleumdung
und Wahlterror in der**

VOLKSKRUNDGEBUNG

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16323605

Hütet Euch vor Wahlbetrug!

Die richtigen Stimmzettel des

VdU

lauten auf

Wahlpartei der Unabhängigen

und sehen so aus:

NATIONALRATSWAHL
Landtag der Unabhängigen

LANDTAGSWAHL
Wahlkreis der Unabhängigen

GEEMEINDERATSWAHL
Wahlkreis der Unabhängigen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16323608

DER VDU VERÄNDERT DIE POLITISCHE LANDSCHAFT

Während die ÖVP ihre absolute Mandatsmehrheit bei der Wahl im Jahr 1949 verliert und auch SPÖ und KPÖ in der Wählergunst einbüßen, erzielt der VdU mit 11,7 Prozent der Stimmen und 16 Mandaten ein überraschend gutes Ergebnis. Der Verband etabliert sich auf Anhieb als drittstärkste politische Kraft im Nationalrat. Dieser Erfolg wird auch als Zeichen für den Wunsch der Bevölkerung gedeutet, die Besatzungszeit rasch zu überwinden und Österreich als unabhängiges Land auf einer internationalen Bühne zu sehen. Trotz des guten Ergebnisses des VdU schließen ÖVP und SPÖ eine Regierungskoalition. Insgesamt war seine Rolle bei den Nationalratswahlen 1949 aber dennoch nachhaltig bedeutsam, weil die Partei einen starken Einfluss auf die politische Landschaft Österreichs ausübte und auch wichtige Themen wie Souveränität und Besatzung diskutierte.

OHNE PARTEIBRILLE...



Wählt

Wahlpartei d. Unabhängigen

ZERREISST ES ÖSTERREICH?

Die Nationalratswahl im Jahr 1953 findet aufgrund eines Koalitionsstreites zwischen ÖVP und SPÖ über das Budget früher als geplant statt. Im Wahlkampf sieht sich der VdU mit heftigen Angriffen der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ konfrontiert. Gründe dafür sind unter anderem der große Wahlerfolg im Jahr 1949 sowie die Tatsache, dass die von der SPÖ erhoffte Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers nicht stattgefunden hat. Darüber hinaus verstehen sich SPÖ und ÖVP nach wie vor als politisch-organisatorische Ausdrucksformen sowie als verstärkende Elemente der Lagerkulturen, zusätzlich befeuert durch die Vereinnahmung des Verwaltungsapparats und das Teilen der Zivilgesellschaft. Entsprechend groß sind die Konfliktpotenziale zwischen beiden Parteien. Die Ablehnung des VdU ist vor der Wahl 1953 eine der wenigen Gemeinsamkeiten, die beide Koalitionsparteien noch miteinander verbinden. Tatsächlich liefern sie sich harte Auseinandersetzungen, die auch Auswirkungen auf die Gestaltung der Wahlplakate des VdU haben. Unter anderem thematisiert man vor dem Hintergrund der noch immer nicht beendeten Besetzung nicht ganz zu Unrecht ein Auseinanderbrechen Österreichs und ruft die Bürger dazu auf, ohne Parteibrille abzustimmen.

1953

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16325968

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16326034



ZWEI STIERE SAGEN MEHR ALS WORTE

Auf einem Sujet sind zwei wild gewordene Stiere zu sehen, die sinnbildlich für die Großparteien stehen, diametral auseinander stürmen und Österreich zu zerreißen drohen. Das Sujet ist visuell so stark und aussagekräftig, dass es außer dem Wahlaufuf keiner ergänzenden Worte mehr bedarf. Ähnlich im Stil auch das zweite Sujet, das auf die Dominanz der beiden Großparteien und ihre den Bürger belastende Politik referiert. Der Einsatz der Umgangssprache ist ein Stilelement, das die Nähe der Partei zum Bürger verstärkt. Der VdU als „Partei des kleinen Mannes“, sozusagen. Ein Thema, das sich im politischen Diskurs der FPÖ noch häufig wiederfinden wird.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16325967



..... und i wett, daß Du s'wieder wählst, Du Labert!

J'wähl' die Neuen von der
WAHLPARTEI DER UNABHÄNGIGEN

Richtig und wichtig
Lederdoppler

„Gesetzgebung“ zu entschädigen. Die ÖVP hat dies auch anerkannt und wiederholt versprochen, trotz dem fortgesetzten Drängen des VdU im Parlament aber nichts getan, obwohl sie jederzeit die Möglichkeit hätte, mit dem VdU zusammen eine Mehrheit für die Novellierung des 3. Rückstellungsgesetzes zu finden.

Nationalrat Dr. Stüber gab unter stürmischem Beifall der Versammelten das Versprechen ab, daß die „Wahlpartei der Unabhängigen“ nach wie vor für die Beseitigung der Unrechts- und Ausnahme-gesetze seit 1945 eintreten und in diesem Kampf nicht erlahmen wird, bis die Wiederherstellung des Rechtes in Österreich Tatsache geworden ist!

Der Vorsitzende des Verbandes der Rückstellungsbetroffenen, Direktor Oberhammer, erklärte abschließend, daß die Verbandsleitung diesmal klar und eindeutig die „Wahlpartei der Unabhängigen“ empfehlen werde.

Eine Falschmeldung der „Weltpresse“

Die „Weltpresse“ stellte die Behauptung auf, daß der VdU bei der Hausbesitzer-versammlung am 11. Jänner in Wien für sofortige Zinserhöhung eingetreten sei. Diese Behauptung ist frei erfunden!

... und Salzburg

Auch in Salzburg sprach VdU-Bundesobmann Stendebach in einer überaus zahlreich besuchten Kundgebung im Großgasthof Sternbräu. Besonderen Beifall fand seine klar definierte Forderung nach einer Lösung der sozialen Frage und einer einheitlichen Politik die sich zum Ziel setzen müsse, endlich einen Strich unter alles vergangene zu ziehen und am Aufbau eines vereinigten Europa mitzuarbeiten. An Stelle der bisherigen Parteienherrschaft „nach dem Proporz“ will die Soziale Erneuerungsbewegung die sachliche Arbeit wirklicher Apparate müsse beseitigt werden. — Die Leute stellen: die Diktatur durch die Apparate müsse beseitigt werden. — Dr. Kottulinsky (Aktion) sprach anschließend über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Österreich. Parteipolitik hat vernünftiger Wirtschaftsentwicklung zu tun, die in der Hauptsache von sozial geschlossenen Unternehmern gefördert werden könne. Unternehmern also, die Arbeiter als Mitarbeiter achten. — VdU-Bundesobmann Zeillinger verwies auf die eigenförmige Haltung der Regierung. Amnestiefrage, da die Antwort nicht Gnadengesuch von Erzbischof Dr. Christenmair in Einklang zu bringen. Die Redner wurden oftmals von enthusiastischem, lebhaftem Beifall des Saales unterbrochen.

Dr. Kraus und Dr. Gröbner
öffnen den Linzer Wahlzettel

In einer Großkundgebung im Linzer Zerkeller sprachen am 7. Jänner bei der Eröffnung des Wahlkampfes die Erneuerungsbewegung VdU-Bundesobmann Stellvertreter Dr. Gröbner und Bundesleitungsmitglied Dr. Kraus (Aktion). Der riesige Versammlungssaal war zum Bersten überfüllt, und die Köpfe auf den Stiegen standen dicht an dicht. Die Räume des Marzenkellers waren mit Lautsprecher überbrückt.

Zunächst sprach Dr. Gröbner über die derzeitige Lage in Österreich, wobei er auf die katastrophalen Auswirkungen der koalitions-politischen Grund-sätze und die Erneuerungsbewegung befeuerte Beifall bei-sitzende, Stadtrat Dr. Gröbner stellte, daß Dr. Kraus sich auch alle VdU-Mitglieder halte.

Dr. Kraus zeigte die angelegten Rede der konkreten Reformen Erneuerungsbewegung geeignet wären, um im Rahmen eines Emporzuföhrens. Die legende Änderung der Verhältnisse in Österreich. Dr. Kraus wurde von den Anwesenden der unterbrochenen Rede durch die Anwesenden nicht enden wollte.

WÄHLT
Wahlpartei
der
Unabhängigen
am 22. Februar!

KLEINER VERLUST.
GROSSE INTERNE DISKUSSIONEN

Das Ergebnis der Nationalratswahl am 22. Februar 1953 bringt dem VdU leichte Verluste. Wobei man in Wien sogar zulegt, im Westen allerdings an Stimmen verliert. Die 10,9 Prozent der Wählerstimmen bedeuten ein Minus von zwei Mandaten im Parlament. Das angestrebte Ziel einer Konzentrationsregierung wissen die beiden Großparteien zu verhindern. Gleichzeitig präsentiert sich der VdU zu dieser Zeit aufgrund innerer Unstimmigkeiten schon etwas geschwächt. Ein Grund dafür ist typisch für das nationalliberale Lager: Schon damals versammeln sich darin viele ausgeprägte Individualisten. Starke Persönlichkeiten, die einerseits mit ihren Meinungen ein weites Meinungs- und Themenspektrum abdecken. Andererseits spielt Parteidisziplin für diese Freidenker eine eher nachrangige Rolle. Das ist intellektuell zwar redlich, aber politisch und strategisch ein gewagtes Verhalten. Allerdings haben diese Unstimmigkeiten insofern auch positive Konsequenzen, als sie zur Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs drei Jahre später beitragen.

Wir versprechen nichts anderes,
als daß wir ORDNUNG MACHEN
und ARBEIT BESCHAFFEN werden!
Einer Verträgen wird uns verpflichten!
Wahlpartei der Unabhängigen

In der WAHLZELLE
ENTSCHEIDEST DU
Wähle frei!
Wahlpartei der Unabhängigen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16325959

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16325958



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313095

ZUM ERSTEN MAL ALS FPÖ

Nach der im Oktober 1955 getroffenen Vereinbarung zwischen dem Verband der Unabhängigen (VdU) und der Freiheitspartei, sich zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ zusammenzuschließen und dem Gründungsparteitag der FPÖ im April 1956, tritt die FPÖ bei der Nationalratswahl am 13. Mai 1956 erstmals unter ihrem neuen Namen und mit Anton Reinthaller als Obmann und Spitzenkandidat zur Wahl an. Es ist der erste Urnengang nach der Besatzungszeit. Zuvor muss man – noch als VdU – einige Rückschläge verkraften. Eine Zäsur markiert dabei der 17. Oktober 1954, der als schwarzer Oktober in die Parteigeschichte eingeht. An diesem Tag werden Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg geschlagen, die alle mit Ergebnissen unter den Erwartungen des VdU enden. In der ebenfalls im Jahr 1954 stattfindenden Bundesverbandstagung in Bad Aussee zeigt sich, dass nationale Kreise innerhalb des VdU an Einfluss gewinnen, was über ein Jahr später zur Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs führt. Interessant: Der Staatsvertragskanzler Julius Raab bittet Anton Reinthaller persönlich, sich an die Spitze der Partei zu stellen. Er soll gewährleisten, dass sich die „Dritte Kraft“ in der österreichischen Politik weiterhin gegen den Einfluss der SPÖ abgrenzt.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313096

NATIONALRATSWAHL 1956



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313087

13. MAI
Tag der Volksabstimmung
über die Regierungspolitik

Diesmal
FPÖ
Freiheitliche Partei
Österreichs

Herausgeber: Freiheitliche Partei Österreichs - Verantwortlich: Christian Gurschler, Salzburg, Simsbühelstraße 4 - Druck: J. Hultegger, Salzburg

1 Festspielhaus 200 Millionen S
2000 Wohnungen 200 Millionen S
ÖVP und SPÖ stimmten für das Festspielhaus

Darum
FPÖ
Freiheitliche Partei
Österreichs

Herausgeber: Freiheitliche Partei Österreichs - Verantwortlich: Christian Gurschler, Salzburg, Simsbühelstraße 4 - Druck: J. Hultegger, Salzburg

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek, Wien
PLA16313088



EIN STÜCK FREIHEIT ZWISCHEN DEN ZWEI BLÖCKEN

Wie es schon damals für die politische Werbung typisch ist, kommuniziert die FPÖ ihre Grundbotschaft in einer wählerübergreifenden, pointierten, verständlichen Form. Die Partei visualisiert sich metaphorisch als Keil, den die Wähler mit ihrer Stimme in die schwarz-rote Proporzdiktatur treiben sollen. Dieses plakative Design erlaubt eine weitgehende Reduktion der Textbotschaft (siehe Abbildung S. 26). Tatsächlich konzentriert man sich textlich voll auf die Kommunikation des neuen Parteinamens, den es möglichst schnell in den Köpfen der Wähler zu verankern gilt. Neben der Thematisierung der Dominanz der Großparteien fokussiert der Wahlkampf auf das namensgebende Grundelement in der Ideologie des Dritten Lagers: die Freiheit des Individuums auf unterschiedlichsten Ebenen. Wie groß die Aufgabe der Einführung der politischen Marke FPÖ damals war, unterstreicht eine spätere empirische Untersuchung. Demnach war die FPÖ kaum 50 Prozent der Befragten am Wahltag bekannt.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Montag,
9. April 1956

Die **FPÖ** greift an!

REDNER:

Ing. Anton **REINTHALLER**
Nationalrat
Willfried **GREDLER**
Nationalrat
Max **STENDEBACH**
Heinrich **ZECHMANN**

Wimberger-Saal Wien VII.
Neubaugürtel 36
Beginn: 20 Uhr

STRIKT AUF OPPOSITIONS- UND KONTROLLKURS

Bei der Nationalratswahl wird die ÖVP stärkste Partei. Eine Koalition mit der SPÖ sichert Bundeskanzler Julius Raab eine bequeme Mehrheit. Die FPÖ kann als neue Partei 6,5 Prozent der Stimmen und sechs Mandate erzielen. Folglich legt sich die neue freiheitliche Nationalratsfraktion auf einen strikten Oppositions- und Kontrollkurs fest, was durchaus im Einklang mit den im Wahlkampf propagierten Themen steht. Mit einer Reihe von Skandalen in ihrem Umfeld gibt die ÖVP der FPÖ etliche Gelegenheiten, sich als Partei der Kontrolle zu profilieren. Auch ein Ausbau der parlamentarischen Rechte der Opposition steht nun auf der Agenda der FPÖ, sollte aber erst Jahre später gemeinsam mit der SPÖ in demokratiepolitisch zufriedenstellendem Ausmaß realisiert werden.

Mit der FPÖ wählst Du die Freiheit:

FREIHEIT

der Persönlichkeit
der Meinungsäußerung
der Berufswahl
der politischen Entfaltung
der Gesinnung

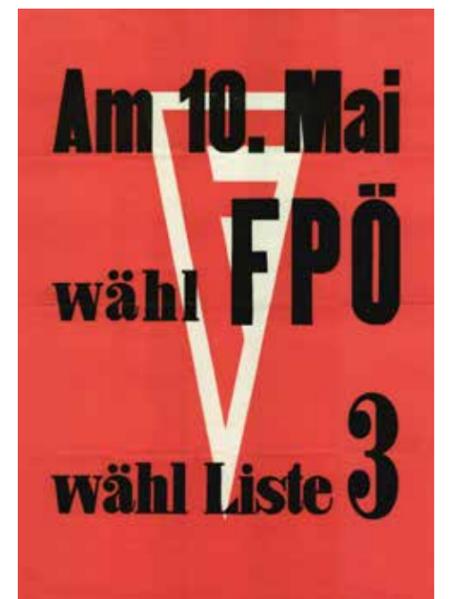
Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313097

**WO
WILLKÜR
UND
PROPORZ
REGIEREN,
MÜSSEN
FREIHEITLICHE
KONTROLLIEREN**
daher
FPÖ
FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS
LISTE 3



**VIELVERSPRECHENDER
START IN DIE ÄRA PETER**

Nach dem Ableben von Anton Reinthaller führt der erst 37 Jahre alte Friedrich Peter als neuer Parteibmann die FPÖ bei den vorverlegten Nationalratswahlen im Jahr 1959 an. Es ist der Beginn einer Ära, die nahezu zwei Jahrzehnte dauern sollte. Die Ausgangsposition für die Partei ist durchaus positiv. Einerseits, weil sich die FPÖ mit dem neuen Obmann in Aufbruchstimmung befindet. Andererseits, weil der Glanz des Staatsvertrages und die wirtschaftlichen Erfolge des Raab-Kamitz-Kurses weitgehend verblasst sind. Außerdem steht die Wahl seitens der FPÖ auch unter dem Eindruck der Präsidentschaftswahl im Jahr 1957. Dort hatte man sich im Vorfeld mit der ÖVP auf einen bürgerlichen Kandidaten und eine Wahlrechtsreform geeinigt. Nach dem Sieg des SPÖ-Kandidaten Adolf Schärp bei der Präsidentschaftswahl bricht die ÖVP diese Reformvereinbarung. Zwischen FPÖ und ÖVP beginnt eine politische Eiszeit. Auch deshalb besteht für die FPÖ keine Veranlassung, sich im Wahlkampf gegenüber den beiden Großparteien in Zurückhaltung zu üben. Wie auch in vielen folgenden Wahlkämpfen danach, setzen die Freiheitlichen angesichts der schwarz-roten Übermacht konsequent auf ihre Rolle als Kontrollpartei.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313247

1959

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16312507

Die Balgerei der beiden Kater
Ist nur das alte Wahltheater.
Fall' drauf nicht rein!



Wähl'
FPO-Liste 3
FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS

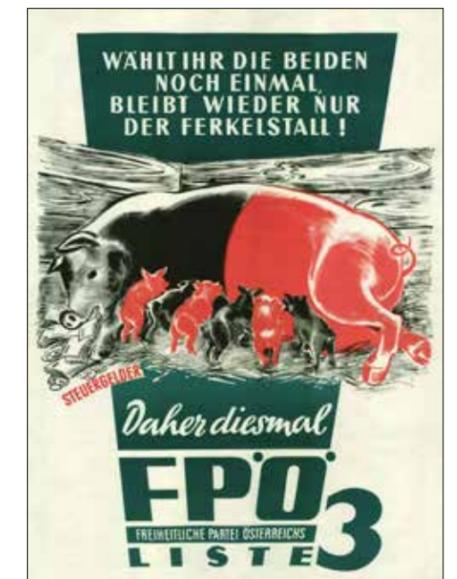
Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16660387



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313251

**WAHLKAMPF-HIGHLIGHT:
DAS LEGENDÄRE KATZENPLAKAT**

Der Wahlkampf der FPÖ zur Nationalratswahl 1959 ist aus mehreren Gründen sehr bemerkenswert. Zum einen tritt man erstmals als Liste 3 auf und kommuniziert das auf den Werbemitteln entsprechend prominent. Zum anderen beginnt die Partei mit der Farbe Blau als Corporate Colour zu spielen. Wohl auch in bewusster optischer Abgrenzung zu Rot und Schwarz. Die teilweise schon damals gereimten Botschaften auf den Plakaten fokussieren stimmig auf das Selbstbild als Kontrollpartei, die auf Ordnung und politische Sauberkeit achtet und Korruption sowie Proporz anprangert. Der „Gamechanger“ zugunsten der FPÖ sollte jedoch ein Plakat sein, das im Stil an die Karikatur im Wahlkampf 1953 erinnert. Das „berühmte“ Katzenplakat thematisiert den Kuschelkurs, den die Großparteien nach der Wahlauseinandersetzung dann tatsächlich wieder einschlagen (siehe Abbildung S. 34).



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313254

Gegen
KORRUPTION
für
SAUBERKEIT

daher diesmal
LISTE
3

DER AMTLICHE STIMMZETTEL	
Kurzbezeichnung	Parteiabzeichnung
<input type="radio"/>	
<input type="radio"/>	
<input checked="" type="radio"/>	FPÖ Freiheitliche Partei Österreichs
<input type="radio"/>	
<input type="radio"/>	
<input type="radio"/>	

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313250

DIE FPÖ ETABLIERT SICH ALS FIXE GRÖSSE

Der Wahlkampf 1959 ist einer der erfolgreichsten bis zum Beginn der Ära Jörg Haider. Die Freiheitlichen erreichen 7,7 Prozent der Stimmen. Das bedeutet einen Zuwachs von 1,18 Prozent und acht Sitze im Parlament. Wenig überraschend bleibt es allerdings bei der großen Koalition. Die SPÖ erreicht zwar unter Bruno Pittermann die Stimmenmehrheit, dennoch bleibt Julius Raab Bundeskanzler, weil die ÖVP aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat mehr erzielt. Die KPÖ scheidet aus dem Nationalrat aus. Für die FPÖ bedeutet diese Wahl, dass man sich nachhaltig als sogenannte nationalliberale Honoratiorenpartei und fixe Größe im Parlament zu etablieren beginnt. Man ist zwar eine Kleinpartei, die jedoch trotz der Übermacht von ÖVP und SPÖ den österreichischen Parlamentarismus maßgeblich prägt.

Nationales Gewissen | Sozialer Fortschritt

Freiheitliche Partei Österreichs

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16580279

SCHWARZ
ROTE
PROPORZ
DIKTATUR

WOHIN?

DARUM DIESMAL
FPÖ



BUSINESS AS USUAL, ABER ...

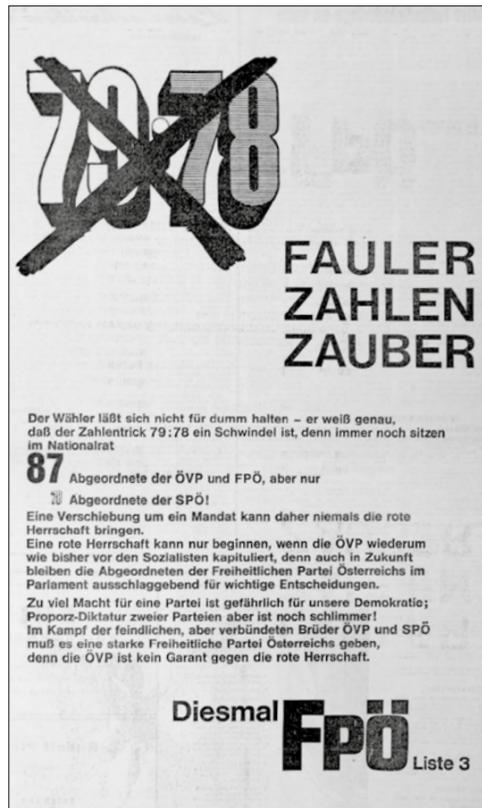
Bei der Nationalratswahl am 18. November 1962 kandidierte erneut Friedrich Peter für die FPÖ. Nach den enttäuschenden Erfahrungen mit der ÖVP im Vorfeld der Wahlen 1959, beginnen sich nun die Kontakte zwischen FPÖ und SPÖ zu intensivieren. Zum Beispiel im Rahmen der Südtirol-Politik Österreichs. Namentlich ist es vor allem Bruno Kreisky, der im Gegensatz zu seinen Vorgängern das Gespräch mit der FPÖ sucht und findet. Denn im ersten Jahrzehnt seiner Amtszeit ist es Friedrich Peter ein Anliegen, die FPÖ aus den vermeintlichen Hinterzimmern der Politik zu führen, in die sie von den Großparteien gedrängt wurde. Im Wahlkampf herrscht dann allerdings weitgehend Business as usual. Die ÖVP unter ihrem neuen Obmann Alfons Gorbach setzt auf antikommunistische Töne, die SPÖ warnt vor einer ÖVP-Alleinregierung. Die Freiheitlichen hingegen schlagen im Wahlkampf einen Kurs ein, der bekannte Positionen mit einer neuen Forderung kombiniert: „Mit uns für Europa“ (siehe Abbildung S. 41).

1962

Quelle:
Wienbibliothek,
Rathaus Wien
ID-Nr. AC10612512

WOHIN SOLL DIE REISE GEHEN?

Im Angesicht der politischen Lage setzen die Freiheitlichen auch in diesem Wahlkampf thematisch auf das Thema schwarz-roter Proporz und dessen Folgen. Während man auf der Metaebene die Kritik daran auf Plakaten im zeittypischen Stil der Pop-Art-Poster mit einem kurzen „Wohin“ artikuliert (siehe Abbildung S. 38), gehen die Inserate inhaltlich ins Detail. So etwa schreibt man in einer Anzeige: „Zu viel Macht für eine Partei ist gefährlich für unsere Demokratie; Proporzdiktatur zweier Parteien ist aber noch schlimmer! Im Kampf der feindlichen, aber verbündeten Brüder ÖVP und SPÖ muss es eine starke Freiheitliche Partei geben.“ Weitere Kritikpunkte sind unter anderem die höchste Inflation in ganz Europa oder die Belastung des Mittelstands. Aus heutiger Sicht überraschend ist das Plakat „Mit uns für Europa“, mit dem die FPÖ ihre Forderung, nach einem Beitritt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) artikuliert. Bis in die 1980er-Jahre sollte sie die einzige proeuropäische Parlamentspartei bleiben, die dieses Ziel verfolgt.



79:78
FAULER ZAHLEN ZAUBER

Der Wähler läßt sich nicht für dumm halten – er weiß genau, daß der Zahlentrick 79:78 ein Schwindel ist, denn immer noch sitzen im Nationalrat

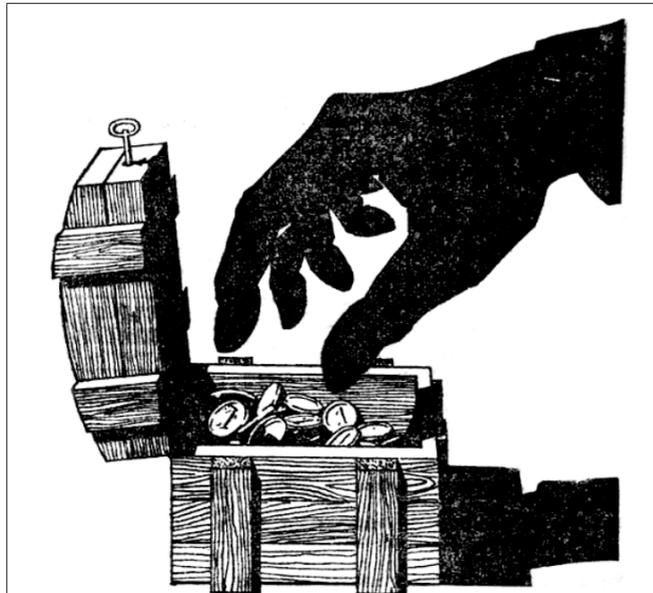
87 Abgeordnete der ÖVP und FPÖ, aber nur
10 Abgeordnete der SPÖ!

Eine Verschiebung um ein Mandat kann daher niemals die rote Herrschaft bringen.
Eine rote Herrschaft kann nur beginnen, wenn die ÖVP wiederum wie bisher vor den Sozialisten kapituliert, denn auch in Zukunft bleiben die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs im Parlament ausschlaggebend für wichtige Entscheidungen.

Zu viel Macht für eine Partei ist gefährlich für unsere Demokratie; Proporz-Diktatur zweier Parteien aber ist noch schlimmer! Im Kampf der feindlichen, aber verbündeten Brüder ÖVP und SPÖ muß es eine starke Freiheitliche Partei Österreichs geben, denn die ÖVP ist kein Garant gegen die rote Herrschaft.

Diesmal **FPÖ** Liste 3

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Freie Zeitung, 1962



Der Griff in die Kasse –

das ist die immer weiter sinkende Kaufkraft des Wirtschaftsgeldes jeder Familie durch die ständige Teuerung. Von Jahr zu Jahr verliert unser Schilling an Wert und von Monat zu Monat steigen die Preise. Jeder weiß es, jeder spürt es. Unser Leben wird immer teurer. Österreich hat die höchste Preissteigerung in ganz Europa. Das verschweigen ÖVP und SPÖ. Doch wenn sie reden (natürlich nur vor Wahlen), dann immer das Gleiche: Der Schilling darf nicht kleiner werden. ÖVP und SPÖ bezichtigen sich gegenseitig, daran schuld zu sein, aber nach den Wahlen bleibt wieder alles bei der gleichen Proporz-Mißwirtschaft. Nichts ändert sich. Die Preise steigen weiter, auf Kosten der österreichischen Bevölkerung. Wie lange noch? So lange die Kontrolle einer starken Opposition fehlt, die Kontrolle durch eine dritte Kraft, die Ordnung schafft.

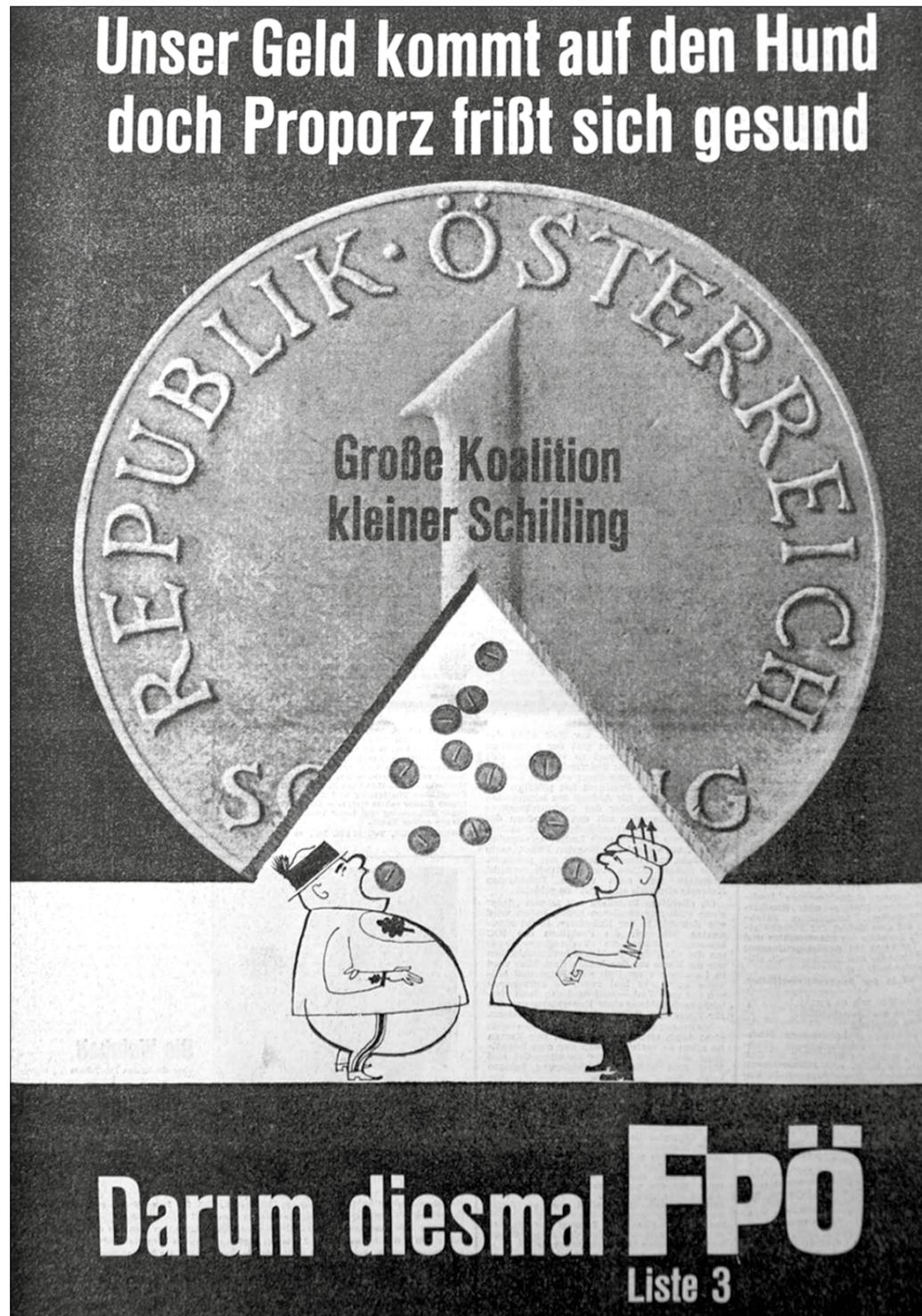
Darum
diesmal

FPÖ
Liste 3

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Kronen Zeitung, 1962

Quelle:
Freiheitliche Partei
Österreichs





Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien, Neue Freie
Zeitung, 1962

SPÖ UND FPÖ NÄHERN SICH WEITER AN

Mit 7,04 Prozent der Stimmen und dem Absichern der acht Abgeordneten im Parlament konsolidiert sich die FPÖ bei der Wahl weiter als dritte politische Kraft in Österreich. Eigentlicher Gewinner ist die ÖVP unter Bundeskanzler Alfons Gorbach. Die SPÖ mit Bruno Pittermann an der Spitze muss sich mit Platz zwei begnügen. Gorbach fühlt sich stark genug, um erneut mit der SPÖ zu koalieren und die FPÖ zu ignorieren. Hinter den Kulissen geht der Annäherungsprozess zwischen Freiheitlichen und der SPÖ jedoch langsam, aber beständig weiter. Vor allem zwischen Friedrich Peter und dem Gewerkschaftspräsidenten Franz Olah. Aber auch das gemeinsame Vorgehen von FPÖ und SPÖ während der Habsburg-Krise im Jahr 1963 ist ein Indiz für ein nachhaltiges Näherrücken der beiden Parteien.

**KEINE ANTWORT IST
AUCH EINE ANTWORT**

Der Obmann der ÖVP, Dr. Gorbach, hat auf drei am 24. Oktober an ihn gerichtete Fragen der FPÖ, ob die ÖVP im kommenden Parlament eine ANTI-PITTERMANN-MEHRHEIT respektieren oder abermals – wie bisher – vor den Sozialisten kapitulieren wird, bis heute – drei Tage vor dem Wahltag – nicht geantwortet.

Die Wähler wissen nun, woran sie sind.

DIE ÖVP IST KEIN GARANT GEGEN EINE ROTE HERRSCHAFT.

DAHER:

FPÖ

LISTE 3

Jetzt ist es allen klar:

Beide
sind
schuldig

Daher **FPÖ** Liste **3**

FRANZ OLAH: EIN FALL MIT FOLGEN

Die Nationalratswahl im Jahr 1966 steht ganz im Zeichen heftiger Streitigkeiten innerhalb der SPÖ. Die Hauptrolle in diesem Krimi spielt der Gewerkschaftspräsident und ehemalige Innenminister Franz Olah, der aus der SPÖ schließlich ausgeschlossen wird und mit einer eigenen Liste zur Wahl antritt. Grund für seinen Ausschluss ist unter anderem eine Gewerkschaftsspende an die FPÖ. Die Vorgeschichte: Olah unterhält bereits seit längerer Zeit gute Kontakte zu FPÖ-Obmann Friedrich Peter. Dieser macht Olah darauf aufmerksam, dass auch freiheitliche Wähler in die Gewerkschaftskasse einzahlen. Folglich müsse auch die FPÖ – wie auch ÖVP und SPÖ – Förderungen aus den Gewerkschaftsgeldern erhalten. Für Olah eine absolut nachvollziehbare Argumentation, weshalb er eine Million Schilling aus Gewerkschaftsgeldern zur Verfügung stellt. Es wird gemutmaßt, dass Olah damit die Weichen in Richtung einer kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ stellen will. Wie auch immer: Die Mehrheit der SPÖ trägt diese Linie nicht mit. Olah wird ausgeschlossen und tritt mit einer eigenen Partei bei den Wahlen an. Im Wahlkampf präsentiert sich dann die ÖVP unter dem neuen Obmann Josef Klaus als Partei der Sachlichkeit und warnt einmal mehr vor der „roten Volksfront“, sprich SPÖ. Diese kämpft mit dem Fall Olah, während die FPÖ einmal mehr auf die Karte als einzige Kontrollkraft im Parlament setzt.

1966

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313538

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313539



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313524

HILFE, BEIDE SIND SCHULD!

Bis in die 60er-Jahre wurden politische Plakate gezeichnet. Die Wahlkampagnen hatten generell noch eine gewisse Zufälligkeit und konzeptionelle Beliebigkeit. Und Strategie und Erscheinungsbild passten oft nicht zusammen. Das gilt im Wesentlichen auch für die FPÖ, wenngleich sich im Wahlkampf 1966 bereits erste Anzeichen einer konzeptuellen Stringenz feststellen lassen. Blau und Gelb dominieren nun auf so gut wie allen Plakaten. Auch eine gewisse typografische Homogenität lässt sich konstatieren. Mit den im Sprachalltag gebräuchlichen und daher vom Wähler bereits gelernten Formulierungen „Notwendiger denn je“ und „Beide sind schuld“ spielt die FPÖ kurz und knapp auf die für das Land schädlichen Proporz-Strukturen an. Im Vergleich zu den durchwegs eher schlichten Plakaten fällt allerdings das verspielte Hilfe!-Plakat ein wenig aus der Reihe. Es malt zwei Schreckgespenster an die Wand. Zwei metaphorische Geister, die der Wähler bei dieser Wahl keinesfalls rufen sollte (siehe Abbildung S. 48).



Liste 3



FPÖ notwendiger
denn je
Liste 3

So wählt man richtig gegen Schwarz und Rot

Amtlicher Stimmzettel

Liste Nr.	Für gewählte Partei im Kreis ein X einsetzen!	Kurzbezeichnung	Parteibezeichnung
1	<input type="radio"/>	OVP	Osterreichische Volkspartei
2	<input type="radio"/>	SPO	Sozialistische Partei Osterreichs
3	<input checked="" type="radio"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Osterreichs
4	<input type="radio"/>		

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313533

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313537

NATIONALRATSWAHL 1966

Jetzt ist es allen klar:

Beide
sind
schuldig

Daher **FPÖ** Liste 3

Aus dem
schwarz-roten
Sünden-
register:

- Keine Lösung
des Wohnungs-
problems
- Verrat am
Rundfunk-
volks-
begehren
- Teuerung wie
noch nie
- Keine Hilfe
für Hoch-
wasseropfer

KLEINPARTEI MIT GROSSEN AMBITIONEN

Die Wahl bringt schließlich ein bemerkenswertes Ergebnis. Denn die ÖVP erreicht erstmals seit 1945 die absolute Mehrheit und bildet unter Josef Klaus eine Alleinregierung. In der SPÖ folgt Bruno auf Bruno. Sprich Kreisky auf Pittermann. Die linkspopulistische Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) von Franz Olah gewinnt vor allem auf Kosten der SPÖ 3,28 Prozent der Stimmen, verfehlt aber damit den Einzug in den Nationalrat. Die FPÖ erreicht unter ihrem Obmann Friedrich Peter 5,35 Prozent der Wählerstimmen und sechs Mandate im Parlament. Die Enttäuschung über das durchschnittliche Wahlergebnis verfliegt allerdings schnell. Denn die kleine Fraktion versteht es, sich in den Folgejahren im Parlament vielfach zu profilieren. So etwa bei der parlamentarischen Debatte zur Habsburgfrage. Die Presse schreibt dazu: „Am Habsburgtag des Parlaments war es die FPÖ, die zeigte, wie man Opposition macht.“ Die ansprechende Performance der Freiheitlichen führt allerdings auch dazu, dass sie nunmehr aus Kreisen einer irritierten ÖVP vielfach als Nazipartei diffamiert wird.

Weiter mit der FPÖ

**Damit
die Richtung
stimmt**

SALZBURG
Gewinn: 34 Gemeinderatsmandate

VORARLBERG
43% Stimmengewinn

NIEDERÖSTERREICH
10% Stimmengewinn

ARBEITERKAMMER
36% Stimmengewinn



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16690350

DER GROSSE UMBRUCH

Der Wahlkampf im Jahr 1970 ist der erste Wahlkampf in Österreich, der auch im Fernsehen geschlagen wurde. So etwa gibt es erste Fernsehdebatten und Wahlwerbe-Spots. Wirtschaftlich ist Österreich zu dieser Zeit eines der Schlusslichter in Westeuropa. Das Pro-Kopf-Einkommen und der Lebensstandard sind nur in den drei europäischen Diktaturen Griechenland, Spanien und Portugal schlechter. Trotzdem wirbt die ÖVP als Garant für Fortschritt und Sicherheit im neuen Jahrzehnt um das Vertrauen der Wähler. Bundeskanzler Klaus macht das Erreichen der absoluten Mehrheit bei der Wahl zur Bedingung seines Verbleibes an der Spitze der Regierung. Die Sozialisten inszenieren sich als selbstbewusste und moderne Opposition und schneiden ihren Wahlkampf ganz auf die Person Bruno Kreisky zu. Dieser hält sich alle Konstellationen für eine Regierungsbildung offen. Anders die FPÖ. Sie präsentiert sich nach einigen Erfolgen bei Regionalwahlen in Salzburg und Vorarlberg sowie nach einem beachtlichen Ergebnis bei den Arbeiterkammerwahlen abermals als einziger Gegenpol zu den beiden Großparteien.

...für  Fortschritt,  gegen
**schwarz-rote
KOALITION** am 1. März
FPÖ

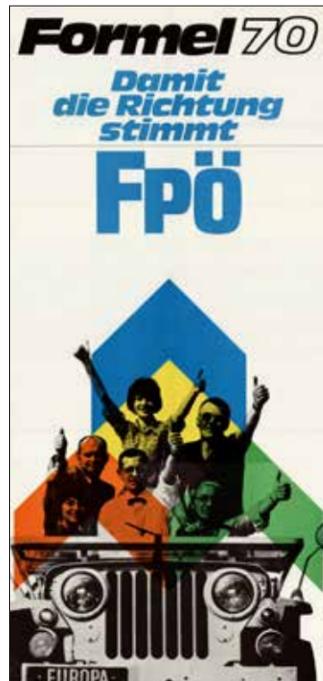
Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313641

1970

FORMEL 70 - DAMIT DIE RICHTUNG STIMMT

Die Freiheitlichen kandidieren 1970 abermals mit Friedrich Peter an der Spitze. Der zentrale Slogan klingt vielversprechend und lautet „Formel 70 – Damit die Richtung stimmt“. „Formel 70“ steht für das Wahlprogramm mit einem neuen, grundsatzprogrammatischen Inhalt und zieht sich stringent durch sämtliche Werbemittel. Auf den Plakaten finden sich erstmals Fotos im Gegensatz zu den früheren, gezeichneten Sujets. Interessant ist, dass die FPÖ keine inhaltlichen bzw. ideologischen Botschaften (z. B. Freiheit, Sicherheit etc.) kommuniziert. Man setzt eher auf Image- und Meinungsbildung und befindet sich damit ganz im damaligen Trend der politischen Werbung in allen westlichen Ländern. Der Wahlkampf wird in großen Teilen im Fernsehen ausgetragen und spitzt sich auf ein Duell der beiden Großparteien zu. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die FPÖ mit der Ansage „Kein roter Bundeskanzler – kein schwarzes Österreich“ selbst aus dem Koalitionsrennen nimmt.

Im Wahlkampf 1970 löst TV erstmals das Plakat als zentrales Bildmedium in der politischen Auseinandersetzung ab, was aufgrund geringer Sendezeit für die FPÖ ein klarer Nachteil ist.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16690348



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16690335

Formel 70

Damit die Richtung stimmt

FPÖ

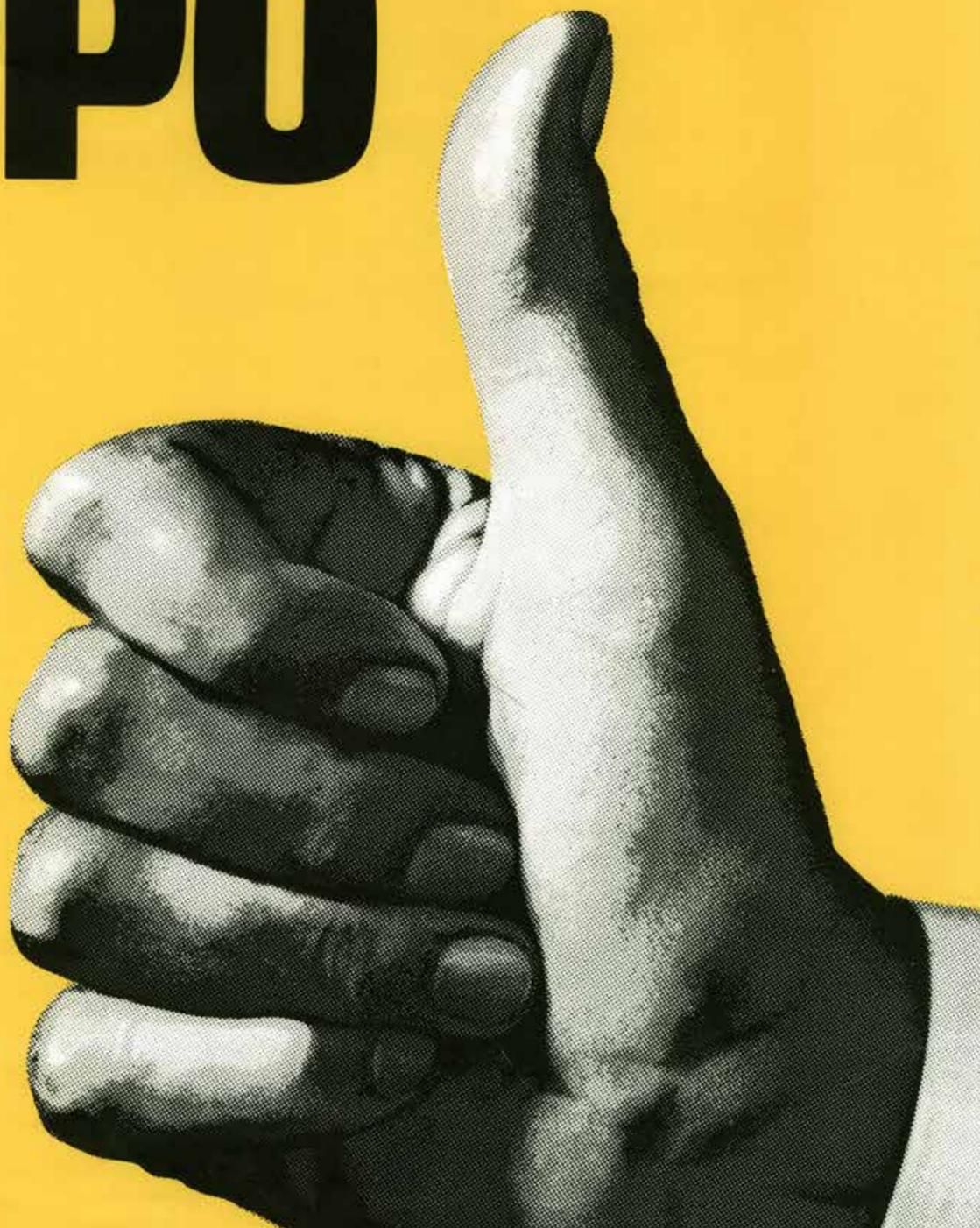


Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313651

**Damit
die Richtung
stimmt**



FPÖ



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313616

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313621

FPÖ
LISTE 3
**MUSS
BLEIBEN**

Schluß mit diesem Unrecht

1ÖVP-Mandat=26 304 Stimmen
1SPÖ-Mandat=27 603 Stimmen
1FPÖ-Mandat=50 872 Stimmen

**Wir verlangen eine
Wahlrechtsreform**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313620

**Wer die
Freiheitlichen schwächt,
stärkt
die Sozialisten.**

Jetzt noch wichtiger:

**Kein roter
Bundeskanzler
Kein schwarzes
Österreich**

**- das
garantiert
die FPÖ**

FPÖ
garantiert:
**Kein roter
Bundeskanzler
Kein schwarzes
Österreich**
**- dann stimmt
die Richtung**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313640



FPÖ

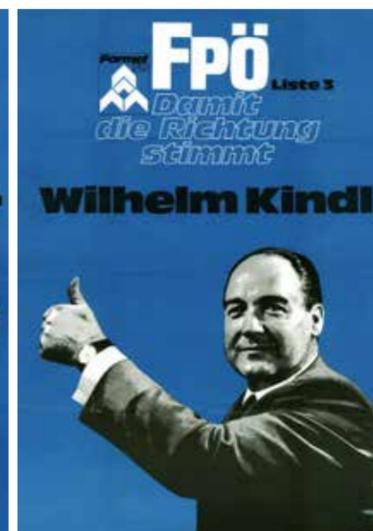
Liste 3

*Damit
die Richtung
stimmt*

Friedrich Peter



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313632



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313638

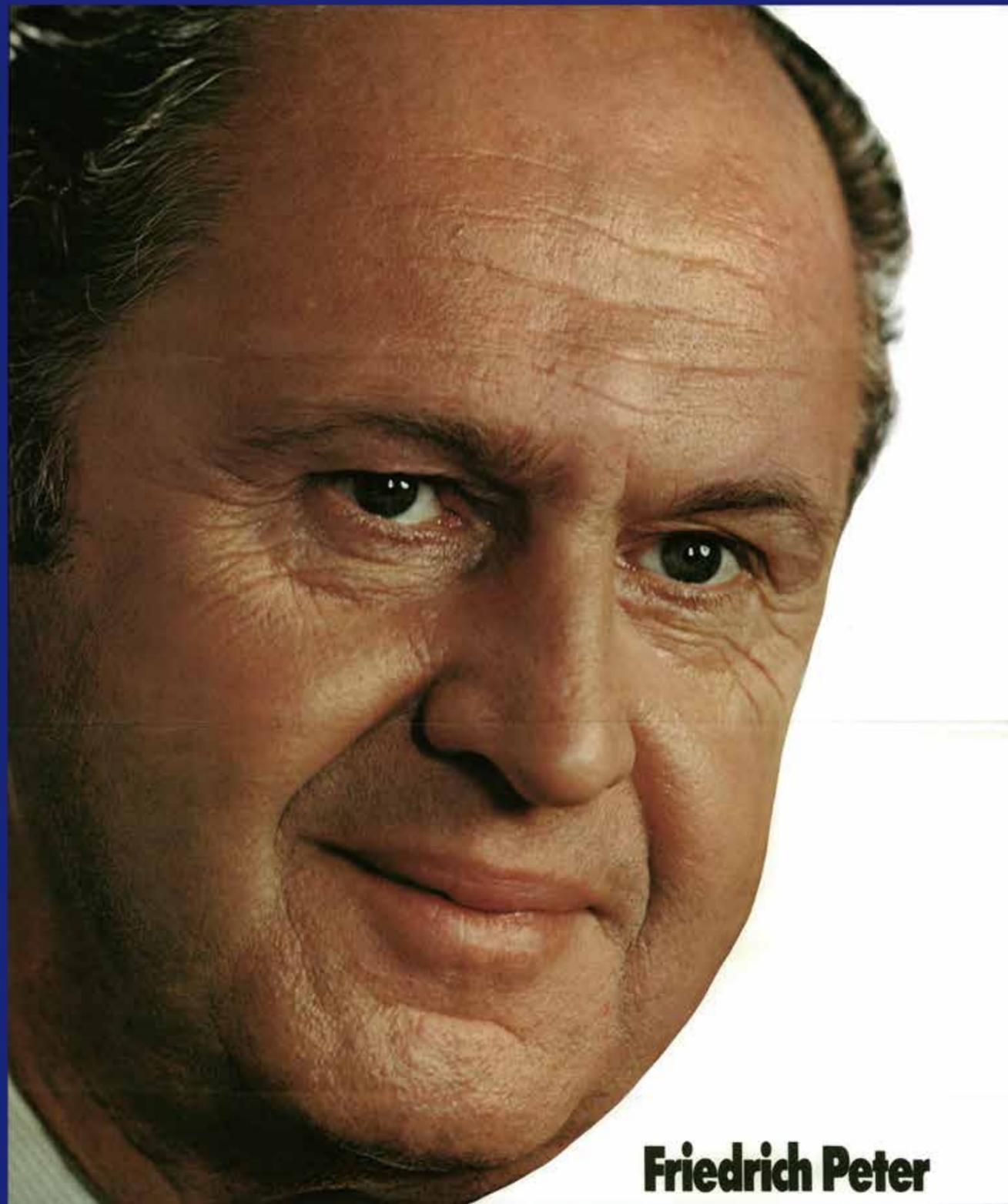


Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313636

FPÖ SETZT WAHLRECHTSREFORM DURCH

Die Freiheitlichen erzielen bei der Wahl 5,52 Prozent. Das entspricht einem leichten Plus von 0,17 Prozent. Es bleibt bei sechs Mandaten im Parlament. Die SPÖ gewinnt Stimmen und Mandate hinzu und übernimmt von einer geschwächten ÖVP den ersten Platz. Bundeskanzler Klaus tritt zurück, Bruno Kreisky wird von Bundespräsident Franz Jonas mit der Regierungsbildung beauftragt. FPÖ-Obmann Friedrich Peter nutzt die Gunst der Stunde und einigt sich mit der SPÖ auf das Budget und die sogenannte „Kleine Wahlrechtsreform“, die endlich auch kleinen Parteien eine angemessene Vertretung im österreichischen Parlament sichert. Im Gegenzug unterstützt die FPÖ nach dem Scheitern der Regierungsverhandlungen zwischen den beiden Großparteien eine Minderheitsregierung der SPÖ.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313634



Friedrich Peter

POLITIK DER VERNUNFT **FPÖ**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16710268

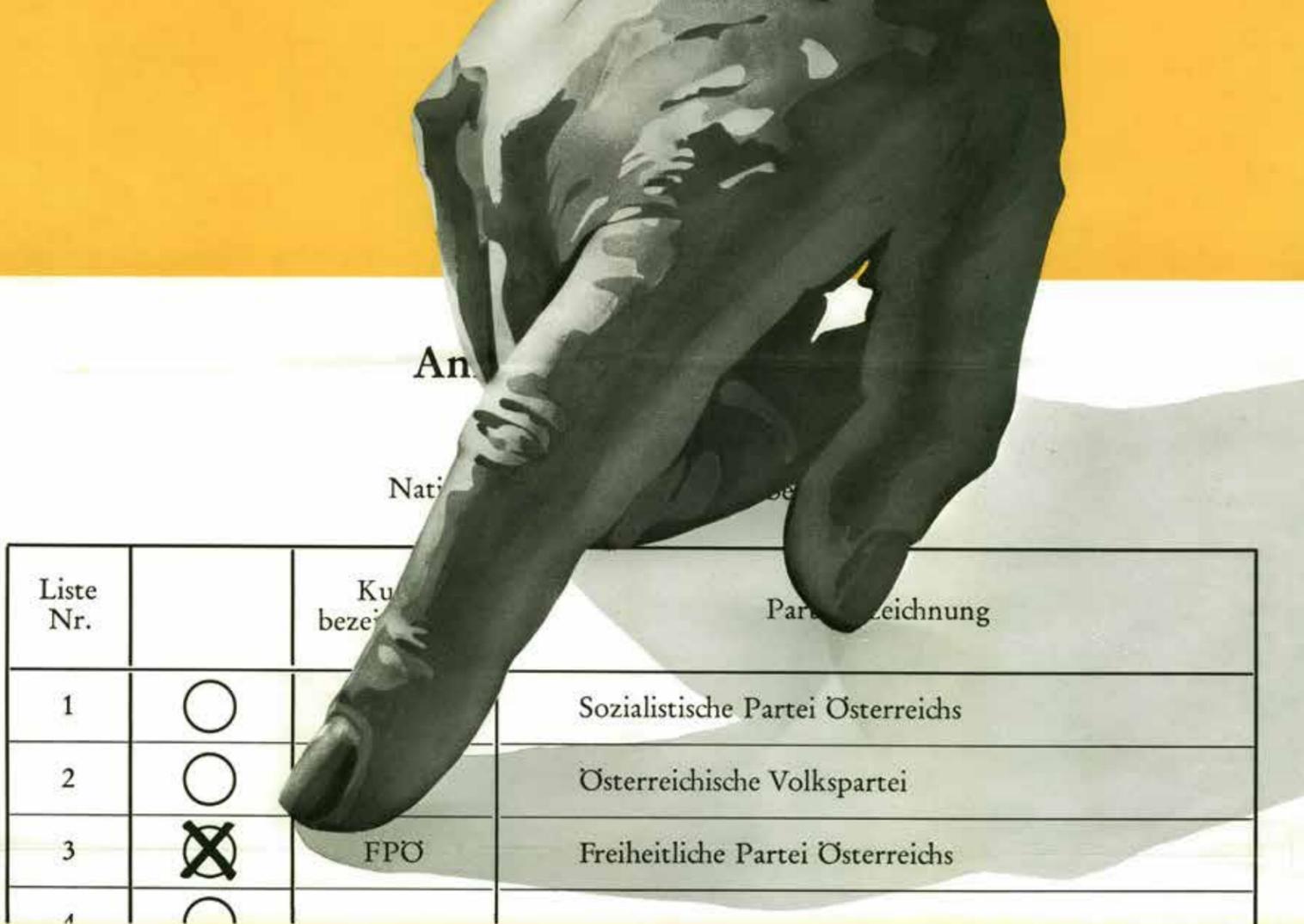


KONSTRUKTIVE PARLAMENTARBEIT UND INTERNE REFORMEN

Die von Bundeskanzler Bruno Kreisky geführte und von der FPÖ unterstützte sozialistische Minderheitsregierung kann durchaus als eine Blütezeit der Freiheitlichen bezeichnet werden. Denn die Schwäche der ÖVP und die Stärke des Parlaments eröffnen bislang nicht gekannte Möglichkeiten, die Innenpolitik höchst konstruktiv mitzugestalten. Diese Phase des politischen Aufbruchs nutzt die FPÖ auch für interne Reformbestrebungen. So etwa konstituiert sich im Jänner 1971 auf Anregung von Obmann Friedrich Peter der Atterseekreis. Er besteht aus ausgesprochen liberal orientierten Intellektuellen, darunter auch der spätere Parteiobmann Norbert Steger. Als die SPÖ nach wenigen Monaten die Minderheitsregierung beendet, stimmt die FPÖ nach anfänglichem Zögern zu. Nicht zuletzt auch wegen der 1970 gemeinsam mit der SPÖ beschlossenen Wahlrechtsreform, die nicht mehr minderheitenfeindlich ist. Der Wahlkampf ist dann auch von diesem Erfolg sowie der konstruktiven Mitarbeit der Partei in der Innenpolitik geprägt. Darüber hinaus weist man einmal mehr auf die Kontrollfunktion hin, die man als Oppositionspartei und Gegengewicht zu den beiden Großparteien darstellt.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313712

NATIONALRATSWAHL 1971



kritisch wählen FPÖ Liste 3

„VERNÜNFTIGE“ WAHLWERBUNG MIT MEHR GEWICHT

Der Wahlkampf 1971 unterscheidet sich von früheren doch auf beachtliche Weise. Keine drastischen Worte wie „Proporzdictatur“ und eindeutige Schuldzuweisungen. Keine Gleichsetzung des politischen Gegners mit Gespenstern und sich duellierenden Katzen. Vielmehr wirbt man mit einer Politik der Vernunft und bedient sich einer beinahe schon staatstragenden Tonalität sowie einer seriösen, modernen und schlichten Grafik. Mit der Abbildung von Parteiboss Friedrich Peter klinkt man sich außerdem in einen Trend der politischen Werbung ein, der in den 70ern beginnt und bis heute andauert: Bilderschlachten mit geschönten Politikerfotos auf Plakaten. Der Slogan „Freiheitlich wählen hat jetzt mehr Gewicht“ bezieht sich natürlich auf die Wahlrechtsreform. Sie sorgt für mehr Fairness und macht es der FPÖ leichter, Parlamentsmandate zu gewinnen. Nichtsdestotrotz setzt man auch auf die Rolle als Kontrollpartei, wenn auch in einer vergleichsweise zurückhaltenden Art. Das wegen seiner Reduziertheit an sich sehr gelungene Sujet „Augen auf, kritisch wählen“ macht dezent auf das Übergewicht der Großparteien aufmerksam (siehe Abbildung S. 65).

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313714



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313708



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16710265

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313709

KEIN MENSCH IST PERFEKT



KONSTRUKTIVE ARBEIT FÜR ÖSTERREICH x 10

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl am 10. Oktober 1971 gewinnt die SPÖ 50,4 Prozent der Stimmen (93 Mandate) und bildet danach eine Alleinregierung. Die ÖVP verliert eineinhalb Prozent und landet bei 43,12 bzw. 80 Mandaten. Die Freiheitlichen erreichen 5,45 Prozent (+0,07 Prozent) und zehn Mandate (+4). Grund für den Gewinn von vier zusätzlichen Mandaten ist die vorangegangene Wahlrechtsreform, die auch kleinen Parteien mehr Einfluss ermöglicht. Diesen Vorteil weiß die Partei in weiterer Folge auch zu nutzen. In der Legislaturperiode von 1971 bis 1975 setzt sich der 10-köpfige Parlamentsklub trotz Oppositionsrolle weiterhin sehr effektiv und konstruktiv in Szene und arbeitet an wegweisenden Reformkonzepten. Interessant: Obwohl die SPÖ keine Unterstützung mehr benötigt, sucht sie in wichtigen Fragen die freiheitliche Unterstützung.

... auch politische Parteien nicht. Aber es kommt darauf an, gegebene Möglichkeiten für eine Politik der Vernunft zu nutzen. Das hat die Freiheitliche Partei getan und ihre Stimme hat im Parlament Gewicht bekommen. Ein Gewicht, das verstärkt wirksam sein sollte. Deshalb lohnt es sich, am 10. Oktober FPÖ zu wählen!

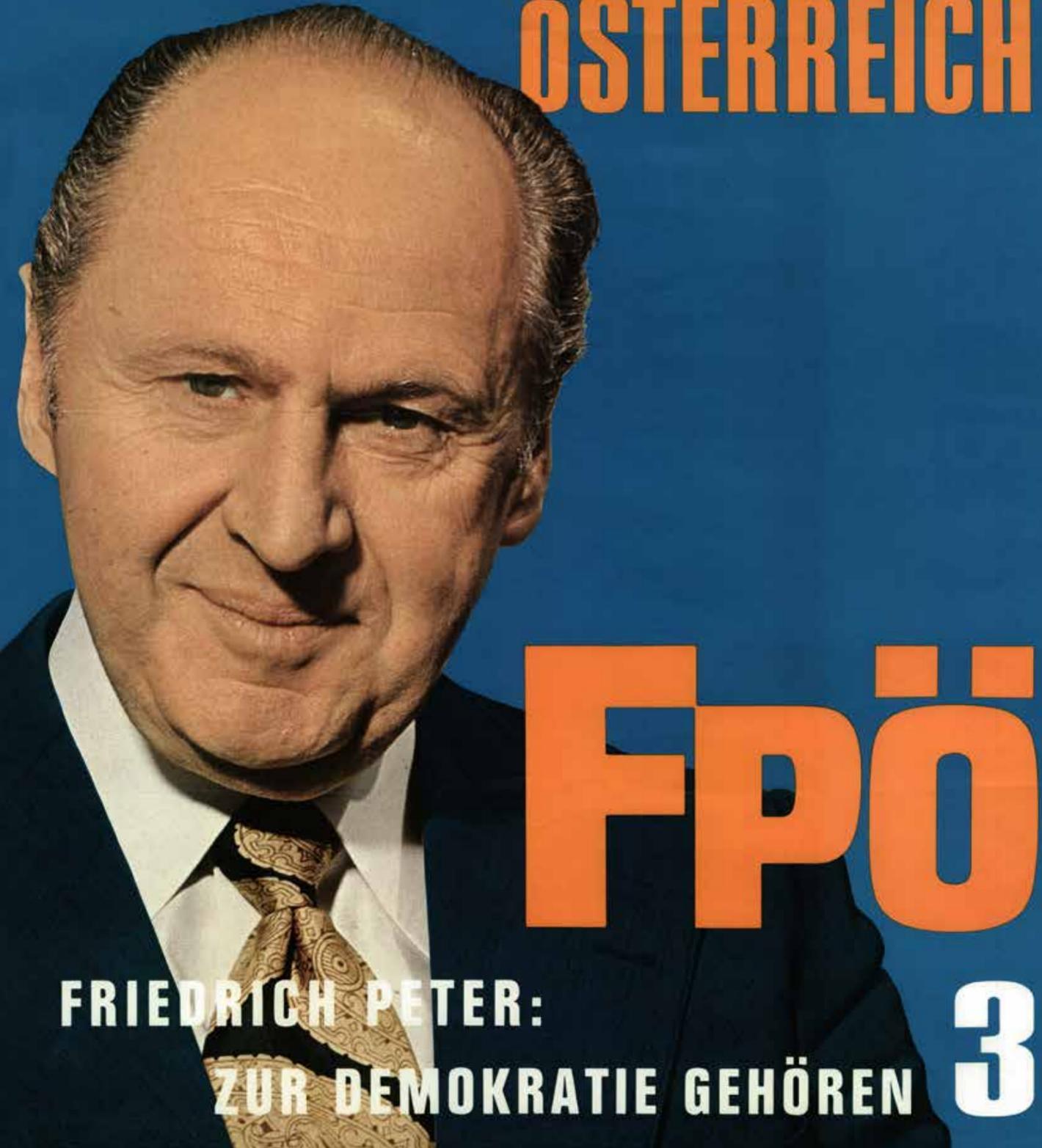
**POLITIK DER
VERNUNFT** **FPÖ**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Freie Zeitung, 1971



**AUGEN
AUF
KRITISCH
WÄHLEN** **FPÖ**

NOTWENDIG FÜR ÖSTERREICH



FPÖ

FRIEDRICH PETER:

ZUR DEMOKRATIE GEHÖREN

3

WEITERHIN UNBEQUEM FÜR ROT UND SCHWARZ

Nachdem die SPÖ unter Kanzler Bruno Kreisky am Anfang der Legislaturperiode noch die Kooperation mit der FPÖ sucht, wird die politische Gangart der Sozialisten in der Folge immer kompromissloser. Besonders deutlich zeigt sich das am Beispiel der Abtreibungsfrage, da die SPÖ einen Antrag der Freiheitlichen über eine Volksabstimmung zur Fristenlösung ablehnt. Einer Reform des Rundfunkgesetzes in der von der SPÖ präferierten Form verweigern sich hingegen die Freiheitlichen. Hinzu kommen ab 1974 innerparteiliche Turbulenzen rund um Parteiohmann Friedrich Peter. Nachdrängende, jüngere Kräfte aus dem Atterseekreis lösen angeregte Diskussionen über eine liberalere Positionierung der Partei aus. Wichtig für die Einschätzung der politischen Situation vor der Wahl ist auch der Tod des ÖVP-Obmannes Karl Schleinzer durch einen Autounfall. Josef Taus folgt ihm in diese Position nach. Sein TV-Duell mit Bruno Kreisky wird später zum Wahlkampf-Klassiker. Es unterstreicht einmal mehr, wie sehr das Fernsehen damals zum maßgeblichen Medium der Auseinandersetzung wird, in dem die FPÖ aufgrund ihrer Position als dritte Kraft benachteiligt wird. Sie versucht jedoch, diesen Nachteil mit klaren Ansagen bei der Plakatwerbung ein wenig zu kompensieren.

1975

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313854

NATIONALRATSWAHL 1975

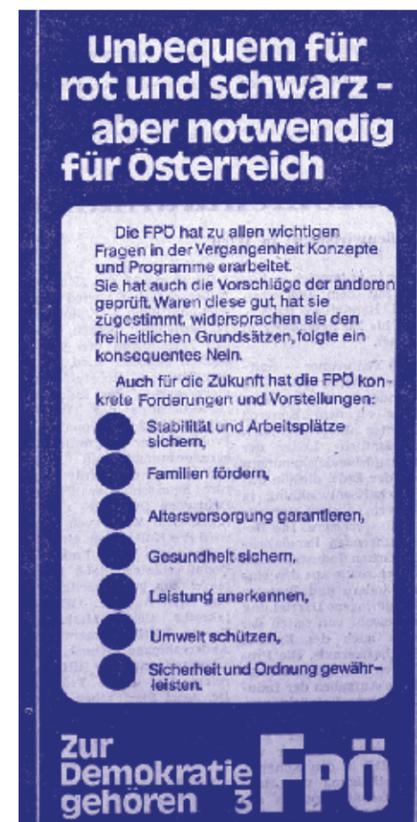
Blauer Himmel auch nach dem Urlaub.

FPÖ

ALLER GUTEN DINGE SIND 3

Wie sehr der andauernde Kampf gegen das rot-schwarze Proporzsystem zur DNA der Freiheitlichen gehört, zeigt auch der Wahlkampf 1975. Er steht unter dem Motto „Notwendig für Österreich“ (siehe Abbildung S. 66). Darüber hinaus arbeitet man mit dem Slogan „Zur Demokratie gehören 3“. Alle zwei Slogans spielen letztlich auf das Selbstverständnis der FPÖ als Drittes Lager an, quasi als Antithese zu den beiden Großparteien.

Ein Plakat fällt besonders auf und hebt sich sowohl textlich als auch grafisch vom ansonsten puristisch gehaltenen Auftritt ab. Das „Blauer-Himmel-Plakat“ thematisiert den Zeitpunkt der Wahl im Frühherbst und kann als emotionaler Sidestep interpretiert werden.



Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Freie Zeitung, 1975

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313841



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313844

BLAUE HANDSCHRIFT TROTZ ABSOLUTER SPÖ-MEHRHEIT

Das Ergebnis der Nationalratswahl lautet: 93 Mandate für die SPÖ, 80 für die ÖVP und 10 für die FPÖ. Damit entspricht es beinahe haargenau dem Resultat vom Oktober 1971. Kreisky und die SPÖ behalten allen Vorhersagen zum Trotz ihre absolute Mehrheit. Auch die FPÖ hält ihre Position, wenngleich sie ihr Wahlziel einer Regierungsbeteiligung nicht erreicht. Das freiheitliche Team im Parlament bleibt unverändert, muss aber zur Kenntnis nehmen, dass die Möglichkeiten zur konstruktiven Mitarbeit nunmehr wesentlich geringer sind. Dennoch gibt es einige Möglichkeiten, die freiheitliche Handschrift im Parlament einfließen zu lassen. So etwa bei der Erarbeitung der österreichischen Verteidigungsdoktrin, bei der Reform der Geschäftsordnungen des Nationalrates und des Familienrechts. FPÖ-intern wird nach einer jahrelangen Führungsdiskussion im Jahr 1978 Alexander Götz den langjährigen Obmann Friedrich Peter ablösen.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16313846

unbequem
für rot und
schwarz

NOTWENDIG
FÜR
ÖSTERREICH

FPÖ

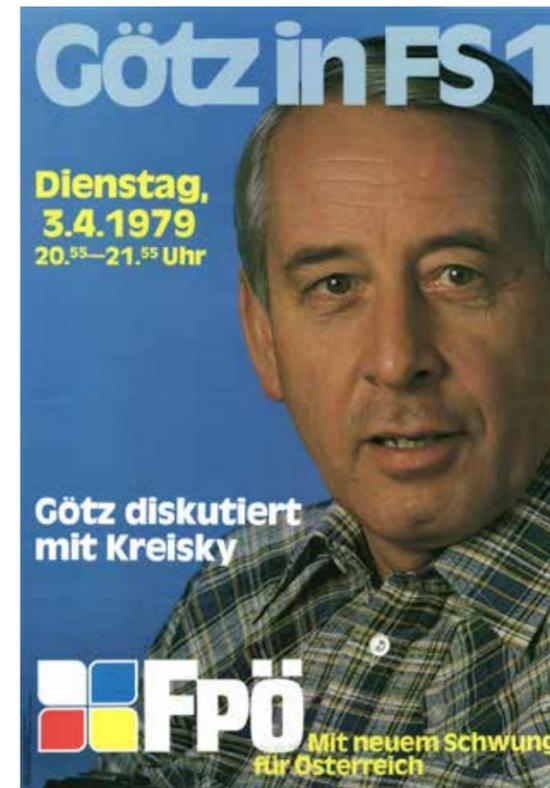
3

ZUR DEMOKRATIE GEHÖREN

Vertrauen aus gutem Grund

Götz

 **FPÖ**
Mit neuem Schwung
für Österreich



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314037

EINE KURZE, ABER ERFOLGREICHE AMTSZEIT

Eine Gesellschaft im Aufbruch: So könnte man die Situation in Österreich in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts zusammenfassen. Die Liste an gesellschaftlichen, wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen in dieser Zeit ist lang. Gleichzeitig entsteht eine Protestkultur, die in der Volksabstimmung im Jahr 1978 gegen das von Bundeskanzler Bruno Kreisky initiierte Atomkraftwerk Zwentendorf gipfelte. Trotz seiner Drohung, bei einer Niederlage im Referendum zurückzutreten, bleibt er im Amt. Auch an den Freiheitlichen geht der Aufbruch nicht spurlos vorüber. Denn für die Wahl im Jahr 1979 kandidiert der Grazer Bürgermeister und neue Parteiobmann Alexander Götz. Bundespolitisch sorgt Götz für großes Aufsehen, als er eine Attacke von Bundeskanzler Bruno Kreisky mit der Aussage kommentiert, Kreisky sei Papp ins Hirn gestiegen. Daraufhin stellt die SPÖ den Wahlkampf unter das Motto „Götz & Taus – Nein Danke“. Die FPÖ hingegen propagiert mit dem Zusatz „Mit neuem Schwung für Österreich“ unter dem bunt gehaltenen FPÖ-Logo eine zentrale Botschaft, die weniger auf den politischen Gegner, sondern selbstbewusst auf den neuen Spitzenkandidaten und die bewegten Zeiten fokussiert.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314042

NATIONALRATSWAHL 1979



1. Forderung: Anerkennung der Leistung

FPÖ

Mit neuem Schwung für Österreich

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314029



So wählt man
GÖTZ

FPÖ

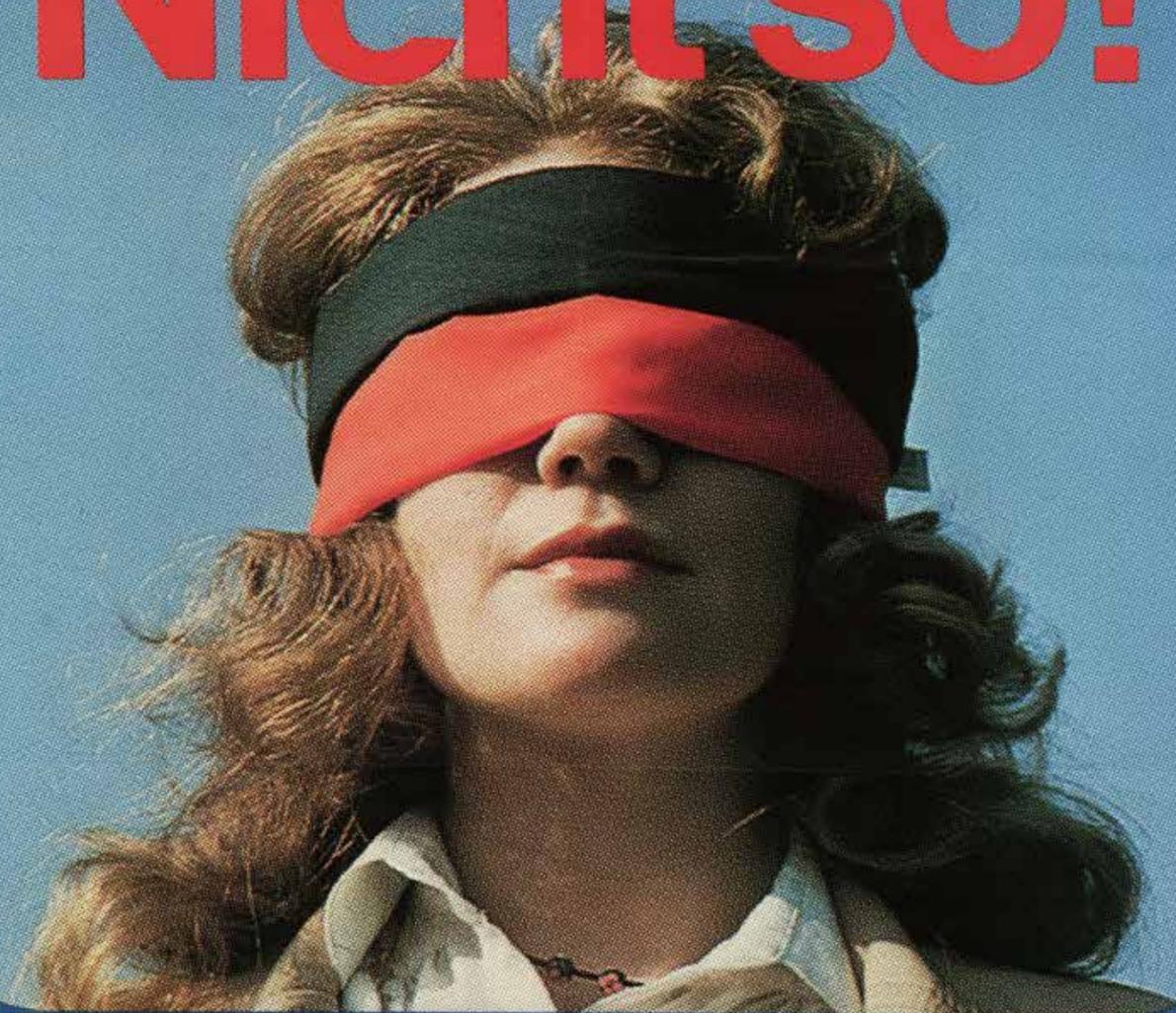
Amtlicher Stimmzettel
für die
Nationalratswahl am 6. Mai 1979

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314040

NEUER SCHWUNG FÜR ÖSTERREICH

Den freiheitlichen Plakat-Wahlkampf dominiert der neue Spitzenkandidat Alexander Götz. Was insofern ein kluger Schachzug ist, als er mit Ausnahme der Grazer Bevölkerung noch vielen Österreichern weitgehend unbekannt ist. Ebenfalls stimmig sind die begleitenden Botschaften. Einerseits der „neue Schwung“, den er in die Partei mitbringt und für Österreich verspricht. Andererseits kommuniziert man das Thema „Vertrauen“, das die Person Götz den Wählern verspricht (siehe Abbildung S. 72). Folgerichtig achtet man auch auf eine sympathische Bildsprache. Abseits der Werbung für die Person des Spitzenkandidaten setzt die FPÖ inhaltlich wieder auf ihre traditionelle Rolle als Alternative zu den Großparteien. Auffällig das Plakat „Nicht so!“ mit großer Kornblume über dem Parteologo und schwarz-roter Augenbinde (siehe Abbildung S. 76). Es scheint beinahe dem Wahlkampf des Jahres 1962 entnommen zu sein, wo ebenfalls ein Sujet mit Gesicht und Augenbinde zum Einsatz gekommen war.

Nicht so!



sehen
denken
wählen
Liste 3



RÜCKTRITT TROTZ STIMMENGWINNE

Götz beschert der FPÖ bei der Wahl am 6. Mai 1979 beträchtliche Stimmengewinne und ein zusätzliches Mandat im Parlament. Das Kräfteverhältnis lautete nun: 95 Mandate für die SPÖ, 77 für die ÖVP und 11 für die FPÖ. Trotz des positiven Ergebnisses verfehlt die FPÖ auch aufgrund der schwachen ÖVP ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen. Deshalb sieht sich Alexander Götz als gescheitert und legt kurz darauf alle Bundesfunktionen zurück. Dafür ziehen drei junge Kräfte in den Freiheitlichen Parlamentsklub ein, die später eine wichtige Rolle in der Partei spielen werden: Jörg Haider, Norbert Steger und Friedhelm Frischenschlager.

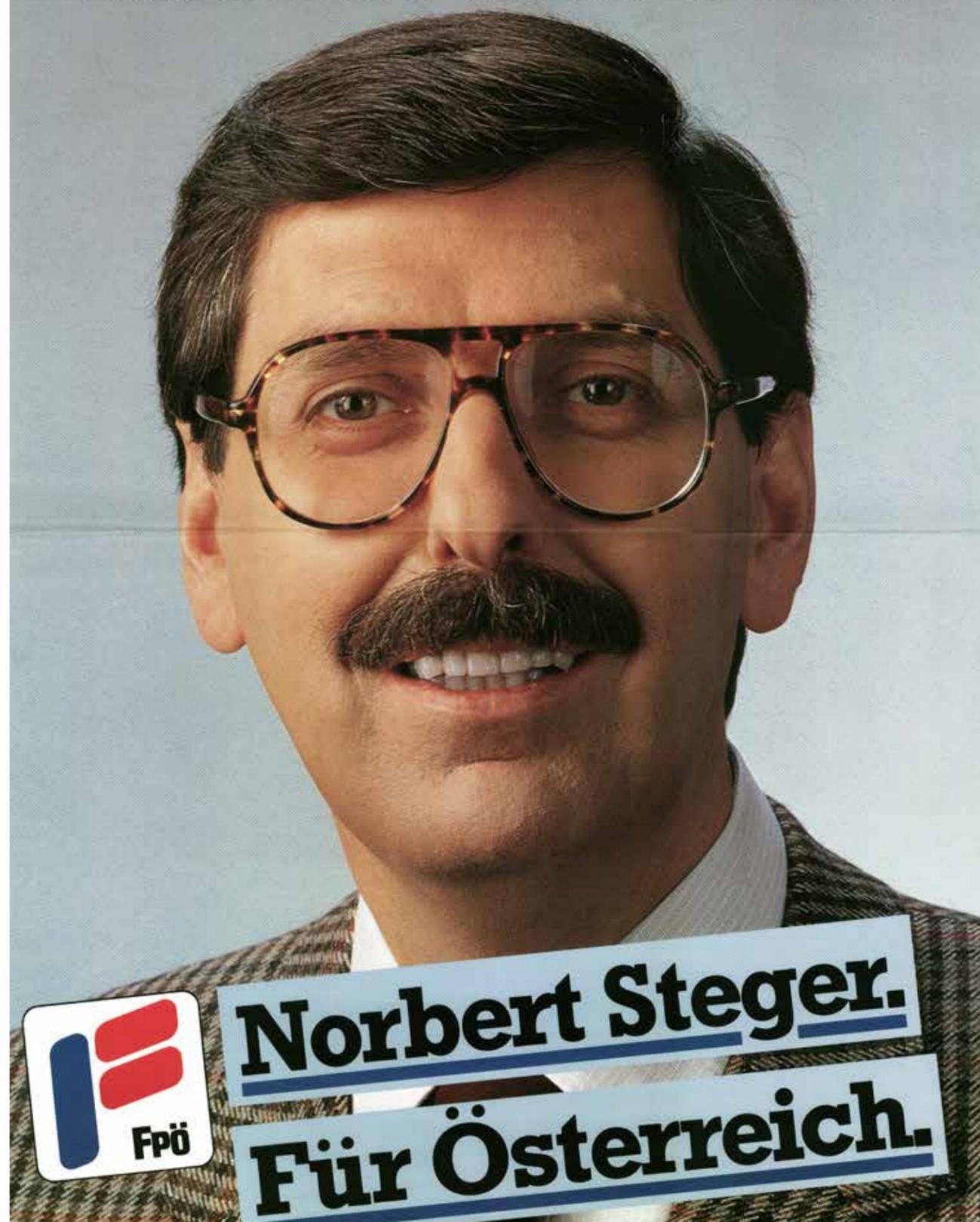
frei sein
statt abhängig



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314030

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314033

„Fleiß und Können
müssen sich wieder lohnen.“



DIE FPÖ WAGT EIN LIBERALES EXPERIMENT

Nachdem die FPÖ unter Alexander Götz kurzfristig einen eher bürgerlichen Kurs eingeschlagen und sich der ÖVP angenähert hatte, übernimmt Norbert Steger im Jahr 1980 das Amt des Bundesparteiobmanns. Im Nachhinein sollte man parteiintern von einem „liberalen Experiment“ sprechen, das man mit seiner Wahl gestartet hat. In Österreich sind die Jahre vor den Nationalratswahlen 1983 unter anderem von Diskussionen rund um den Bau des UNO-Konferenzentrums und das Volksbegehren dagegen (1,6 Millionen Unterschriften) geprägt. Die FPÖ spricht sich im Parlament aufgrund der immensen Kosten und der ihrer Ansicht nach zu großen Belastung für die Steuerzahler gegen seine Errichtung aus. Darüber hinaus gerät zu dieser Zeit die Sozialdemokratie auch wegen des AKH-Skandals unter Druck, der im Jahr 1980 vom Journalisten Alfred Worm aufgedeckt wird. Norbert Steger wusste die Gunst der Stunde zu nutzen und setzte die FPÖ verstärkt auch als Kontroll- und Veränderungspartei sowie als Förderer der direkten Demokratie in Szene. Aufgrund der Skandale und auch wegen seiner angeschlagenen Gesundheit zeichnet sich zudem ab, dass Kreisky nach der Wahl abtreten werde.

1983

Gemeinsam schaffen wir es

Dr. Norbert Steger

Dr. Jörg Haider



GEMEINSAM FÜR ÖSTERREICH

Im Wahlkampf versucht sich die FPÖ auf Basis eines elaborierten Wahlprogrammes und mit neuem Obmann als wirtschaftsliberale Partei nach dem Vorbild der FDP zu positionieren. Trotzdem agiert die Partei mit erstaunlich zurückhaltenden Plakaten. Zwar präsentiert man Steger – auch gemeinsam mit anderen Spitzenfunktionären – auf so gut wie allen Plakaten. Inhaltlich bleibt man mit den Slogans „Für Österreich“ und „Gemeinsam schaffen wir es“ aber doch eher defensiv und vage. Was auffällt, ist der erstmalige Einsatz des neuen Parteiogos bei einer Nationalratswahl. Mit der symbolhaften Darstellung einer rot-weiß-roten Flagge an einer blauen Fahnenstange kann es durchaus als gelungen bezeichnet werden. Resümierend betrachtet schlägt sich die Partei mit diesem Wahlkampf aber unter Wert. Inwieweit der etwas verhaltene Auftritt das Ergebnis mitverantwortet, darüber kann nur gemutmaßt werden. Womöglich ist es auch mit ein Grund, warum die FPÖ im darauffolgenden Nationalratswahlkampf in der Kommunikation völlig andere Wege gehen wird.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314172



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314171



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314167

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314175

ERFOLG TROTZ STIMMENVERLUSTE

Bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 erzielt die FPÖ 4,98 Prozent der Stimmen und gewinnt ein Mandat. Mit insgesamt 12 Abgeordneten ist der freiheitliche Parlamentsklub nun so stark wie niemals zuvor. Die SPÖ mit Bruno Kreisky an der Spitze wurde zwar wieder stärkste Partei, verliert aber nach 12 Jahren die absolute Mehrheit. Die ÖVP kann leicht zulegen.

Trotz der Stimmenverluste erreicht Norbert Steger sein Wahlziel. Die absolute Mehrheit der SPÖ ist gebrochen und die FPÖ in der Schlüsselrolle des Mehrheitsbeschaffers zwischen SPÖ und ÖVP. Der Weg ist frei für eine rot-blaue Koalition.

Gemeinsam schaffen wir es!



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16821136

Am 24. April.



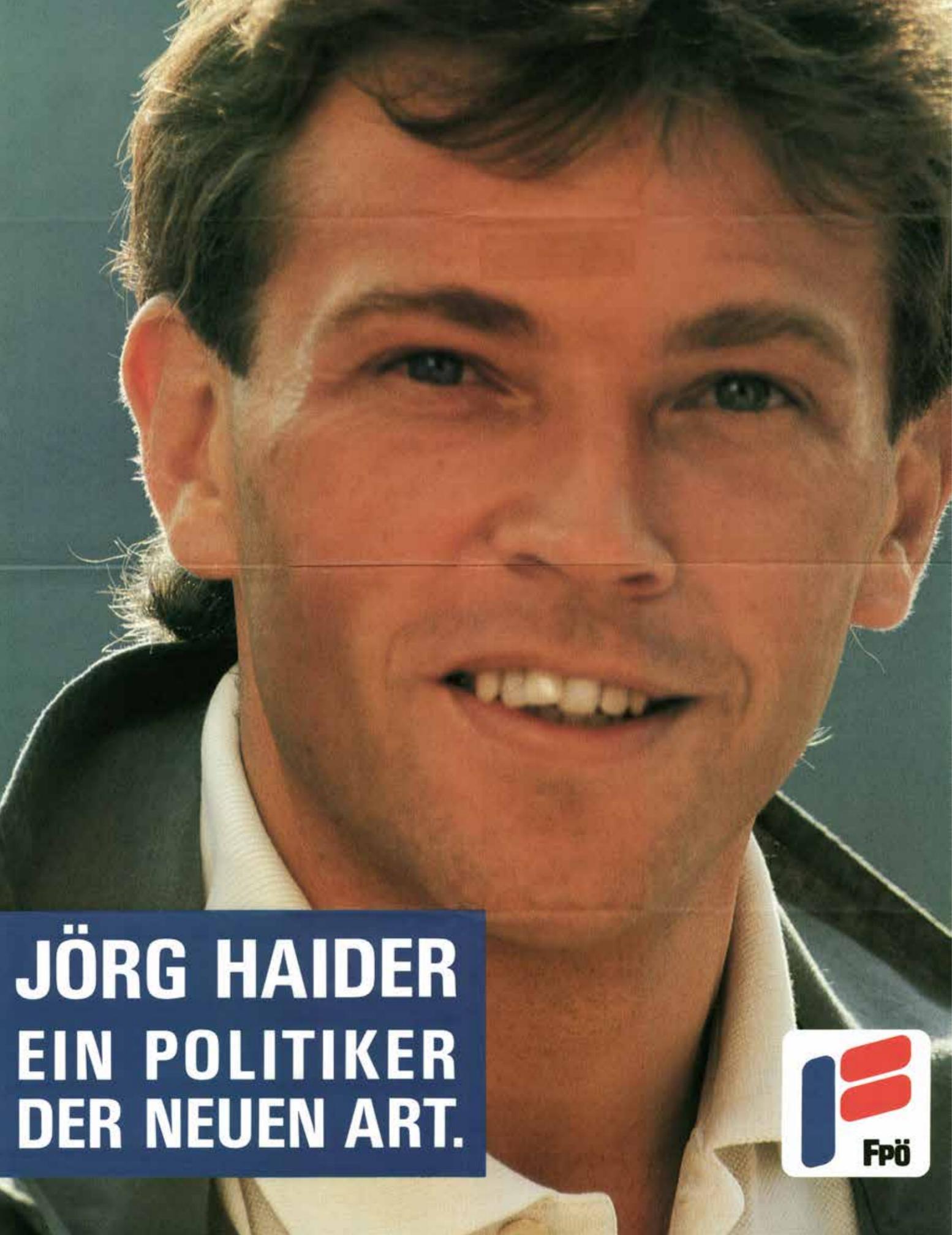
Liste 3

Für Österreich.

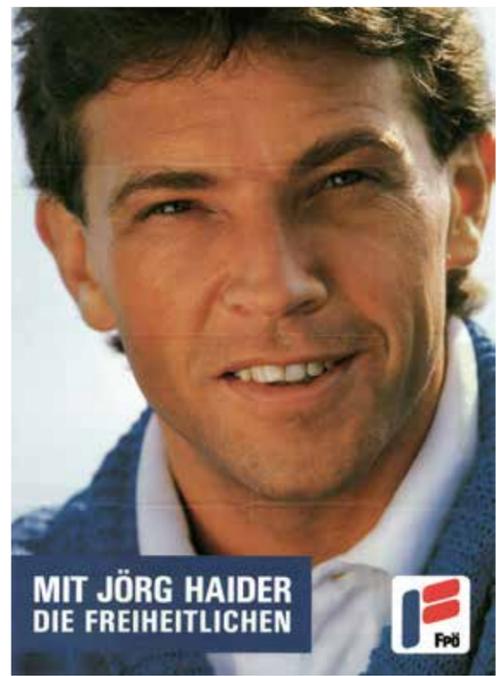
Die Freiheitlichen.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314150

FPÖ



**JÖRG HAIDER
EIN POLITIKER
DER NEUEN ART.**



**MIT JÖRG HAIDER
DIE FREIHEITLICHEN**



JÖRG HAIDER VERÄNDERT DIE FPÖ UND ÖSTERREICH

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ nach den Nationalratswahlen 1983 mit der SPÖ unter Kanzler Fred Sinowatz bringt nicht die erwünschten Erfolge. Gleiches gilt für den von Bundesparteiobmann Norbert Steger angestrebten Umbau der FPÖ in eine liberale Partei. Er wird von der Basis nicht mitgetragen und von den Wählern kaum honoriert. Letzteres zeigen zumindest Umfragen, die der FPÖ ein mögliches Scheitern an der 4-Prozent-Hürde bei einer kommenden Nationalratswahl in Aussicht stellen. Diese Situation nützt Jörg Haider und lässt sich im Jahr 1986 beim legendären Bundesparteitag in Innsbruck zum Obmann der FPÖ wählen. Für die Freiheitlichen bedeutet das einen Paradigmenwechsel. Mit Haider betritt ein politisches Talent die Bühne, das sich im Stil eines Volkstribuns dem Kampf gegen das rot-schwarze Proporzsystem verschreibt und sich mit dem Wähler verbündet. Schon ein Jahr früher als geplant hat er bei den vorgezogenen Nationalratswahlen die Gelegenheit, erstmals zu reüssieren. Denn aufgrund der verlorenen Bundespräsidentenwahl im Juni 1986 tritt Kanzler Fred Sinowatz zurück. Er übergibt an Franz Vranitzky, der nach der Wahl Haiders zum Parteiobmann die Koalition aufkündigt. Haider kritisiert das als Parteitaktik, als Flucht aus der Verantwortung und als Verzögerung bei der dringend notwendigen Sanierung der Verstaatlichten Industrie und der Staatsschulden. Darüber hinaus sind Privilegien ein wichtiges Thema.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314217

1986

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16314220

NATIONALRATSWAHL 1986

MIT JÖRG HAIDER DIE FREIHEITLICHEN



WARUM WIR SCHON AM 23. NOVEMBER WÄHLEN MÜSSEN

Der sozialistische Spitzenkandidat Dr. Franz Vranitzky benutzte die Wahl Jörg Haider zum neuen Bundesobmann als Vorwand, das Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ zu brechen. Für dieses Vorgehen gab es keine sachlichen Gründe, sondern nur wahltaktische Spekulationen der Sozialisten. Sie fürchteten, daß der Stern Vranitzky bis zum ursprünglich festgesetzten Wahltermin (April 1987) schon verglüht sei. Sie glaubten, beim Wähler besser abzuschneiden, wenn die Wahlen schnell vorgezogen werden. Daß diese Flucht aus der Verantwortung die Sanierung der verstaatlichten Industrie oder die Bewältigung der Staatsschulden verzögern oder gar gefährden könne, kümmert die sozialistischen Wahlkämpfer offenbar wenig. „Politik ist nie ohne Taktik“, erklärte ja Dr. Vranitzky. In Wirklichkeit zählt für ihn offenbar nur Taktik.



DARUM AM 23. NOVEMBER 1986 JÖRG HAIDER  LISTE 3

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16861154

WER GEHT NEUE
WEGE BEI DER
BEKÄMPFUNG
VON PRIVILEGIEN?

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Kronen Zeitung, 1986

JÖRG HAIDER
EIN POLITIKER
DER NEUEN ART
AUF LISTE 3, FPÖ.

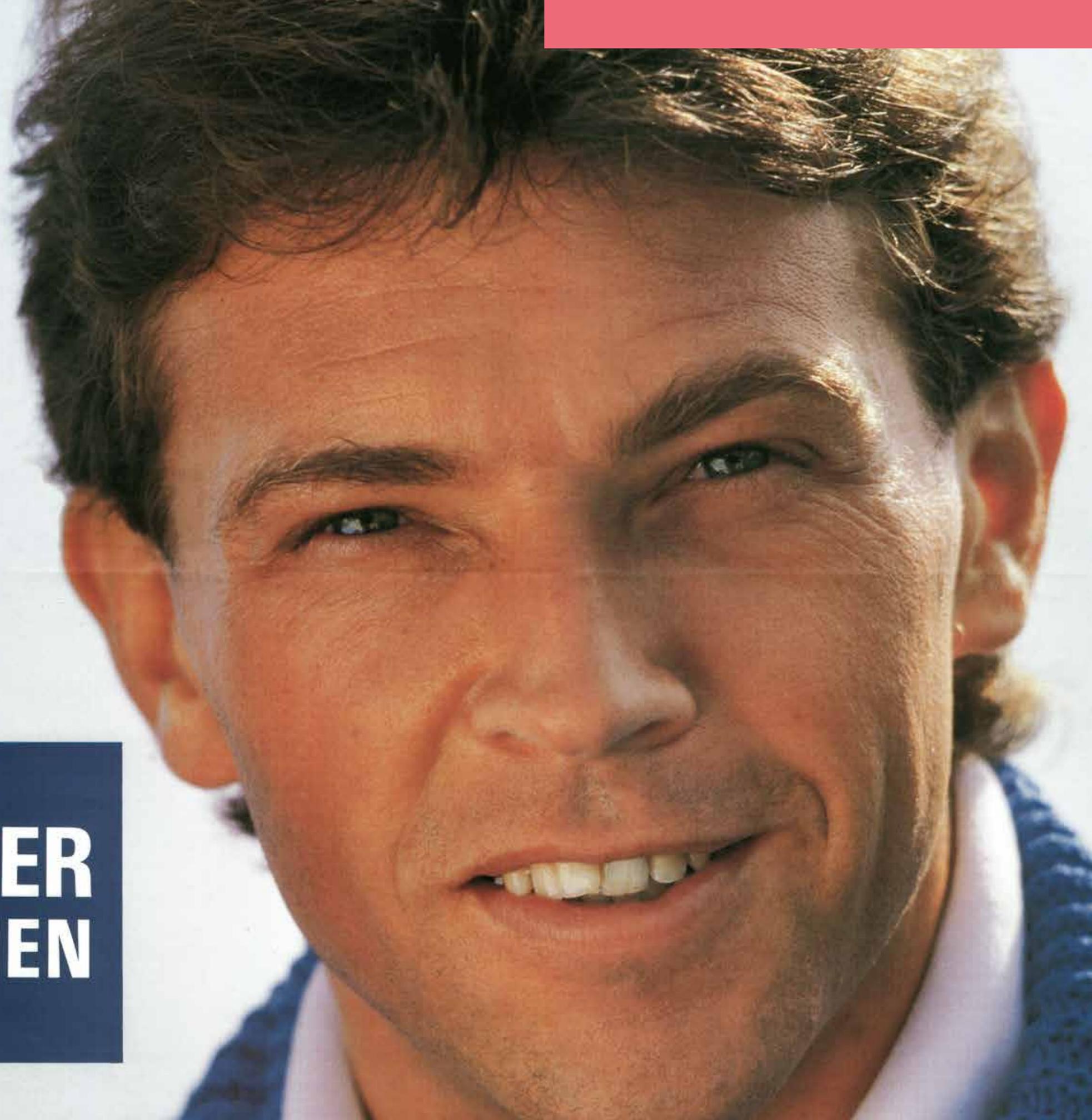
Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Kronen Zeitung, 1986



WERBUNG AUF KONVENTIONELLE ART FÜR EINEN POLITIKER NEUER ART

Die Wahlplakate für die Wahlen 1986 markieren insofern einen Paradigmenwechsel, als sie von diesem Zeitpunkt an für viele Jahre von der Person Jörg Haider dominiert werden. Er ist das Gesicht der Partei und wird als Politiker der neuen Art inszeniert. Diesen Slogan setzt man auch in Inseraten geschickt ein. Zum Beispiel als Antwort auf die Lösung wichtiger Problem- bzw. Fragestellungen im Land. Die Wahlwerbung 1986 ist auch der zunächst noch sehr verhaltene Beginn einer „Werbepolitik“, die die plebiszitäre Rückkoppelung sucht und deshalb in zunehmendem Maß den Wähler direkt anspricht. So etwa durch Fragestellungen, die man ihm in den Mund legt (z. B. „Wer geht neue Wege bei der Bekämpfung von Privilegien?“, siehe Abbildung S. 87). Im Hinblick auf die grafische Gestaltung sowie die Bildsprache der Sujets muss der Wahlkampf 1986 jedoch als eher konventionell bezeichnet werden. Das sollte sich allerdings in den folgenden Wahlgängen auf bemerkenswerte Weise verändern.

**MIT JÖRG HAIDER
DIE FREIHEITLICHEN**



Versprochen.



Gehalten.

Die Freiheitlichen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16861151

NACH FPÖ-ERDRUTSCHSIEG KOMMT EINE KOALITION DER VERLIERER

Die Nationalratswahl am 23. November 1986 beschert der FPÖ einen Erdrutschsieg, der die österreichische Innenpolitik nachhaltig verändern wird. Die Freiheitlichen schaffen 9,7 Prozent, ein Plus von 4,7. Die SPÖ unter Vranitzky kommt auf 43,1 Prozent der Stimmen (-4,5), die ÖVP unter Alois Mock auf 41,3 (-1,9). Dennoch kommt es zu einer großen Koalition der Verlierer. Vranitzky hatte schon vorher eine Koalition mit der FPÖ unter Jörg Haider auf durchaus taktlose Weise ausgeschlossen. („Mit dieser neuen Mehrheit kann es kein Regieren geben. Einmal, weil nicht erkennbar ist, welche Gemeinsamkeiten es mit diesem Haufen geben sollte...“). Jörg Haider lässt sich davon nicht beirren und verfolgt in den Jahren darauf eine Art Stufenplan, um neue Wählerschichten für die FPÖ zu erschließen und das Stimmenpotenzial für die Partei eindrucksvoll zu vergrößern.

Versprochen.



Gehalten.

Die Freiheitlichen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16861149

Versprochen.



Gehalten.

Die Freiheitlichen

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16861150

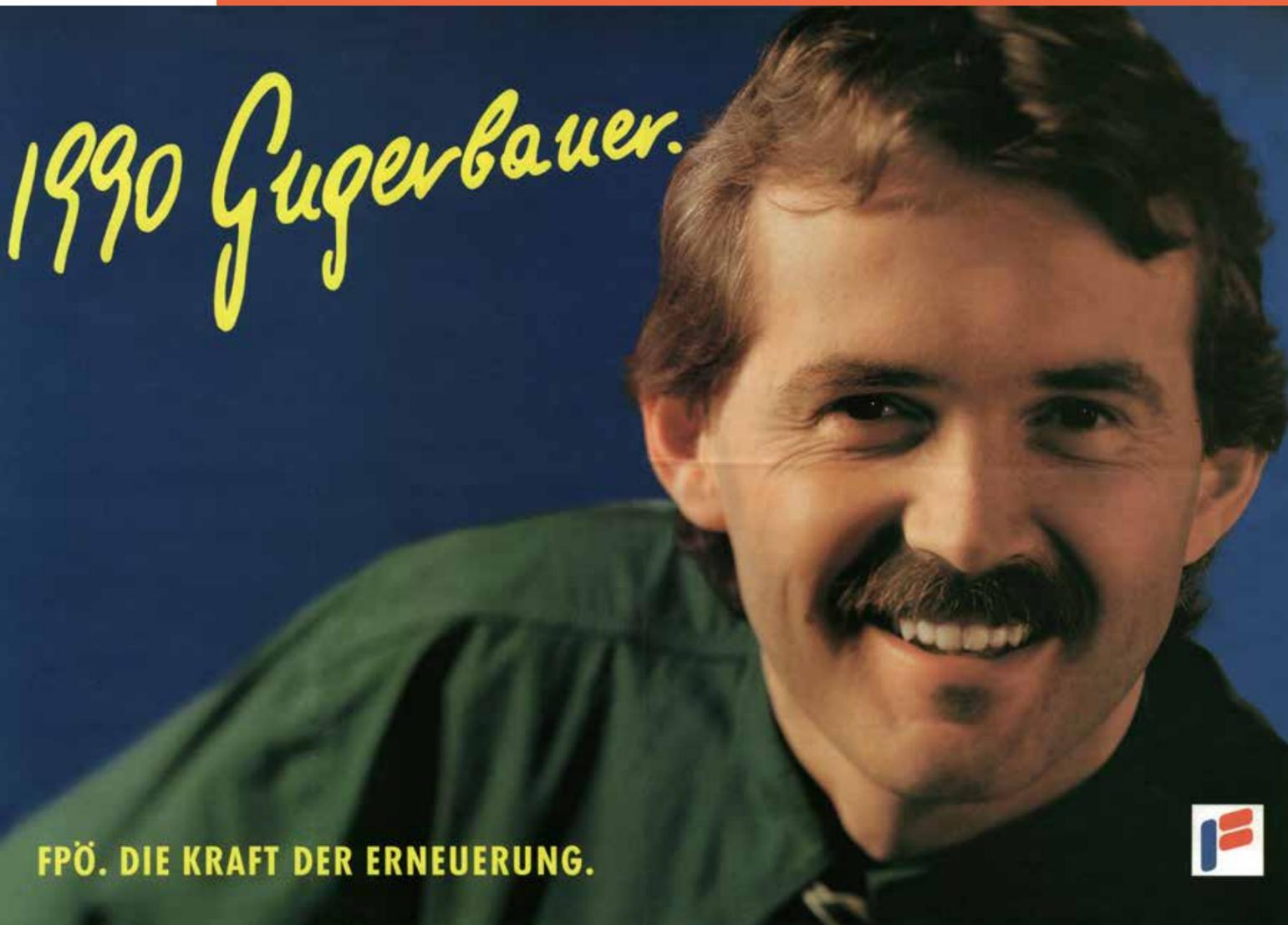


Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16385700

DER ANFANG VOM ENDE DES „ZWEIPARTEISYSTEMS“

Die Zeit vor der Nationalratswahl 1990 steht einerseits im Zeichen des drohenden Golfkriegs sowie des Umbruchs in den kommunistisch geprägten Ländern Osteuropas. Letzterer erzeugt auch in Österreich eine gewisse Aufbruchstimmung. Andererseits hallen im Land noch die Skandale der 80er-Jahre nach. Noricum, Lucona, der Milchwirtschaftsfonds oder Waldheim sind Reizwörter, die allesamt in Verbindung mit den beiden großen Parteien stehen. Hinzu kommen der gerade aktuelle Bezügeskandal rund um den steirischen AK-Präsidenten und ehemaligen SPÖ-Nationalratsabgeordneten Alois Rechberger sowie das 1987 abgehaltene und von der FPÖ initiierte Anti-Privilegien-Volksbegehren. Weiters bildet auch das 1989 abgeschickte Beitritts-gesuch an die EG einen Teil des Kontextes, in dem die Wahl stattfindet. Oder anders gesagt: Für die FPÖ und Jörg Haider gibt es jede Menge Wahlkampfthemen. Allerdings ist Haider seit 1989 Landeshauptmann von Kärnten. Darum stellt die FPÖ den oberösterreichischen Rechtsanwalt Norbert Gugerbauer als Spitzenkandidaten auf. Die FPÖ baut ihre Wahlkampflinie einerseits auf den in dieser Zeit herrschenden Veränderungswillen und die politische Moral auf. Andererseits setzt die FPÖ auf die Person Jörg Haider und sein starkes Team, dem auch Heide Schmidt angehört.

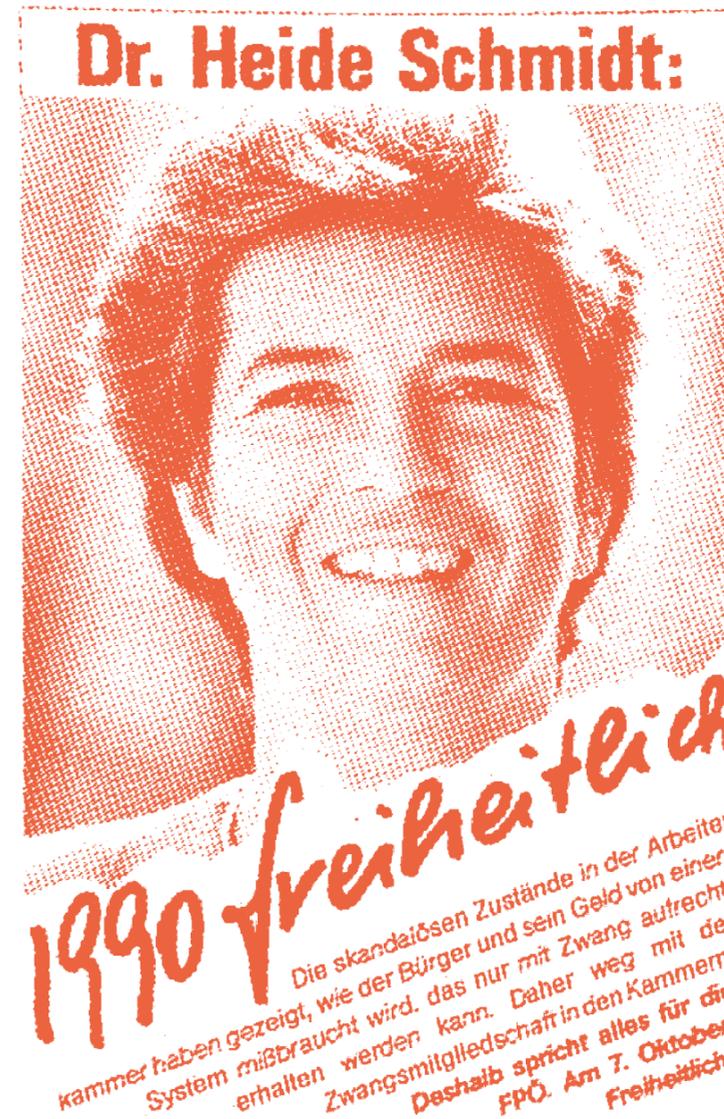
Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek, Wien
PLA16385261



DIE UNBESTECHLICHEN MIT DER KRAFT DER ERNEUERUNG

Die Plakate der FPÖ in diesem Wahlkampf fokussieren auf die Darstellung von Jörg Haider und seinen Mitstreitern. Damit unterscheiden sie sich zwar nicht wesentlich von SPÖ und ÖVP, die ihre Spitzenkandidaten ebenfalls mit Plakaten in Szene setzen. Allerdings zimmert man mit den beiden Slogans „1990 freiheitlich“ und mit der „Kraft der Erneuerung“ ein solides Dach für konkrete Inhalte, die auch abseits der Plakatwerbung kommuniziert werden. Zum Beispiel in Inseraten, mit denen man etwa die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer kritisiert. Fast schon legendär ist das Plakat, das Norbert Gugerbauer, Jörg Haider und Heide Schmidt vor schöner Alpenkulisse zeigt. Mit der Headline „Die Unbestechlichen“ (siehe Abbildung S. 92) bedient man sich des ikonischen Titels des bekannten Films über den Watergate-Skandal, um auf die politischen Affären in Österreich aufmerksam zu machen. Was einerseits perfekt auf das Thema politische Moral abzielt, andererseits die Aufteilung des Landes in Rot und Schwarz und die daraus resultierende Parteibuchwirtschaft thematisiert.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek, Wien,
Neue Kronen Zeitung, 1990



DER AUFSTIEG DER FREIHEITLICHEN BEGINNT

Während die Freiheitliche Partei bei den Nationalratswahlen 1990 6,9 Prozent an Wählerstimmen zulegt und auf 16,6 Prozent kommt, verlieren beide Großparteien an Stimmen. Dennoch koalieren SPÖ und ÖVP unter der Führung von Bundeskanzler Franz Vranitzky weiter. Wenn man allerdings die weiter gestärkte freiheitliche Opposition, die Wähler der Grünen und die Nichtwähler zusammenzählt, sieht man die breite Unterstützung der großen Koalition durch die österreichische Bevölkerung bröckeln.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16385579



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16381709

DIE FPÖ DOMINIERT DEN POLITISCHEN DISKURS

In den Jahren von 1990 bis zur Nationalratswahl 1994 schafft es die Freiheitliche Partei, immer mehr die Themenführerschaft im Land zu übernehmen und die politische Debatte zu dominieren. Ein Grund dafür ist der Wechsel von Jörg Haider als Landeshauptmann von Kärnten in den Freiheitlichen Parlamentsklub. Als dessen Obmann startet er das Volksbegehren „Österreich zuerst“ zur Migrationsproblematik, woraufhin die vormalige Generalsekretärin Heide Schmidt mit vier weiteren FPÖ-Abgeordneten aus der Partei austritt und mit dem Liberalen Forum eine eigene Partei gründet. Das Volksbegehren befeuert unter anderem die Debatte um die Asyl- und Bildungspolitik, den Wohnbau und die Sicherheit. Hinzu kommen die inhaltlichen Auseinandersetzungen vor dem Plebiszit zum EU-Betritt Österreichs im Juni 1994. Die FPÖ fordert dabei die Bundesregierung auf, vorher die notwendigen Hausaufgaben zu machen, um unter anderem wichtige Souveränitätsrechte zu wahren und die Beitrittskosten zu senken. Kurz vor den Nationalratswahlen definiert Jörg Haider in seiner Österreich-Erklärung im September 1994 zentrale Leitlinien freiheitlicher Politik zu Themen wie Sozialmissbrauch, Privilegien und Subventionsmissbrauch in Kunst und Kultur, die sich natürlich auch im Nationalratswahlkampf widerspiegeln.

1994

A man with dark hair, smiling broadly, is the central focus. He is wearing a white dress shirt and a red tie with white polka dots. He is seated in a yellow chair, with his hands resting behind his head. The background is a solid yellow color. The text is overlaid on the right side of the image.

Sie sind
gegen ihn,
weil er für
Euch ist.

EINFACH EHRlich,
EINFACH JÖRG.



Er sagt,
was wir denken.

FPO

EINFACH EHRlich, EINFACH JÖRG.



Wir sagen,
was wir denken. **FPO**
EINFACH EHRlich, EINFACH JÖRG.

EIN SLOGAN GEHT UM DIE WELT

Der freiheitliche Wahlkampf für die Nationalratswahl 1994 steht unter dem Motto „Einfach ehrlich, einfach Jörg“. Zentrale Slogans der FPÖ sind auf den Spitzenkandidaten Jörg Haider zugeschnitten. Mit „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist“ (siehe Abbildung S. 98/99) und „Er sagt, was wir denken.“ inszeniert er sich als eine Art Robin Hood. Als volksnaher Kumpel unter Kumpeln, der als einziger für die Interessen der Österreicher eintritt und mit den Menschen per-Du ist. Diese Nähe suggeriert auch die Bildsprache der Plakate, die Haider vielfach in direktem Kontakt mit bestimmten Wählergruppen zeigen. Kommunikationstaktisch setzt man also auf die sehr geschickte Zuspitzung auf den Gegensatz: hier der Mann des Volkes, dort die Herrschenden und die Elite, zu der Jörg Haider auch Kulturschaffende im Dunstkreis der großen Parteien zählt. Ebenfalls bemerkenswert: Der von Jörg Haider selbst erfundene Slogan „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist“ erweist sich als derart erfolgreich, dass er nicht nur von Heinz Christian Strache im Jahr 2008 recycelt wird, sondern auch in leicht abgewandelter Form von Donald Trump. Im Wahlkampf 2019 twitterte dieser: „They are trying to stop ME, because I am fighting for YOU.“

NEUE FREIE ZEITUNG

NR. 32 MITTWOCH 18. AUGUST 1994

Freiheitliche Wochenzeitung für Österreich

Schon 120 Milliarden S durch organisiertes Ver



Sie sind
gegen ihn,
weil er für
Euch ist.

EINFACH EHRlich,
EINFACH JÖRG.

„Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist“: Die ersten FPÖ-Wahlplakate wurden Anfang der Woche affiziert - und wurden auch schon beschädigt, heruntergerissen und überklebt. Die FPÖ, so Jörg Haider dazu, werde sich auch im beginnenden Wahlkampf nicht auf ein solches „Klima der Feindseligkeit“ einlassen. Man setze, so der FP-Chef zu einer Inseratenserie, die die FPÖ in mehreren Tageszeitungen gestartet hat, auf Information statt Werbung: „Denn das ist für die Bürger wichtig. Sie sollen die Wahrheit kennen und dann ihre Entscheidung treffen.“ (Seite 5.)

Die Zahl der Verbr
nur vor einer „Panik
lilität, meist in Verbin
wächst. Selbst in der
heitssprecher Hubert
reich durch das org
Schilling jährlich. Fl
blé kritisierte die Ve
die Forderung nach effizienter Grenzsich
stung der Exekutive.

Der letzte Fall, der Diebstahl von 500 Reisepässen (darunter 150 österreichische) auf einem Campingplatz in Kroatien hat nun selbst das Innenministerium Alarm schlagen lassen: Österreichische Reisepässe sind bei Fälschern, die zumeist im Dienste des organisierten Verbrechens stehen, besonders beliebt. Ihr Schwarzmarktwert liegt bei 15.000 Schilling. Zudem werden pro Jahr an Österreichs Grenzen mehr als 1.000 Personen mit gefälschten Pässen angehalten. Dabei dürfte es sich, so gibt das Innenministerium unumwunden zu, nur „um die berühmte Spitze eines Eisberges handeln“.

„Die Kriminalität, die von einigen Oststaaten ausgeht, bedroht die ganze Welt“, erklärte der Generaldirektor für die öffentliche Si-

cherheit, M
Rußland wi
illegale Ein
Weit-Lände
suchen, übe
sten zu kom
In Prag
wickeln sich
Drogenvert
europa. Der
in der Hand
die äußerst
Das Heroin
anderen eu
kostet nur
den man in
len kann. E
auch die „I
reich gestie
In unger
riert das Ge
Autos. 191
auch drei g
seit Jahres
Grenzen si

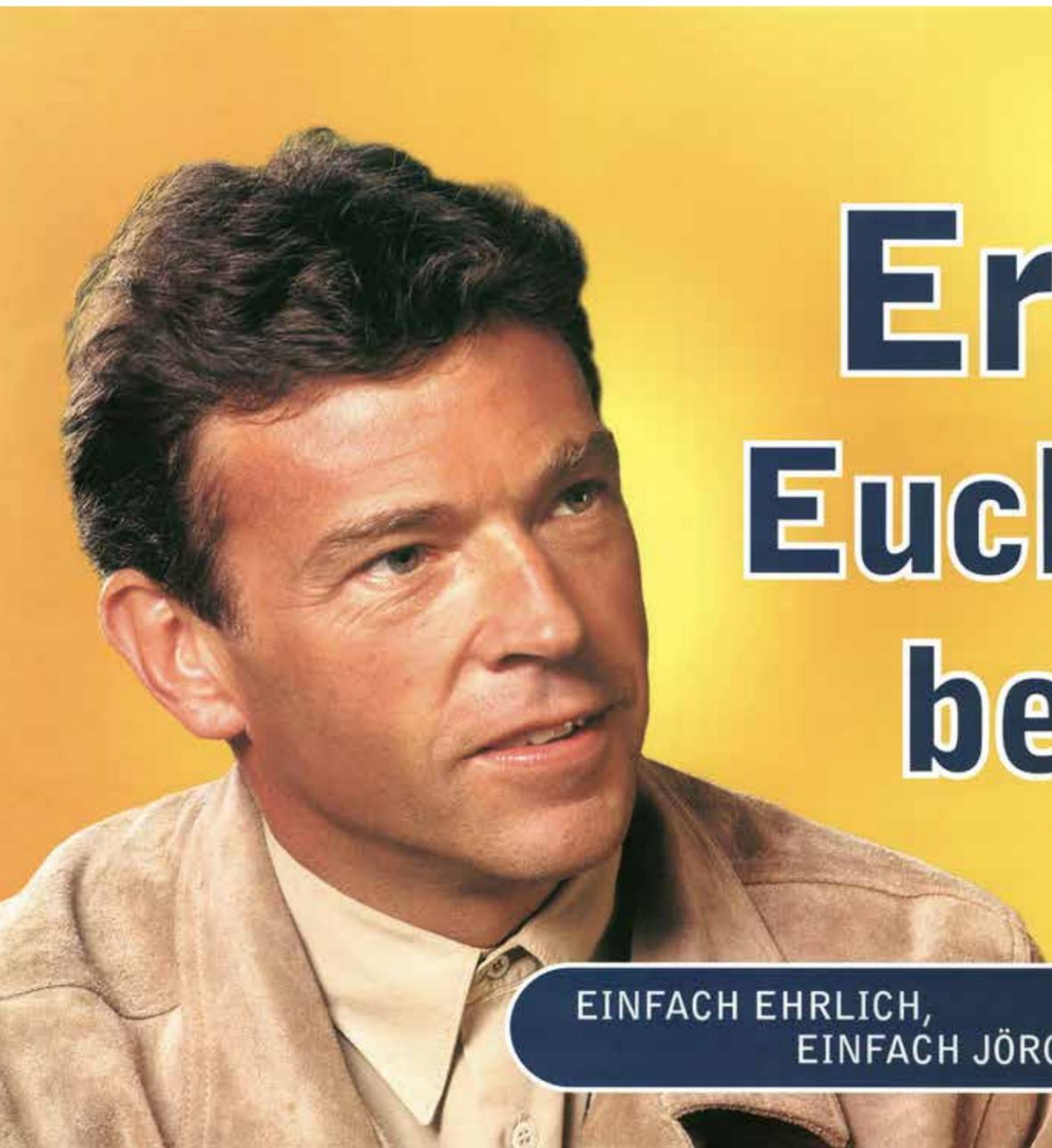


„Wir Österreicher
stehen zu unserem
Land. Beweisen
wir es 1994.“ | DR. JÖRG HAIDER

FPÖ

NACH 469 TAGEN IST SCHON WIEDER SCHLUSS

Die Wahlen 1994 bringen schließlich herbe Verluste für SPÖ (minus 7,9 Prozent) und ÖVP unter Parteichef Erhard Busek (minus 4,4 Prozent) und einen Rekordstimmenanteil von 22,5 Prozent für die FPÖ. Dennoch bilden beide Parteien erneut eine rot-schwarze Bundesregierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ). Mit 469 Tagen sollte sie die am kürzesten amtierende Regierung der Zweiten Republik werden. Denn bereits 1995 kommt es zu einer vorgezogenen Neuwahl des Nationalrates, weil der damals neue ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel die Regierung Vranitzky IV am Budgetentwurf für 1996 scheitern lässt. Die Freiheitlichen sind bereit, den erneuten Wahlgang zu verhindern und erklären sich zu einer Koalition mit der ÖVP bereit. Doch Schüssel fehlt damals noch der Mut dazu.



**Er hat
Euch nicht
belogen!**

EINFACH EHRlich,
EINFACH JÖRG **Die Freiheitlichen**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16382135

DIE KÜRZESTE LEGISLATURPERIODE IN DER 2. REPUBLIK

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 tritt Jörg Haider zum letzten Mal als Spitzenkandidat der FPÖ an. Etwa ein Jahr zuvor übernimmt Wolfgang Schüssel von Erhard Busek den Parteivorsitz in der ÖVP. In weiterer Folge kann sich die Koalitionsregierung unter SP-Kanzler Vranitzky nicht auf ein Budget für 1996 einigen. Die SPÖ kritisiert im Vorfeld die Sparpolitik der ÖVP und sieht einnahmenseitig ausschließlich Belastungen für die Arbeitnehmer. Am 12. Oktober scheitern schließlich die Budgetverhandlungen. Die Konsequenz sind nach der kürzesten Legislaturperiode in der 2. Republik vorgezogene Neuwahlen am 17. Dezember. In der FPÖ herrscht zunächst Unklarheit darüber, ob man sich im Wahlkampf als Oppositionspartei oder als künftige Regierungspartei positionieren soll. Man entschließt sich klar für einen Oppositionskurs, gleichsam als Konsequenz aus der sogenannten Ausgrenzungspolitik der anderen Parteien gegenüber der FPÖ. Tatsächlich verändert sich die Wahlkampfstrategie für die Freiheitlichen im Vergleich zum vorhergehenden Urnengang nur wenig. Das unterstreicht auch die Wiederverwendung des Slogans „Einfach ehrlich, einfach Jörg“.

F WIE FREIHEITLICHE BEWEGUNG

Wie schon eineinhalb Jahre zuvor wird Jörg Haider als volksnaher Gegenpol zu den etablierten Parteien auf den Plakaten präsentiert. Textlich soll der Slogan „Er hat Euch nicht belogen!“ (siehe Abbildung S. 104) den Unterschied zum politischen Mitbewerber deutlich machen. Spannend ist auch die Tatsache, dass man 1995 nicht als FPÖ kampagnisiert, sondern als „Die Freiheitlichen“ mit „F“ als Kürzel. Damit will Haider weg vom Image einer Partei im System und hin zur Darstellung der FPÖ als Bürgerbewegung. Ebenfalls interessant ist die Themensetzung in den Inseraten. Dort arbeitet man unter anderem mit dem Slogan „Österreich darf nicht Frankreich werden!“, der von der FPÖ ein Jahr später und in abgewandelter Form („Wien darf nicht Chicago werden.“) bei den Wiener Gemeinderatswahlen nochmals zum Einsatz kommt. Der Hintergrund für das Schalten dieser Inserate sind die Destabilisierungserscheinungen in Frankreich aufgrund einer verfehlten sozialistischen Politik. Bombenterror in der Pariser Metro, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen, etc. dienen der FPÖ als abschreckende Beispiele und Warnung an die Österreicher, wohin die SPÖ das Land in Zukunft führen könnte.

Sozialistische Mißwirtschaft oder Schüssel-Ditz-Kurs?
weder-noch, denn

Österreich darf nicht Frankreich werden!

Deshalb: Hände weg von den Pensionen
keine Steuererhöhungen
keine multikulturelle Gesellschaft
keine Abschaffung des Schillings

Wenn Ihr wollt, erneuern wir Österreich!

Die Freiheitlichen

FPÖ BLEIBT STARK, KLIMAWENDE IN DER SPÖ

Bei den Wahlen können die Freiheitlichen zwar in absoluten Stimmen zulegen, müssen aber aufgrund der deutlich höheren Wahlbeteiligung leichte prozentuelle Verluste hinnehmen. Mit 21,89 Prozent der Wählerstimmen verliert man ein Mandat im Parlament und hält nun 42. Stimmstärkste Partei wird die SPÖ mit 38 Prozent (+3,14). Die ÖVP verzeichnet leichte Gewinne, das Liberale Forum schafft knapp den Wiedereinzug, die Grünen als Wahlverlierer schrammen knapp am Ausscheiden aus dem Nationalrat vorbei. Nach längeren Koalitionsverhandlungen wird die große Koalition am 12. März 1996 angelobt und setzt ihre Arbeit weiter fort. Kurz danach kommt es zum Führungswechsel in der SPÖ. Vranitzky zieht sich zurück, am 28. Jänner 1997 wird das Kabinett Klima I unter Kanzler Viktor Klima angelobt. In den darauffolgenden Jahren werden strukturelle Probleme innerhalb der Koalitionsregierung die Fortführung dieser Regierungsform immer häufiger infrage stellen.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16382137

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16382134

„Mehr Ideen hat diese rot-schwarze Regierung nicht mehr.“



sozial statt sozialistisch
Die Freiheitlichen

Wenn Ihr wollt, erneuern wir Österreich!

EINFACH EHRlich, EINFACH JÖRG | Die Freiheitlichen



KOSTENLOSER INFO-DIENST DER FPÖ/TELEFON: 0800/10 12 14

gerade
jetzt
FPÖ

Zwei
echte Österreicher.

3. Oktober ~~X~~ FPÖ

DIE ÖSTERREICHER WÄHLEN DIE VERÄNDERUNG

Die im Jahr 1995 gebildete Regierung von SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Viktor Klima hält trotz zahlreicher koalitionsärer Konflikte und Irritationen überraschenderweise bis zum Ende der Legislaturperiode 1999. Der Beschluss zweier Konsolidierungsbudgets, eine Pensionsreform und die unzureichende Novellierung des Ausländer- und Asylgesetzes reichen aber nicht aus, um die im Land herrschende Umbruchstimmung zu unterdrücken. Beinahe drei Jahrzehnte unter einem SPÖ-Kanzler sind für viele Wähler einfach genug. Die Performance der Regierung ist schwach, die Antipathie zwischen der roten und schwarzen Führung offensichtlich. Als Klubobmann nutzt Jörg Haider diese Situation und propagiert bundesweit die Rückbesinnung auf Werte wie Ehrlichkeit, Anstand, Fleiß und Ordnung. Im Jahr 1998 lässt er sich jedoch zum Landeshauptmann-Kandidaten in Kärnten aufstellen. Bei den Landtagswahlen im März erzielt Haider eine deutliche Mehrheit. Am 8. April 1999 wird er zum zweiten Mal Landeshauptmann. Dennoch ist er im Wahlkampf mit dem offiziellen Spitzenkandidaten Thomas Prinzhorn präsent. Inhaltlich geht man mit dem Haider-Prinzhorn-Plan in die Auseinandersetzung, der einen schlanken Staat, eine gesunde Wirtschaft und soziale Sicherheit statt sozialistischer Vormundschaft propagiert.

1999

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16387146

ZWEI ECHE ÖSTERREICHER UND EIN MENSCHENVERSTEHER

Weil die FPÖ mittlerweile zu einer Mittelpartei gewachsen ist, verfügt sie im Vergleich zu früher über beachtlich mehr finanzielle Mittel. Das belegt nicht zuletzt die Fülle an Werbemitteln, die sie im Wahlkampf 1999 einsetzt. Nie zuvor hat die Partei derart viele Plakate affiziert. Allen voran „Zwei echte Österreicher.“ (siehe Abbildung S. 108) mit dem offiziellen Spitzenkandidaten Thomas Prinzhorn. Star des Wahlkampfs ist und bleibt aber Jörg Haider, der in erster Linie auf soziale Themen wie Kinder, Pensionen und Sicherheit setzt. Das gelingt mit einer Sujetserie, die Haider in persönlichen Begegnungen mit den jeweiligen Zielgruppen zeigt und seine herzliche Verbundenheit mit den Menschen ausdrückt. Im Übrigen eine Charaktereigenschaft, die ihn auch „im wahren Leben“ auszeichnet und sich deshalb sehr authentisch auf den Plakaten widerspiegelt. Bildsprachlich handelt es sich um ein kleines Meisterstück politischer Werbung, ergänzt durch einfach menschliche Textbotschaften, die Haider in seiner Rolle als Menschen-Versteher, Zuhörer und Beschützer verstärken. Detail am Rande: Nachdem man sich im Wahlkampf 1995 als politische Bewegung mit dem Kürzel F präsentiert hat, kehrt die Partei nun wieder zum FPÖ-Logo zurück.



Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16386942

Quelle:
Freiheitliche Partei Österreichs



Quelle:
Freiheitliche Partei Österreichs

Quelle:
Freiheitliche Partei Österreichs



Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16384825

**Wir
schaffen es.**

3. Oktober ~~X~~ FPÖ

gerade
jetzt
FPÖ

DRAMATIK PUR BEI DEN REGIERUNGSVERHANDLUNGEN

Aus der Wahl am 3. Oktober 1999 geht die SPÖ (minus 4,9 Prozent) deutlich geschwächt hervor. Die ÖVP verliert zwar nur geringfügig (minus 1,38 Prozent), muss sich aber hinter der FPÖ mit Platz drei zufriedengeben, die mehr als 5 Prozent zulegt und Platz zwei erobert. Zuvor hat sich Wolfgang Schüssel festgelegt, als Dritter in die Oppositionsrolle zu wechseln. Weil der öffentliche Druck auf ihn aber immer größer wird, startet er dennoch Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ. Es ist der Beginn eines beinahe filmreifen Verhandlungsthrillers mit Happy End für die FPÖ. Der Plot: Viktor Klima (SPÖ) will bis zuletzt die rot-schwarze Koalition wiederbeleben, auch um den Preis großer Zugeständnisse an die ÖVP. Als die Verhandlungen mit der ÖVP aber an innerparteilichen Widerständen in der SPÖ endgültig scheitern, sieht Schüssel die große Chance, gemeinsam mit der FPÖ erstmals seit 30 Jahren wieder den ÖVP-Kanzler zu stellen. Klima peilt indes noch eine Minderheitsregierung an, findet dafür aber keine Unterstützung im Parlament. Das Ende ist bekannt. Schüssel schließt die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ innerhalb weniger Tage unter dramatischen Begleitumständen erfolgreich ab. Mit der Angelobung der schwarz-blauen Regierung am 4. Februar 2000 unter Kanzler Schüssel und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer ist die Ära der Großen Koalition zu Ende. Vorerst zumindest.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16386383

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390537



DER KRIMI VON KNITTELFELD UND SEINE FOLGEN

Mit seinem Verzicht auf das Vizekanzleramt ebnete Jörg Haider nach den Wahlen 1999 den Weg für Schwarz-Blau. Die Koalition kämpft allerdings von Anfang an mit Problemen. Politikexperte Wolfgang Bachmayr sollte später analysieren, dass es keine Koalition auf Augenhöhe gewesen sei. Ähnlich die Einschätzung von Jörg Haider. Wenige Monate vor seinem Tod erklärt er in einem Interview, er habe der neuen Generation in der Bundesregierung zugetraut, ohne Zuruf aus Kärnten arbeiten zu können. Dies sei aber „meine Fehleinschätzung“ gewesen. Hinzu kommt, dass die Koalition auch in der EU auf großen Widerstand stößt. Erstmals in ihrer Geschichte verhängt sie „bilaterale Maßnahmen.“ Diese festigen aber die Koalition nach innen und bringen die Bürger nachhaltig gegen die EU auf.



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390865

Nachdem Haider den Vorsitz an Riess-Passer abgegeben hat, beginnt sich das Verhältnis zwischen den beiden einzutrüben. Vorschläge des „einfachen Parteimitglieds“ aus Kärnten gehörten zum Alltag der blauen Regierungsmannschaft in Wien. Dennoch gelingen der FPÖ in der Koalition beachtliche Erfolge. So etwa die Einführung des Kindergelds und die Abfertigung für alle. Das Scheitern der Koalition läutet dann die Verschiebung der Steuerreform als Folge einer Hochwasserkatastrophe ein. Haider fordert deshalb einen Sonderparteitag. Die Unterzeichner des Antrags treffen am 7. September trotz einer Rücktrittsdrohung Riess-Passers im steirischen Knittelfeld zusammen. Zum symbolischen Bruch kommt es durch ein Missverständnis. Haider bittet Kurt Scheuch, das mit der Vizekanzlerin ausgehandelte Kompromisspapier verbal zu „zerreißen“. Scheuch reißt es auf offener Bühne allerdings tatsächlich entzwei. FPÖ-Chefin Riess-Passer tritt kurz darauf zurück und Schüssel ruft vorgezogene Neuwahlen aus. Mathias Reichhold wird auf Wunsch Haiders sowohl Spitzenkandidat als auch Parteibmann. Nach nur 40 Tagen muss er aus gesundheitlichen Gründen durch Herbert Haupt ersetzt werden. Die Turbulenzen der Partei in dieser Zeit spiegeln sich dann auch im Wahlkampf deutlich wider.

2002

ZWEI SPITZENKANDIDATEN SIND EINER ZUVIEL

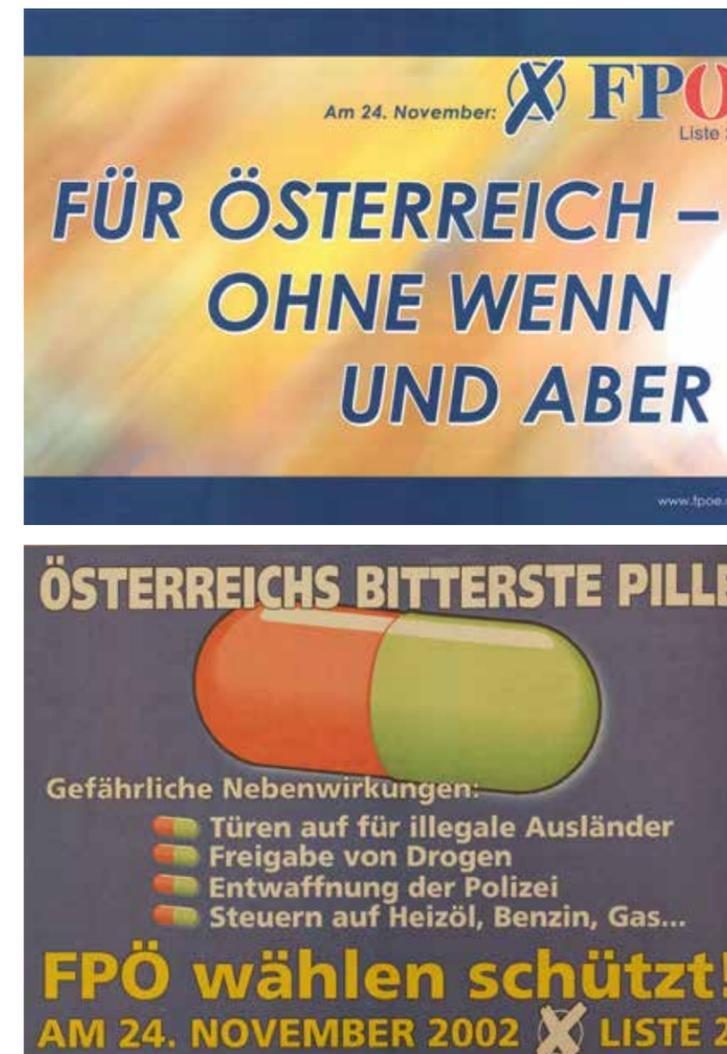
Die FPÖ startet entzweit, führungslos und unorganisiert in den Wahlkampf. Die affichierten Plakate mit dem nicht mehr aktuellen Spitzenkandidaten Mathias Reichhold sind das auffälligste Beispiel dafür (siehe Abbildungen S. 114/115). Herbert Haupt ist als neuer Spitzenkandidat mit seinem Team auf der 2. Plakatwelle zu sehen.

Die Wahlkampflinie lässt die gewohnte Stringenz vermissen. Das gilt sowohl für das Design als auch für die Inhalte. Im Zentrum steht der Slogan „Für Österreich – ohne Wenn und Aber“. Er soll eigentlich die Klammer für die inhaltliche Kommunikation bieten. Zum Beispiel für Zuwanderungs- und Europafragen. Der zweite Slogan „Jetzt erst recht!“ bezieht sich offenbar auf die problematische Situation der Partei. Aus kommunikativer Sicht ein Fehler, da man damit auf die eigene Schwäche hinweist. Die suboptimale Wahlwerbung ist aber nur eine Erklärung von vielen für das letztlich enttäuschende Wahlergebnis.



Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Kronen Zeitung, 2002

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
PLA16390864



Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien,
Neue Freie Zeitung, 2002

**WAHLEN VERLOREN, REGIERUNGS-
VERANTWORTUNG GEWONNEN**

Bei der Nationalratswahl am 24. November 2002 müssen die Freiheitlichen schmerzliche Verluste hinnehmen. Sie erzielen 10,01 Prozent der Stimmen und verzeichnen damit ein Minus von 16,90 Prozent. Man verliert 34 Mandate und hält nun 18. Klarer Wahlsieger ist die ÖVP mit einem deutlichen Plus von rund 15 Prozent der Stimmen. Auch die SPÖ kann zulegen, bleibt aber deutlich hinter der ÖVP zurück. Leichte Zugewinne verzeichnen auch die Grünen. Viele der zuvor neu gewonnenen Wähler sind wieder in die Lager von SPÖ und ÖVP zurück gewechselt. Der FPÖ selbst ist ihre patriotisch-freiheitliche Kernwählerschaft treu geblieben. Innerhalb der Partei tendiert nach der Wahl ein Teil zur politischen Erneuerung in der Opposition. Der andere vertritt die Auffassung, nur eine Neuauflage des Regierungsbündnisses mit der Volkspartei könne das Profil der FPÖ schärfen. So sollte es auch geschehen. Am 23. Februar 2003 wird die zweite ÖVP/FPÖ-Koalition von Bundespräsident Thomas Klestil angelobt.

**BUNDES
PRÄSIDENTEN
WAHLEN**

1951 - 1992



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16324723

DER ENGEL VON SIBIRIEN

Die Bundespräsidentenwahl 1951 ist die erste nach 1945, bei der das Staatsoberhaupt direkt gewählt wird. Der Verband der Unabhängigen (VdU) nominiert als Nachfolgekandidat für Karl Renner den Chirurgen und Innsbrucker Universitätsprofessor Burghard Breitner als parteiungebundenen Kandidaten. Der VdU als Vorgängerorganisation der FPÖ befindet sich zu dieser Zeit trotz politischer Erfolge wie etwa die Erstellung seines Sozialen Manifests und Wahlerfolge bei Landtagswahlen in einer innenpolitischen Isolation. Wohl auch deshalb, weil alle Parteien um die Stimmen der 570.000 sogenannten Minderbelasteten ehemaligen NSDAP-Mitglieder kämpfen und der VdU als erstzunehmende Konkurrenz gilt. Breitner, seit 1950 Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, hatte sich als Chirurg in der russischen Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg einen guten Namen gemacht, da er auch nach Kriegsende freiwillig in Sibirien blieb, um den Kriegskameraden zu helfen. Deshalb nennt man ihn auch den „Engel von Sibirien“.

wählt
ÜBERPARTEILICH

1951

ten volle Unterstützung, konnte

BB

Wählt

ÜBERPARTEILICH

Burghard Breitner

1. Breitner, Bundespräsidentenwahl

Freiheitliche
 wüchse der
 schaft bek
 Bundespräsi
 „Komitee d
 chen Einigt
 solle der M
 die Interes
 des Volkes
 ger) gegen
 lament un
 teidigt. S
 sungsform
 ja auch in
 die ganze
 einzelne
 wenn sie
 jederzeit
 auflösen,
 mehr d
 Volkes e
 jedes
 Gesetz
 etc. W
 schon d
 im Ver

EIN WAHLKAMPF IM ZEICHEN DES MINIMALISMUS

Das Auffälligste am Wahlkampf von Burghard Breitner ist wohl die Tatsache, dass er eigentlich keinen führt. Als Bedingung für seine Kandidatur bittet sich der weit über die Grenzen Österreichs bekannte Wissenschaftler aus, keine öffentlichen Wahlauftritte absolvieren zu müssen. Lediglich einmal spricht er fünf Minuten lang im Radio. Auch seine Wahlwerbung ist minimalistisch. Er bestreitet den Wahlkampf mit nur einem Sujet, das sowohl als Plakat als auch Inserat zum Einsatz kommt. Es entspricht der damals gängigen, rein grafisch gestalteten Wahlwerbung ohne Fotografie.

BREITNER ERZIELT EINEN ACHTUNGSERFOLG

Mit 662.501 Stimmen und 15,41 Prozent der Wählerstimmen erzielt Burghard Breitner bei der Wahl einen Achtungserfolg. Der Wahlgang bringt keine absolute Mehrheit für einen Kandidaten. In der darauffolgenden Stichwahl gegen ÖVP-Kandidat Heinrich Gleißner erzielt der von der SPÖ aufgestellte Theodor Körner mit 52,06 Prozent eine Mehrheit. Breitner zieht sich wieder aus der Politik zurück, bleibt bis zu seiner Emeritierung 1955 Vorstand der Chirurgischen Universitätsklinik Innsbruck, wird 1952 zum Rektor der Universität Innsbruck gewählt und stirbt 1956. Im Jahr seines zehnten Todestages beschließt der Innsbrucker Gemeinderat, auf Vorschlag des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Kunst die Benennung einer Straße nach ihm.



DER GEMEINSAME KANDIDAT

Als der amtierende Bundespräsident Theodor Körner am 4. Jänner 1957 stirbt, übernimmt Bundeskanzler Julius Raab gemäß der Bundesverfassung die Funktion des Bundespräsidenten. Die FPÖ will an den Erfolg des Mediziners Burghard Breitner bei den letzten Wahlen anschließen. Darum unterbreitet man der ÖVP den Vorschlag zur Aufstellung eines gemeinsamen, überparteilichen Kandidaten. Die Freiheitlichen wollen mit Lorenz Böhler erneut einen Chirurgen ins Rennen schicken. Julius Raab zeigt sich damit aber nur teilweise einverstanden. Der Kanzler schlägt zwar ebenfalls einen Chirurgen vor, nur in Gestalt des ehemaligen Rektors der Universität Wien und Krebsforschers Wolfgang Denk. In der Vereinbarung für diesen Vorschlag macht die ÖVP bedeutende Zugeständnisse an die FPÖ, vor allem hinsichtlich einer Wahlrechtsreform. Wörtlich heißt es: „Die ÖVP verpflichtet sich, bis längstens 31. Oktober 1957 im Nationalrat eine Abänderung der Nationalratswahlordnung entweder als Regierungsvorlage oder als Initiativantrag einzubringen und gemeinsam mit der FPÖ durchzusetzen.“ Zur Bundespräsidentenwahl am 5. Mai 1957 treten dann – anders als bei der vorherigen Wahl – mit Wolfgang Denk und Adolf Schärf von der SPÖ nur zwei Kandidaten an.

Wähl
Prof. Dr. **Denk**
Er steht über den Parteien

1957

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

KOMMUNISTEN WÄHLEN SCHÄRF

WIR WÄHLEN DENK

darüber sprechen:

Dr. Albert Schmidt

Anton Böhm

am Donnerstag, den 25. April 1957 um 20 Uhr

im GASTHAUS DEDENAK

Wien V, Am Hundsturm 10

DENK ÜBER DIE PARTEIEN HINAUS

Das farblich auffällig gezeichnete Konterfei von Präsidentschaftskandidaten Wolfgang Denk mag eine Folge des allgemeinen Trends zur Buntheit in der Werbung dieser Zeit sein (siehe Abbildung S. 124). Repräsentativ für die damalige Stimmung unter der Bevölkerung ist es aber eher nicht. Denn sie trägt noch immer schwer an den Folgen des Krieges. Den Ausgang der Wahl beeinflussen auch weniger die Plakatwerbung und die häufigen gemeinsamen Wahlkampfauftritte von ÖVP-Bundeskanzler Raab und FPÖ-Obmann Reinthaller aufgrund des gemeinsamen Kandidaten. Ausschlaggebender könnte vielmehr die Flüsterparole „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“ im Dunstkreis des SPÖ-Kandidaten Adolf Schärf sein, mit der er ehemalige NSDAP-Mitglieder im Lande anspricht. Plakate oder Flugblätter mit einem solchen Text gibt es aber nicht. Im Vergleich zu diesem problematischen Spruch erscheint das Denk-Plakat in seiner Anmutung als sehr staatsmännisch und dem Amt des Bundespräsidenten angemessen.

DER BEGINN EINER JAHRELANGEN EISZEIT

Die Bundespräsidentenwahlen am 5. Mai 1957 gewinnt schließlich SPÖ-Kandidat Adolf Schärf knapp mit 51,12 Prozent der Stimmen. Die Niederlage trifft nicht nur die Freiheitlichen schwer, sondern auch den schwarzen Bundeskanzler Raab. Denn die Wahl bedeutet eine Wende in seiner Ära und bereitet den sozialistischen Wahlerfolg von 1959 vor. Doch damit nicht genug. Die Niederlage führt auch dazu, dass die ÖVP die zuvor geschlossene Vereinbarung mit der FPÖ hinsichtlich einer Reform der Nationalratswahlordnung bricht. Es ist der Beginn einer jahrelangen Eiszeit zwischen den beiden Parteien.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16570316

prägt
netten
Schat-
sfrak-
ndigen
stür-
al un-
esund-
ch bei
itzung
auf.
e den
ihm
Abg.

Abg. Grabher-Meyer gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem ehemaligen Spitalsreferenten Salcher gelingen möge, das Spannungsverhältnis zwischen Bund und Ländern im Gesundheitsbereich abzubauen. Wenn man auf die Amtsführung der Frau Minister Leodolter zurückblickt, ist aber eine gewisse Skepsis und kritische Haltung angezeigt, auch wenn man Salcher das nötige Rückgrat für die Führung eines bisherigen Scheinministeriums zutraut. Salcher hätte sich schon früher sei-

restumrissene Kompetenzen vorsehen, denn sonst ist die politische Verantwortung von Staatssekretären nicht greifbar.

Weiter regt er an, das Modell des politischen Beamten zu überdenken. Bei einem politischen Beamten handelt es sich um einen weisungsgebundenen und dem Minister zugeordneten Beamten, der gleichzeitig mit dem Minister das Ressort verläßt. Mit der Schaffung dieser Einrichtung würde vielleicht die Funktion des Staatssekretärs, wie wir sie

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

war, beu-
Parteien
Einigkeit.
anstaltete
Chef des
Burgtheat
am 10. O
zum unen
CSSR-Be
nahm dar
vorstehen
Bühne Ös
lung. Seit
der Amal
Politik (E
Burgtheat
der jür
Absich
Preßb
hinzu:
kein L

uper-

Mini-
nter-
l sei-
, und
retäre
arbeit.

li-
re?

einte,
eitere
man
ekre-
denn
n un-
not-

wirk-
aben
ungs-
blas-
teger
ißen,
Ab-
denn

Dr. Gredler

im Fernsehen:

Der freiheitliche
Bundespräsidenten-
kandidat begründet
seine Kandidatur



**Mittwoch
14.11.1979**

um 18.49 Uhr in FS 1



1980

DIE FPÖ IST WIEDER IM RENNEN

Nachdem die FPÖ seit 1957 keinen eigenen Kandidaten mehr für die Bundespräsidentenwahl gestellt hat, kehrt man im Jahr 1980 mit Willfried Gredler wieder in das Rennen um die Präsidentschaft zurück. Ziel ist es, den gemeinsamen SPÖ-ÖVP-Kandidaten und Amtsinhaber Rudolf Kirchschläger herauszufordern. Für die ÖVP ist die Kandidatur des ehemaligen österreichischen Botschafters in Deutschland nicht ganz unproblematisch. Jahrzehnte davor stand er als junger Mann der ÖVP nahe. Aber auch einige Parteifreunde Gredlers haben Vorbehalte. Denn vor der Entscheidung für seine Kandidatur wird bekannt, dass eine beachtliche Zahl an Freiheitlichen eigentlich Gustav Zeillinger oder Tassilo Broesigke als Kandidaten bevorzugen. Andererseits wird die Kandidatur Gredlers in weiten Kreisen der Bevölkerung als Ausdruck einer lebendigen Demokratie gesehen - und als Wohltat angesichts der zementierten Mehrheitsverhältnisse und des daraus resultierenden Ohnmachtsgefühls.

Unve

Als
Sicher
Bevölk
heitssy
tei, Ak
verstär
Tötung
beschu
zirk T

Die
ben ei
liche
nicht
krimi
bis v
der Ta
hinaus

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien,
Neue Freie Zeitung,
1979

DIE EINZIGE SERIÖSE ALTERNATIVE

Willfried Gredler positioniert sich als die einzige wählbare Alternative zu Kirchschräger, dem gemeinsamen Kandidaten der beiden Großparteien im Wahlkampf. Folgerichtig lautet sein Wahlslogan „Wahl heißt auswählen“. Auf seinen Wahlplakaten deklariert er sich klar als Kandidat der FPÖ. Das übergroße Logo ist ein nicht zu übersehender Hinweis darauf. Ansonsten handelt es sich um ein klassisch-seriöses Politikerplakat, auf dem der Kandidat im Grunde die Botschaft ist.

STIMMENANTEIL DER FPÖ VERDREIFACHT

Bei der Bundespräsidentenwahl am 18. Mai 1980 gewinnt Willfried Gredler 751.400 Stimmen. Das entspricht einem Anteil von 17 Prozent. Amtsinhaber Rudolf Kirchschräger kann sein Amt im ersten Wahlgang verteidigen und wird mit 80 Prozent der Stimmen erneut zum Bundespräsidenten gewählt. Das für die FPÖ durchaus erfreuliche Ergebnis hätte wohl noch höher ausfallen können, wäre mit Norbert Burger (3 Prozent) nicht ein weiterer Kandidat ins Rennen gegangen. Auch Parteiohmann Norbert Steger resümiert positiv und meint, dass der Kandidat „den normalen Stimmenanteil der FPÖ in etwa verdreifacht hat.“

Botschafter
Dr. Willfried
Gredler
Unser
Präsidentschaftskandidat

Wahl heißt auswählen

FPÖ



Morgen. Die erste Wahl.

Bezahlte Anzeige des Komitees für Heide Schmidt.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien,
Neue Kronen
Zeitung, 1992

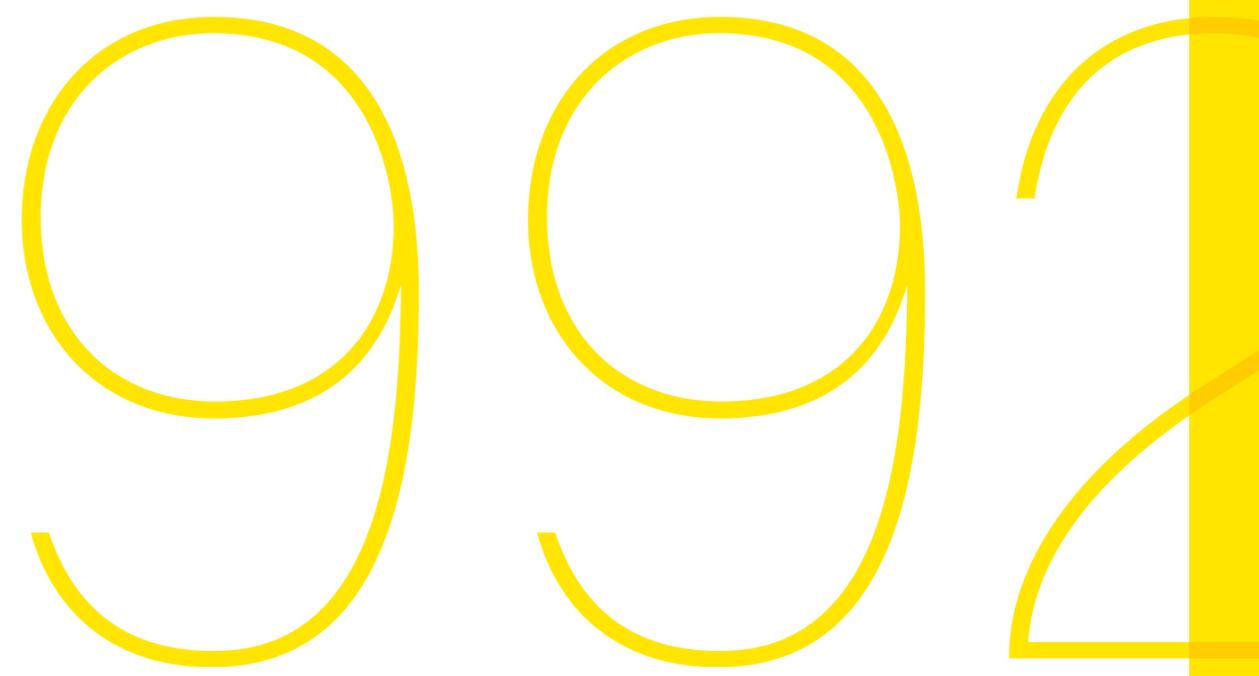
me
Preßbu
Österrei
BIPA-Mä
ließen Ja
H. (20) s
Norbert
rich H. (2
Videokas
von 15.0
Die Band
Stadtpoli
frischer 7

Gericht schw

Als
„profil“
fred Wer
inzwischen
Präsident
richtes
Demel
Proksch
war, sagt
Proksch i
das „or
Ausschul
wird der
genaussa

EINE FRAU STREBT NACH DER NUMMER 1

Weil Kurt Waldheim nach nur einer Amtsperiode nicht mehr antritt, bewerben sich der inoffiziell von der ÖVP unterstützte Kandidat Thomas Klestil, SPÖ-Kandidat Rudolf Streicher und Heide Schmidt von der FPÖ zur Bundespräsidentenwahl. Die Grünen schicken Robert Jungk ins Rennen um die Hofburg. Heide Schmidt ist einer breiten Öffentlichkeit als Rechtsberaterin der Volksanwälte im ORF bekannt. Ihr rasanter politischer Aufstieg erfolgt mit Unterstützung von Jörg Haider. Beide präsentieren sich häufig gemeinsam im Wahlkampf und setzen sich ambitionierte Ziele. In einem Interview im ORF-Inlandsreport bestätigt sie selbstbewusst, die Nummer eins im Land anzustreben. Außerdem wünsche sie sich den Bundespräsidenten aufgrund seiner Wahl durch das Volk in Zukunft in einer bürgernäheren Position. So etwa soll er Volksabstimmungen initiieren können, wodurch Entscheidungen wieder dort fallen, wo sie laut Heide Schmidt hingehören. Darüber hinaus signalisiert sie, dass das erste Amt im Staat weder eine Männer-Domäne sei noch bleiben dürfe. Die Wahl selbst ist dann wohl die bis dato spannendste Bundespräsidentenwahl. Denn beim ersten Wahlgang verhalten sich die Wähler mobiler als angenommen und werfen alle Vorhersagen über den Haufen.



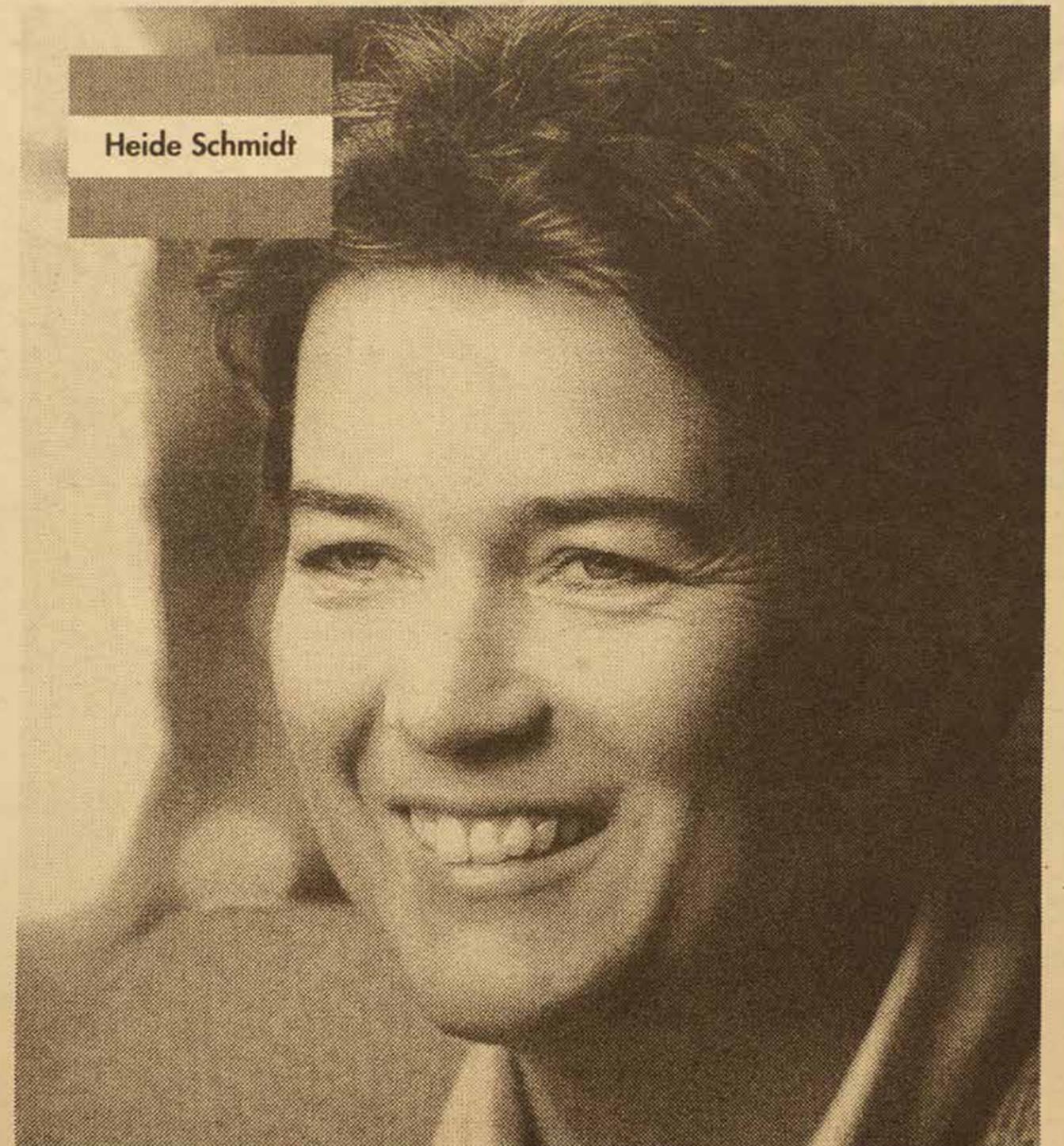
WERBEMITTEL IN ROT-WEISS-ROT

Im Wahlkampf selbst arbeitet die FPÖ mit einem äußerst ungewöhnlichen Sujet. Aufgrund der reduzierten rot-weiß-roten Gestaltung weist es Heide Schmidt weder als Kandidatin der FPÖ aus, noch transportiert es ein Bild von ihr. Was bei einer expliziten Personenwahl ein gewagter Weg ist, kommt es doch hier neben politischen Inhalten vor allem auf Sympathien und Bekanntheit an. Der Slogan lautet: „Die Zeit spricht für die erste Frau im Staate“. Der Wahlkampf wird sehr stark in den elektronischen Medien ausgetragen und Heide Schmidt kann hier mit ihrer Eloquenz reüssieren.

**NACH DER WAHL DAS ZERWÜRFNIS**

Bei der Bundespräsidentenwahl am 26. April 1992 erreicht Heide Schmidt im ersten Wahlgang 16,39 Prozent und rund 760.000 Stimmen. Das bedeutet Platz drei hinter dem SPÖ-Kandidaten Rudolf Streicher und dem vorgeblich unabhängigen, jedoch von der ÖVP unterstützten Diplomaten Thomas Klestil. In der Stichwahl am 25. Mai setzt sich Klestil schließlich durch. Nach der Wahl kommt es nicht zuletzt aufgrund des sogenannten „Ausländer-Volksbegehrens“ der FPÖ zu einem Zerwürfnis zwischen Heide Schmidt und Jörg Haider. Sie verlässt die Partei, gründet das Liberale Forum, tritt 1998 nochmals zur Präsidentenwahl an und erzielt 11,1 Prozent.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien,
Neue Kronen
Zeitung, 1992



**Schlußveranstaltung
mit Heide Schmidt und Jörg Haider
Heute, Donnerstag, 23. April 1992
Hotel Intercontinental, 1030, Johannesgasse 28
Beginn 20 Uhr**

EUROPA

WAHLEN

1996 - 2004

Quelle:
Freiheitliche Partei
Österreichs



EINE „WATSCHN“ FÜR DIE REGIERUNG

Am 1. Jänner 1995 ist Österreich der Europäischen Union beigetreten, weshalb nun zum ersten Mal 21 Abgeordnete ins Europäische Parlament gewählt und entsendet werden. Die Wahl findet am 13. Oktober 1996 während der laufenden Legislaturperiode von 1994 bis 1999 statt. Wie schon beim Referendum zum EU-Beitritt im Jahr 1994 ist die Position der FPÖ eine differenzier-kritische. Die Freiheitlichen wollen ein Europa der Vaterländer, nicht aber einen europäischen Zentralismus. Man kritisiert, dass Souveränitäts- und Gesetzgebungsrechte aus den nationalen Parlamenten nach Brüssel delegiert werden und eine nicht demokratisch legitimierte EU-Spitze zum Nachteil der Bürger in deren Leben eingreife. Auf Basis dieser Position stilisiert man die EU-Wahl zu einer Denkmittelwahl für eine Regierung um, die in vielen Bereichen konzeptlos agiert. Zum Beispiel bei Politikerbezügen, bei der Gewerbeordnung, Sozialversicherung und den Steuern. Bezeichnenderweise spricht sogar der SPÖ-EU-Kandidat Harald Ettl vor der Wahl ganz offen von einer „Watschn“, die er für die Regierung und ihr Sparpaket erwartet. Jörg Haider wird das Wahlergebnis später als Denkmittel für das aus seiner Sicht falsche Sparpaket der Regierung bezeichnen. Zuvor fährt man aber eine Kampagne, die auf ihn zugeschnitten ist, auch wenn er selbst nicht der Spitzenkandidat der Freiheitlichen ist.

1996



Sie haben bald keinen Schilling mehr. Was meinen Sie, warum?

Informationen am Österreich-Telefon der Freiheitlichen: 0663 / 012345

Durch die Währungsunion der EU wird der Schilling abgeschafft und durch eine Esperanto-Währung ersetzt. Das bedeutet, daß auch Ihr Geld entwertet wird. Dabei spielen wir Freiheitlichen nicht mit. **Wir Österreicher in Brüssel.**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16382588

ZAHLEN, BITTE!

Spitzenkandidat der Freiheitlichen bei der EU-Wahl 1996 ist der Tiroler Landesparteiboss Franz Linser. Tatsächlich setzt man aber voll auf die Strahlkraft von Jörg Haider. Neben dem Bild von Haider dominiert der Slogan „Wahltag ist Zahltag!“, den Haider quasi persönlich den Wählern durch die Sprechblase kommuniziert (siehe Abbildung S. 138). Diese direkte Ansprache der Wähler ist ein Stilmittel, das die Freiheitlichen in vielen Wahlkämpfen erfolgreich einsetzen. In einer weiteren Plakatserie transportiert die FPÖ die Gründe dafür, warum der 13. Oktober zum Zahltag für die Regierungsparteien werden soll. Geschickt zielt man auf zentrale Befürchtungen vieler Menschen ab, die sich um den Erhalt des Schillings und die Bedeutung des Sparbuchs etc. sorgen. Mit einer rhetorischen Frage stellt man den Verantwortlichen dafür in den Raum, ohne ihn zu nennen. Man lässt dem Wähler die Wahl zwischen ÖVP, SPÖ, EU oder allen zusammen.

HISTORISCHES ERGEBNIS FÜR DIE FPÖ

Die Wahlen werden insofern zu einer Denkmittelwahl, als die Freiheitlichen in Prozenten ihr historisch bestes Ergebnis erzielen. Knapper Gewinner ist die ÖVP mit Spitzenkandidatin Ursula Stenzel und 29,65 Prozent Stimmenanteil. Harald Ettl erzielt für die SPÖ 29,15 Prozent der Stimmen. Die FPÖ gewinnt 27,53 Prozent und kann sich mit Recht als der Wahlgewinner fühlen. Politisch werden die Freiheitlichen schon bald darauf bilanzieren, dass SPÖ und ÖVP aus dem Denkmittel der Bürger keine adäquaten europapolitischen Konsequenzen gezogen haben. Die Abgeordneten der FPÖ bleiben im europäischen Parlament bis auf Weiteres fraktionslos.

Das größte Betriebssterben in der 2. Republik. Was meinen Sie, warum?

Informationen am Österreich-Telefon der Freiheitlichen: 0663 / 012345

Branchen, wie die Lebens- und Textilindustrie wurden nicht auf den internationalen Wettbewerb vorbereitet, mangels Eigenkapital sperren jährlich hunderte Betriebe zu oder werden wie Atomic, Lenzing, Steyr und Head Tyrolia Mares ans Ausland verkauft. Dabei spielen wir Freiheitlichen nicht mit. **Wir Österreicher in Brüssel.**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16382587

Ihr Sparbuch ist in Gefahr. Was meinen Sie, warum?

Informationen am Österreich-Telefon der Freiheitlichen: 0663 / 012345

Die EU befiehlt Österreich, die Anonymität der rund 25 Millionen Sparbücher aufzuheben. Das heißt, daß auch Ihr Sparbuch gegenüber einer dritten Person offengelegt werden muß. Dabei spielen wir Freiheitlichen nicht mit. **Wir Österreicher in Brüssel.**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16382586

Höchste Arbeitslosigkeit in der 2. Republik. Was meinen Sie, warum?

Informationen am Österreich-Telefon der Freiheitlichen: 0663 / 012345

Mit 500.000 Arbeitslosen haben wir heute die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der 2. Republik. Betriebe wie Philips, Unilever oder Semperit verlegen ihre Produktionsstätten in Billiglohnländer. Eine gigantische Pleitewelle kostet weitere zehntausende Arbeitsplätze. Dabei spielen wir Freiheitlichen nicht mit. **Wir Österreicher in Brüssel.**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16382584

Massive Belastungen für Jugend, Frauen, Familien und Pensionisten. Was meinen Sie, warum?

Informationen am Österreich-Telefon der Freiheitlichen: 0663 / 012345

Der EU-Beitritt hat Österreich bis jetzt 50 Milliarden Schilling gekostet. Dieses Budgetloch im Bundeshaushalt soll nun mit einem Belastungspaket gestopft werden, das vor allem Jugend, Frauen, Familien und Pensionisten finanziell massiv belastet. Dabei spielen wir Freiheitlichen nicht mit. **Wir Österreicher in Brüssel.**

Quelle:
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
PLA16382585

OOOOPS!

Was sagen Österreicher zum 56-Milliarden Betrugsskandal in der EU?

Daher am 13. Juni: ~~FPÖ~~
HEIMVORTEIL FÜR ÖSTERREICH!

WAHLTAG
= ZAHLTAG!



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16387219

FPÖ IN UMFRAGEN DIE NUMMER 1

Wir schreiben das Jahr 1999 und befinden uns wenige Monate vor der Nationalratswahl im Herbst, die Österreichs politische Landschaft mit der darauffolgenden Erstaufgabe von Schwarz-Blau nachhaltig verändern wird. Zuvor jedoch schreitet man am 13. Juni erstmals im Gleichklang mit den anderen EU-Staaten zur Europawahl. Die SPÖ versucht es mit einem Quereinsteiger als Spitzenkandidaten, dem Autor und Journalisten Hans-Peter Martin. Die ÖVP setzt wie schon 1996 auf die ehemalige ORF-Moderatorin Ursula Stenzel. Die Freiheitlichen schicken die Pädagogin Daniela Raschhofer als Spitzenkandidatin ins Rennen. Parteiintern freut man sich zunächst über hervorragende Umfragewerte. Noch im April sehen Meinungsforschungsinstitute die FPÖ mit 31 Prozent bei der Sonntagsfrage an erster Position. Dahinter die beiden Koalitionsparteien mit 29 Prozent. Dann setzt die SPÖ im Intensivwahlkampf mit Neutralität und Arbeit eigentlich auf zwei vermeintliche Retro-Themen, die beim Wähler aber offensichtlich sehr gut ankommen. Diese Themensetzung zeigt aber auch, dass Europapolitik in Österreich noch kaum über den Status als Teilmenge der Innenpolitik hinausgekommen ist.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16387331

EUROPAWAHLEN 1999



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16387222

HEIMVORTEIL FÜR ÖSTERREICH

Wie in allen Wahlkämpfen zu seiner Zeit, spielt Jörg Haider als Bildmotiv auch bei den Europawahlen 1999 eine Hauptrolle. Das Mastersujet zeigt ihn gemeinsam mit der Spitzenkandidatin Daniela Raschhofer und der Headline „Europa braucht Kontrolle“. Weiters kommen wieder Sujets im Fragestil zum Einsatz, mit denen man auf Nachteile für Österreichs Bürger durch die politischen Skandale in der EU hinweist, ergänzt von den Sägern „Heimvorteil für Österreich!“ und „Wahltag ist Zahhtag!“ (siehe Abbildung S. 142).



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16387220

DIE WAHLBETEILIGUNG FÄLLT UNTER 50 PROZENT

Bei den Wahlen zum EU-Parlament 1999 erreichen die Freiheitlichen 23,40 Prozent. Das bedeutet ein Minus von 4,13 Prozent. Stärkste Partei ist die SPÖ mit 31,71 Prozent. Gefolgt von der ÖVP, die mit 30,67 Prozent ebenfalls dazugewinnen kann. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass jeder zweite Nichtwähler die Stimmabgabe aus politischem Protest verweigert. Die Wahlbeteiligung fällt unter 50 Prozent, was zu folgender Analyse in der FPÖ führt: „Das herausragendste Ergebnis ist, dass die EU von der überwiegenden Mehrheit der Österreicher abgelehnt wird. Das kommt durch die 'Abstimmung mit den Füßen' zum Ausdruck, dass nämlich mehr als die Hälfte gar nicht zur Wahl gegangen ist. Und, dass die EU-kritischste Partei FPÖ von mehr als einem Fünftel gewählt wurde. Viele Protestwähler konnte die FPÖ deswegen nicht zur Wahl bringen, weil die Leute derartig abgestoßen und enttäuscht von der EU sind, dass sie sich nicht einmal an den Wahlen beteiligen.“



FPO
europa.fpo.at

**Mehr Steuergeld
für Brüssel?
= Mit mir nicht!**

Hans Kronberger

EU-Wahl, 13. Juni: **FPÖ Liste 3** 



Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16392385

GROSSE EU-SKEPSIS IN ÖSTERREICH

Die FPÖ geht mit dem EU-Abgeordneten Hans Kronberger als Spitzenkandidat in die Europawahl 2004. Der bislang parteilose Ex-Journalist tritt im Zuge dessen jedoch der FPÖ bei. Nummer drei auf der FPÖ-Liste ist der ehemalige Bundesrat und Publizist Andreas Mölzer. Letzterer führt einen Vorzugsstimmenwahlkampf, was nach der Wahl noch eine Rolle spielen wird. Kronberger selbst geht von einem Gewinn von zwei bis drei Mandaten beim kommenden Urnengang aus. Die Europawahl steht einerseits im Zeichen der am 1. Mai vollzogenen, bislang größten EU-Erweiterung um zehn Länder. Andererseits sorgt die bevorstehende Entscheidung Europas über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei am Ende des Jahres schon jetzt für jede Menge Diskussionen. Ein Indiz für das Stimmungsbild in der Bevölkerung ist die Eurobarometer-Umfrage kurz vor der Wahl. Sie misst die Zuneigung der Wähler zur EU. Demnach bekennen sich in Österreich nur noch 31 Prozent zu den Europäischen Institutionen. Fast die Hälfte der Österreicher setzen in Kommission, Rat und Europäisches Parlament kaum noch Vertrauen. Viele würden am liebsten gleich wieder aus der EU austreten. Nirgendwo sonst in Europa ist die Haltung so stark von Desinteresse und Ablehnung geprägt wie in Österreich. Einzig in Großbritannien verzeichnet man eine ähnliche Skepsis. Vor diesem Hintergrund und den Nachwirkungen der FPÖ-Krise in Folge der Ereignisse von Knittelfeld im Jahre 2002 ist auch der Wahlkampf der FPÖ zu sehen.

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16392383

FPO
europa.fpoe.at

**Atomstrom statt
sauberer Energie?**

= Mit mir nicht!

Hans Kronberger

EU-Wahl, 13. Juni: **FPÖ Liste 3**

MIT MIR NICHT!

Die Sujets für den Europawahlkampf sind ganz auf den Spitzenkandidaten der Partei zugeschnitten. Grafisch entsprechen sie dem damals gängigen Stil der FPÖ und sind deshalb für den Betrachter sofort zuordenbar. Der Slogan „Mit mir nicht“ kommt in Verbindung mit inhaltlichen Botschaften zum Einsatz. Die Aussagen greifen geschickt die europaskeptische Stimmung in der Bevölkerung auf und positionieren Kronberger und die FPÖ als erweiterungs-skeptische Patrioten, die in erster Linie die Interessen der Österreicher vertreten. Das Sujet „Atomstrom statt sauberer Energie – Mit mir nicht!“ bezieht sich auch auf die Tatsache, dass Kronberger schon damals als Vorkämpfer für erneuerbare Energien gilt.

MÖLZER MIT VORZUGSSTIMMEN ERFOLGREICH

Bei der Europawahl am 13. Juni 2004 erzielt die FPÖ mit Hans Kronberger als Spitzenkandidat 6,31 Prozent der Stimmen. Das bedeutet einen Verlust von 17,09 Prozent. Statt bislang fünf entsendet man nun nur noch einen Abgeordneten in das Europäische Parlament. Dieser heißt allerdings nicht Hans Kronberger, sondern Andreas Mölzer. Der frühere „Chefideologe“ der FPÖ hat sich bei seinem Vorzugsstimmenwahlkampf als „einziger echter Freiheitlicher“ auf der Kandidatenliste und als der bessere Spitzenkandidat dargestellt und ca. 22.000 Vorzugsstimmen erhalten. Mölzer kündigt an, im EU-Parlament eine Allianz mit anderen Rechtsparteien schmieden zu wollen. Sieger der Europawahl 2004 ist als Newcomer die Liste MARTIN, die aus dem Stand auf beinahe 14 Prozent der Stimmen kommt. SPÖ (33,3 Prozent) und ÖVP (32,7 Prozent) sowie Grüne (12,8 Prozent) gewinnen leicht dazu.

FPO

**Die Kronberger-Initiative:
STOPP dem
IRAK-WAHSINN!**

**Unterschreiben auch Sie!
Wer schweigt, stimmt zu.**

Information: 01-40110-5891, europa.fpoe.at

**= Eine saubere Wahl.
EU-Wahl, 13. Juni: FPÖ Liste 3**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16392384

FPO

**Einladung
zur Stunde
der Patrioten!**

**Freitag, 4. Juni 2004
Beginn 20.00 Uhr
Graz, Hauptplatz**

Es sprechen:
Landeshauptmannstellvertreter
Leopold Schöggli
FPÖ EU-Spitzenkandidat
Hans Kronberger
Landeshauptmann
Jörg Haider

EU-Wahl, 13. Juni: FPÖ Liste 3

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16392779

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16392386

PLEBISZITE

1987 - 2002

PRIVILEGIEN

DIE FPÖ SETZT AUF DIREKTE DEMOKRATIE

Im Jahr 1986 hat Jörg Haider die Obmannschaft in der FPÖ übernommen, um die Republik zu erneuern und die Partei als Bewegung der direkten Demokratie zu positionieren. Eines der erklärten Projekte des neuen Parteiobmannes ist folgerichtig die Stärkung der direkten Demokratie in Österreich. Haider verliert keine Zeit und beginnt damit bereits im Jahr 1987, mit dem Aufruf zum ersten freiheitlichen Volksbegehren in der zweiten Republik. Ziel ist es, den rot-schwarzen Proporz samt aller darin begründeter Privilegien zu beseitigen, die das Land seit Jahrzehnten prägen und den Bürgern schaden. Das Anti-Privilegien-Volksbegehren fordert mehr Leistung und Gerechtigkeit ein und stellt im Wesentlichen fünf Forderungen:

- Die Beseitigung ungerechtfertigter Privilegien
- Maßnahmen zur Entstaatlichung sowie die Gleichstellung staatlicher und privater Unternehmertätigkeit
- Freiwillige Mitgliedschaft bei den Berufskörperschaften
- Objektive Vergabe von Dienstposten und Wohnungen
- Erweiterung der Zuständigkeit der Volksanwaltschaft

ANTI-PRIVILEGIEN-
VOLKSBEGEHREN

**Machen Sie mit beim Volksbegehren
für ein sauberes Österreich.**





Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16383477

ZWEI SUJETS FÜR EINE SACHE

Als 10-Prozent-Partei verfügt die FPÖ nicht über die Mittel, um eine breit angelegte Plakat- und Inseratenkampagne zu starten. Im Wesentlichen „lebt“ man bei diesem Volksbegehren von der Kommunikationsstärke Jörg Haiders und seinem Talent, Aufmerksamkeit zu generieren. Dennoch setzt man zwei Sujets ein, die sich in ihrer Anmutung unterscheiden. Im Grunde verbindet sie nur das Wort „Privilegien“ und das Parteilogo der FPÖ. Wobei das Sujet „Stop Privilegien“ das plakativere und deshalb kommunikationsstärkere ist. Nicht zuletzt deshalb, weil man mit dem stilisierten Verkehrsschild ein Motiv verwendet, das in der Bevölkerung bekannt ist und auch per se durch seine Grafik auffällt.

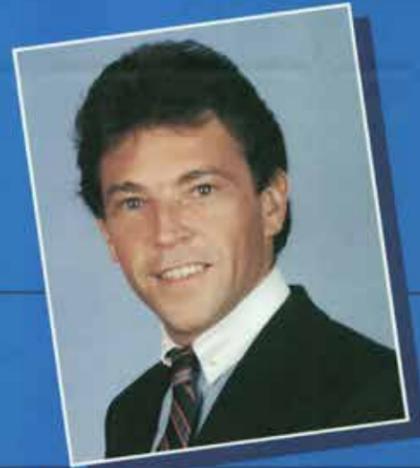
AUS FREIHEITLICHER SICHT EIN VOLLER ERFOLG

Das 1987 von den Freiheitlichen ins Leben gerufene „Volksbegehren für mehr Leistung und Gerechtigkeit – gegen Parteibuchwirtschaft und Privilegien“, kurz „Anti-Privilegien-Volksbegehren“ unterschreiben 250.697 Österreicher. Aus freiheitlicher Sicht wird es als voller Erfolg gewertet, weil es ein allgemeines Umdenken fördert und schon im Vorfeld Diskussionen über den Proporz der beiden damaligen Großparteien ausgelöst hat. In der Folge werden Haider und seine Nachfolger noch mehrmals direktdemokratische Instrumente einsetzen. Auch um Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen und sich als Kämpfer gegen die Eliten zu inszenieren, um die Wählerschaft auch zwischen den regulären Wahlkämpfen zu mobilisieren.



ORF-MONOPOL

Nein danke!



Das in Österreich bestehende Rundfunk-Monopol ist einzigartig in den Demokratien der westlichen Welt. Sogar in Ungarn gibt es schon Privatrado. Nicht so in Österreich!! Deshalb starten wir dieses Volksbegehren, damit wir mit Ihrer Hilfe die Voraussetzungen für eine freie Medienlandschaft auch in Österreich schaffen können.

VOLKSBEGEHREN
VOM 27.11.-4.12.1989

FÜR EINE FREIE MEDIENLANDSCHAFT

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16386311

DAS ORF-MONOPOL SOLL ENDLICH FALLEN

Im Jahr 1989 initiiert die FPÖ das „Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich“. Die Freiheitlichen wollen damit das ORF-Monopol abschaffen und verlangen die Zulassung privater Radio- und Fernsehveranstalter. Hintergrund sind einerseits die Einkaufstouren deutscher Verlage, die sich bei Krone und Kurier (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) sowie der Tiroler Tageszeitung (Axel Springer Verlag) einkaufen und die Situation am Medienmarkt verändern. Andererseits die Tatsache, dass das Monopol des ORF die Medienfreiheit in Österreich behindert. Hinzu kommt die medienpolitische Enthaltensamkeit der damaligen Bundesregierung aus SPÖ und ÖVP. Die FPÖ nutzt diese Untätigkeit und will das Sendemonopol des ORF bei Radio und Fernsehen zu Fall bringen. Es sollen nicht nur die großen österreichischen Pressehäuser eine faire Chance für einen Einstieg bekommen, sondern jeder Private, der sich als qualifiziert erweist. Die Ziele sind zum einen ein qualitativer Programmwettbewerb zunächst im Radiobereich, zum andern die Öffnung der Kabelnetze für neue Rundfunkdienstleister sowie die freie Verbreitung und der Empfang ausländischer Programme, sprich Kabel- und Satelliten-Empfangsfreiheit. Außerdem will die FPÖ die Chancen für österreichische Filmproduzenten, Journalisten und Techniker im internationalen Medienwettbewerb sichern.

WERBUNG MIT EINEM 360°-SUJET

Wie schon beim Privilegienvolksbegehren zwei Jahre zuvor, fährt die FPÖ auch dieses Mal eine sehr sparsame Kampagne. Das mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass im Jahr darauf Nationalratswahlen stattfinden und man sich finanziell eher dafür rüstet. Die Freiheitlichen beschränken sich daher auf ein Sujet, das alle Wünsche erfüllen soll: Aufmerksamkeit erregen wie ein Plakat, und informieren wie ein Inserat. Dieser Kompromiss ist kommunikationstechnisch grundsätzlich problematisch, in Anbetracht dieser Situation aber vertretbar. Denn so kommuniziert es schnell die wichtigsten Botschaften und liefert all jene nähere Informationen, die sich die Zeit dafür nehmen. Das Fehlen des Parteilogos kann als Hinweis auf eine gewisse Überparteilichkeit des Begehrens interpretiert werden, wenngleich die Farbgebung sowie das Konterfei von Jörg Haider den Absender deutlich machen.

LIBERALISIERUNG BEGINNT ERST JAHRE SPÄTER

Mit ca. 100.000 Unterstützern liegt das Ergebnis dieses Volksbegehrens doch hinter den Erwartungen zurück. Es sollte noch einige Zeit dauern, bis es zur Liberalisierung der österreichischen Rundfunklandschaft kommt. 1993 wird durch das Regionalradiogesetz das ORF-Monopol teilweise aufgehoben. Erst Jahre danach gehen die ersten privaten Sender on air. Dennoch lässt sich darüber diskutieren, ob der Liberalisierungsprozess ohne dieses Volksbegehren nicht noch länger gedauert hätte.

SICHERUNG DER RUNDFUNK-
FREIHEIT IN ÖSTERREICH



ÖSTERREICH
ZUERST

EIN VOLKSBEGEHREN VERÄNDERT DAS LAND

Im Herbst 1992 beschließen die Freiheitlichen ein Volksbegehren zur Begrenzung der Zuwanderung nach Österreich. Wenig später, genauer gesagt am 25. Jänner 1993, liegt „Österreich zuerst“ zur Unterschrift auf. Österreich sei durch die verfehlte Einwanderungspolitik der Regierung in eine schwierige Lage geraten. Insofern sei es notwendig, den Souverän in die Lösung miteinzubinden und ein entsprechendes Volksbegehren durchzuführen. Zentrale Forderungen sind ein vorläufiger Einwanderungsstopp, die Begrenzung des Anteils von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache auf höchstens 30 Prozent, kein Ausländerwahlrecht bei allgemeinen Wahlen sowie eine restriktive Vorgangsweise bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft. Auch Lohndumping durch ausländische Arbeitskräfte und importierte Kriminalität werden thematisiert.

ÖSTERREICH ZUERST



ÖSTERREICH

ZUERST

GEGNER SORGEN FÜR VIEL AUFMERKSAMKEIT

In der Kommunikation kommt der FPÖ zugute, dass dieses Volksbegehren sowohl in den Medien als auch in der Politik und Zivilgesellschaft hohe Wellen schlägt. Mit der werblichen Begleitung wäre eine derartige Resonanz wohl nicht zu erzielen gewesen. Denn die FPÖ beschränkt sich auf eigentlich nur ein Sujet mit einer wenig emotionalen, aber dafür sehr klaren Grafik. Andererseits erstellt die Partei zwei inhaltlich aufwendig gestaltete Informationsfolder, die in unterschiedlichem Umfang die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Volksbegehrens argumentieren. Ansonsten trägt die mediale Kommunikation vor allem Jörg Haider aufgrund seiner diesbezüglich herausragenden Fähigkeiten. Darüber hinaus sind es aber auch die Gegner, die dem Volksbegehren aufgrund ihrer vielfach geäußerten Empörung eine breite Öffentlichkeit verschaffen.

WENDE IN DER ÖSTERREICHISCHEN INNENPOLITIK

Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ erhält 416.531 Unterschriften und markiert einen Wendepunkt in der österreichischen Innenpolitik. Tatsächlich stellen die 1990er Jahre mit neuen Fremden- und Aufenthaltsgesetzen und einer Asylgesetznovelle eine entscheidende Phase für die Migrationspolitik des Landes dar. So etwa setzt die Sozialdemokratie nach dem Volksbegehren tatsächlich restriktivere Ausländergesetze durch. Das Volksbegehren kann auch deshalb als historisch bezeichnet werden, weil es bis heute Politiker auf der ganzen Welt inspiriert. Zum Beispiel Donald Trump mit dem Haider-Plagiat „America first“. Parteien intern führt das Volksbegehren zur Abspaltung des Liberalen Forums unter der Führung von Heide Schmidt. Trotz der über 400.000 Unterschriften wertet ein großer Teil einer politisch-medialen tendenziösen Öffentlichkeit das Ergebnis als Niederlage Jörg Haiders. Womöglich eine Fehlinterpretation, wie das Ergebnis der FPÖ bei den Nationalratswahlen nur ein Jahr später zeigt, bei denen man mit 22,5 Prozent einen fulminanten Sieg einfährt.

ÖSTERREICH

ZUERST

Quelle:
Freiheitliche
Partei
Österreichs

Quelle:
Lizenzfreies Bild,
AdobeStock 104327023



DIE FPÖ TRITT FÜR TIERWOHL EIN

Das erste von zwei Tierschutzvolksbegehren in Österreich ist das „Volksbegehren zur Schaffung eines Bundes-Tierschutzgesetzes.“ Es wird im Jahr 1996 von der FPÖ und den Grünen mitinitiiert. Über 60 Natur- und Tierschutzvereine unterstützen das Plebiszit, darunter Naturschutzgruppen wie Global 2000, Greenpeace und der WWF. Gemeinsam fordert man unter anderem einheitliche und strengere Bestimmungen in Österreich, um Konkurrenzvorteile auf Kosten der Tierhaltung zu beseitigen. Denn in den Bundesländern gelten unterschiedliche Regelungen. So etwa enthalten das Tiroler und das burgenländische Tierschutzgesetz keine Regelung über das Schlachten von Tieren. Die Halsanbindung von Zuchtsauen ist nur in der Steiermark verboten. Dafür untersagt das Vorarlberger Gesetz die Käfighaltung von Legehennen. Das Kupieren von Hundehohren ist in allen Ländern erlaubt, außer in Kärnten. Neben einem einheitlichen Gesetz fordert das Volksbegehren die Verankerung des Tier- und Umweltschutzes in der Verfassung und die Einrichtung einer Tieranwaltschaft. Vor allem die Nutztiere sollen durch strenge gesetzliche Bestimmungen artgerecht gehalten werden. In der ÖVP reagiert man darauf ablehnend und verschätzt sich hinter Förderalismus-Argumenten und Klientelpolitik. Die ÖVP müsse auf Agrarinteressen Rücksicht nehmen, Nutztiere seien ein ökonomischer Faktor für den Menschen. Etwas anders, aber dennoch inkonsequent, die Haltung der SPÖ. Laut ihr sei es zwar absurd, dass die Länderkompetenzen so unterschiedlich sind. Andererseits müsse man auch die ÖVP in die Kompromissfindung mit einbeziehen.

TIERWOHL WIRD IN DER VERFASSUNG VERANKERT

Hinter dem relativ großen Erfolg des Tierschutzvolksbegehrens mit 459.096 Unterschriften steckt ein wachsendes tiefes Unbehagen über den Umgang mit Tier und Natur. Das Volksbegehren wird zwar gesetzeskonform im Nationalrat behandelt, dennoch kommt es zu keinem einheitlichen Tierschutzgesetz. Erst 2004 werden zentrale Forderungen des Plebiszits aus dem Jahr 1996 umgesetzt. Konkret das Bundestierschutzgesetz und die Verankerung des Tierwohls in der Verfassung. Doch die Diskussionen rund um das Tierwohl gehen weiter. Bis 2022 schließlich mit dem Volksbegehren „Stoppt Lebendtier-Transportqual“ ein weiteres Plebiszit stattfindet, das von der FPÖ initiiert wird.

TIERSCHUTZ- VOLKSBEGEHREN

ÖSTERREICH SOLL ATOMFREI BLEIBEN

Die Idee zum Volksbegehren „Atomfreies Österreich“ stammt ursprünglich von der grünen Splitterpartei Bürgerliche Grüne Österreichs (BGÖ). Die FPÖ sorgt dafür, dass es tatsächlich stattfinden kann. Denn die Bürgerlichen Grünen schaffen es nicht, die zur Einleitung des Volksbegehrens erforderlichen Unterstützungserklärungen aufzubringen. So sind es Abgeordnete der FPÖ, die mit ihrer Unterschrift einspringen. Einer der Unterzeichner ist Jörg Haider. Gefordert wird ein „atomfreies Österreich“ in jeglicher Hinsicht. Unter anderem fordert man, dass in Österreich keine Atomwaffen hergestellt und gelagert werden dürfen, Transport und Lagerung von spaltbarem Material untersagt ist und Kernkraftwerke nicht errichtet bzw. in Betrieb genommen werden dürfen.

Quelle:
Lizenzfreies Bild,
AdobeStock 80370422

**MEILENSTEIN IN DER ANTIATOM-POLITIK**

Viele Menschen betrachten die Wirksamkeit von Volksbegehren eher skeptisch, da zahlreiche Volksbegehren weitgehend ohne Wirkung bleiben. Tatsächlich wird das Volksbegehren in der Eintragungswache zwischen 24. November und 1. Dezember 1997 dann auch lediglich von 248.787 Bürgern unterschrieben. Trotzdem zeigt es Wirkung und erweist sich als Meilenstein in der Antiatom-Haltung Österreichs. Denn im Bundesverfassungsgesetz 1999 wurden große Teile des Textes dieses Volksbegehrens übernommen und das Gesetz einstimmig im Parlament beschlossen. Damit wird auch das Atomsperrgesetz aus dem Jahr 1978 in den Verfassungsrang erhoben.



**ATOMFREIES
ÖSTERREICH**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390335

FPÖ
Die Freiheitlichen

**Kein EURO ohne
Volksabstimmung**

Eintragungswoche:
24. Nov. - 1. Dez.

**Der Demokratie
verpflichtet**

Dr. Susanne Riess-Passer
e-mail: susanne.riess-passer@combo.fpc.parlinkom.gv.at

EIN VOLK BEGEHRT GEGEN DEN EURO

In ihrer Geschichte unterstützte die FPÖ lange Zeit den Gedanken einer engeren europäischen Zusammenarbeit. Das ändert sich im Jahr 1992 mit dem Maastricht-Vertrag über die Errichtung der Europäischen Union. Folglich spricht sich die Partei 1994 bei der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU dagegen aus. Konsequenterweise verlangen die Freiheitlichen im Jahr 1997 im sogenannten Schilling-Volksbegehren auch eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro. Inhaltlich positioniert sich die FPÖ klar dagegen. Man wirft der Regierung vor, sie hätte noch vor der EU-Abstimmung 1994 einen harten Schilling versprochen und würde nun dieses und viele andere Versprechen brechen. „Außerdem“, argumentiert die FPÖ „könne niemand wissen, wie sich die neue Währung entwickeln werde.“ Tatsächlich warnt die Partei unter anderem davor, dass der Euro nicht so stabil wie der Schilling sein würde, Sparguthaben, Löhne und Pensionen real an Wert verlieren, den Klein- und Mittelbetrieben eine Insolvenzwellen bevorstehe und Arbeitsplatzverluste drohen. International findet man unter anderem argumentative Schützenhilfe beim englischen Premierminister Blair, der eine Volksabstimmung im Falle einer Euro-Einführung in Großbritannien für selbstverständlich erachtet. Ähnlich die Meinung in Schweden und Dänemark. Dort befinden sich – ebenso wie in Österreich – Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Tatsächlich gibt es auch in Österreich eine beachtliche Versicherung in der Bevölkerung im Hinblick auf die Einführung des Euro. Dennoch werfen die politischen Gegner der FPÖ vor, das Festhalten am Schilling zu benutzen, um parteipolitisches Kapital zu schlagen. Liest man in der damals aufgelegten Infobroschüre der FPÖ, erkennt man jedoch die ehrliche Sorge um die Zukunft Österreichs mit dem Euro.

**VOLKSBEGEHREN
FÜR EINE SCHILLING-
VOLKSABSTIMMUNG**

Über die Zukunft des Schillings muß die Bevölkerung entscheiden!

Über diese Garantien muß dann die Bevölkerung in einer Volksabstimmung entscheiden. Nur dadurch ist gesichert, daß Österreich den Schilling erst dann für den EURO abschafft, wenn der EURO genauso hart und stabil wie unser Schilling ist.

Für die Österreichische Bevölkerung muß dasselbe gelten, wie für die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens:

Tony Blair, Englischer Premierminister:

„Sollten wir uns für den Beitritt zur Währungsunion entscheiden, werden wir nichts unternehmen, bis uns das britische Volk in einer Volksabstimmung zu diesem Schritt bevollmächtigt!“

(„Focus“, 5. Mai 1997)

*Auch für Österreich muß gelten:
Kein EURO ohne Volksabstimmung.*

Rechtlich ist diese Volksabstimmung problemlos möglich. Denn auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union ist die Österreichische Bundesverfassung in Kraft geblieben. Dort steht im ersten Artikel:

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Mit Ihrer Unterschrift unter das Schilling-Volksbegehren nehmen Sie Ihr in der österreichischen Bundesverfassung garantiertes Recht wahr, selbst zu entscheiden, ob und wann Sie den Schilling unter welchen Bedingungen gegen den EURO eintauschen wollen.

Jeder einzelne von uns trägt das volle Risiko, das mit der verfrühten Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung durch eine mögliche Abwertung verbunden ist.

Deshalb ist es nur recht und billig, daß diejenigen, die das Risiko tragen müssen, darüber auch selbst entscheiden können.

Jede Unterschrift unter das Schilling-Volksbegehren ist eine Stimme für eine harte und stabile Währung.

ÖSTERREICH KANN SICH DEN EURO SPAREN

Im Vorfeld der Eintragungswoche für das Schilling-Volksbegehren verteilt die FPÖ am Weltspartag vor den Banken 200.000 Informationsbroschüren im Format eines klassischen Sparbuchs. Inhaltlich handelt es sich um eine beeindruckende Zusammenstellung an Fakten, Politikerstatements und Voraussagen über die Auswirkungen einer Euro-Einführung. Aus werblicher Sicht ist dieses Werbemittel im Sparbuchformat eine sehr kreative Idee der Informationsvermittlung und Meinungsbildung. Vor allem deshalb eine schöne Analogie, weil man darin in erster Linie vor Vermögensverlusten warnt. Das Plakat mit Parteichefin Susanne Riess-Passer wirkt in moderner Anmutung und einer klaren Ansage schnell, eindeutig und seriös für das Volksbegehren (siehe Abbildung S. 166).

VOLKSBEGEHREN IM NATIONALRAT ABGESCHMETTERT

Das im Jahr 1997 von der FPÖ initiierte Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die bevorstehende Einführung des Euro erzielt 254.329 Unterschriften. Eintragungswoche war von 24. November bis 1. Dezember 1997. Das Ziel des Volksbegehrens, eine Volksabstimmung durchzuführen, wird jedoch im Nationalrat abgeschmettert. Am 1. Jänner 1999 wird der Euro in Österreich und zehn anderen EU-Mitgliedstaaten als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt.



Quelle:
Lizenzfreies Bild,
AdobeStock 499478258

**JA ZUM
LEBEN**

NEIN ZU TEMELIN
Volksbegehren 14.1. - 21.1.02

www.neinzutemelin.at

(K)EIN VETO GEGEN TEMELIN

Nach der Tschernobyl-Katastrophe im April 1986 befindet sich die Atomindustrie lange Zeit in der Defensive. Die Menschen fürchteten sich vor einer Technologie, die letztlich unkontrollierbar ist. Vor allem die Menschen in Österreich. Sie haben schon 1978 mit der Ablehnung der Inbetriebnahme von Zwentendorf in einem Volksentscheid klar Stellung bezogen und wiederholten dies im von der FPÖ unterstützten Volksbegehren für ein atomfreies Österreich 1997. Umso größer ist die Sorge im Land über das Kraftwerk in Temelin. Es ist das erste AKW mitten in Europa, das nach Tschernobyl ans Netz gegangen ist. Die Freiheitlichen stellen sich an die Seite der vielen Kraftwerksgegner, die in Oberösterreich aufgrund der Nähe zu den Reaktoren besonders zahlreich sind. Mit dem Volksbegehren „Veto gegen Temelin“ wollen die Freiheitlichen die Stilllegung des Kraftwerks erreichen. Konkret, indem Österreich ein Veto gegen den 2004 geplanten Beitritt Tschechiens zur EU einlegt.



JA ZU EINER GUTEN KAMPAGNE

Die Kampagne für das Volksbegehren ist unübersehbar. Allein das ist ein wichtiges Indiz für ihre beachtliche Qualität. Dafür verantwortlich ist einerseits die Farbgebung. Mit Schwarz und Gelb bedient man sich passenderweise jener beiden Farben, die auch bei den Strahlen-Warnzeichen verwendet werden. Weshalb man den Betrachter allein schon damit in Richtung „Gefahr“ triggert. Auch die Dramaturgie in Form eines Countdowns verstärkt die emotionale Inszenierung (siehe Abbildungen S. 173).

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16382328



VETO GEGEN TEMELIN

... JETZT HINGEHEN!

VETO VOLKSBEGEHREN LETZTE CHANCE

**14. BIS 21. JÄNNER '02
V o l k s b e g e h r e n
N E I N Z U T E M E L I N**

AKW BLEIBT UND TSCHECHIEN TRITT BEI

Das Volksbegehren „Veto gegen Temelin“ erzielt in der Eintragungswoche vom 14. bis 21. Jänner 2002 914.973 Unterschriften und ist damit eines der erfolgreichsten überhaupt. Es schlägt hohe Wellen und wird lange im Nationalrat behandelt. Dennoch bleibt das AKW Temelin trotz zahlreicher Störfälle – allein zwischen 2000 und 2005 sind es 15 an der Zahl – in Betrieb und die Republik Tschechien tritt ohne Veto Österreichs 2004 der Europäischen Union bei.

... NUR NOCH 3 WOCHEN

**Temelin:
Riskant wie
Tschernobyl**

(Quelle: ÖÖN, 11.05.01)

**14. BIS 21. JÄNNER '02
V o l k s b e g e h r e n
N E I N Z U T E M E L I N**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390722

... NUR NOCH 2 WOCHEN

**Bei
Temelin-Unfall:
100.000 Tote?**

(Quelle: ÖÖN, 11.05.01)

**14. BIS 21. JÄNNER '02
V o l k s b e g e h r e n
N E I N Z U T E M E L I N**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390728

... NUR NOCH 1 WOCHE

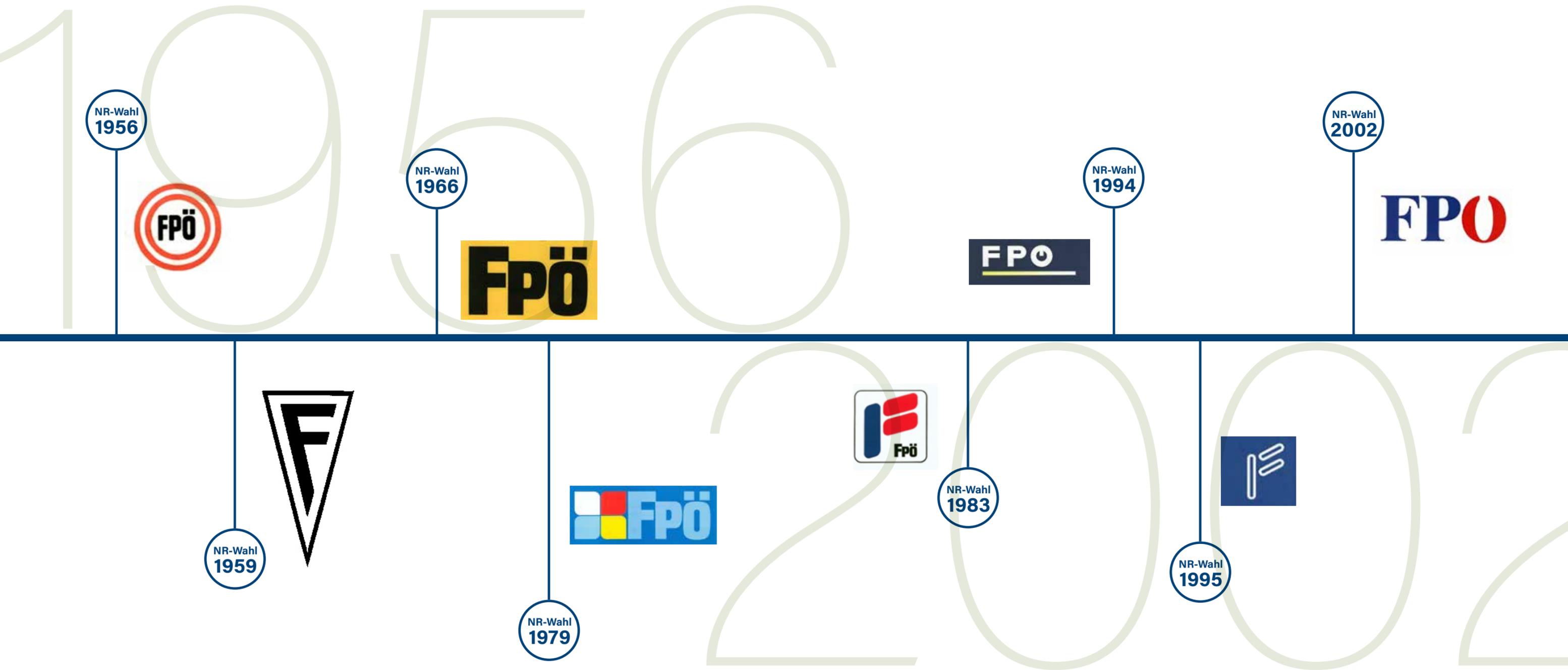
**Klestil:
Temelin nicht
in Betrieb
nehmen!**

(Quelle: Kronenzeitung, 07.09.01)

**14. BIS 21. JÄNNER '02
V o l k s b e g e h r e n
N E I N Z U T E M E L I N**

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390729

Quelle:
Österreichische
Nationalbibliothek,
Wien
PLA16390730



LOGOS DER FPÖ IM WANDEL

Die hier dargestellten unterschiedlichen Logos kamen in den jeweiligen Nationalratswahlkämpfen auf diversen Werbemitteln zum Einsatz.

© 2024. Alle Rechte vorbehalten.

Medieninhaber/Hersteller/Herausgeber:
Freiheitliches Bildungsinstitut
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
www.fbi-politikschule.at

ISBN 978-3-902720-33-7

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Medien des Freiheitlichen Bildungsinstituts das generische Maskulinum verwendet. In diesem Fall sind männliche wie weibliche Personen gleichermaßen einbezogen.

Die hier vorgelegte Sammlung von Wahlplakaten stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
Die Sujets wurden anhand ihrer politischen Relevanz, Originalität und Neuartigkeit ausgewählt.
Fallweise finden auch Plakate aus Landtagswahlen Erwähnung.

